



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

09 | 2009

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl

Frauen in der Kommunalpolitik

Rheinland-Pfalz regional: Ludwigshafen





Fotonachweis

Titelfoto: JLogan

Im Rahmen der Repräsentativen Wahlstatistik hat das Statistische Landesamt die Wahlbeteiligung und das Wählerverhalten bei der Europawahl 2009 nach Geschlecht und Alter untersucht. Dafür wurden die Stimmzettel in 225 ausgewählten Stimmbezirken ausgewertet.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Beilagen: Faltblätter Umwelt und Energie, Mikrozensus, Landwirtschaft

09 | 2009

STATISTISCHE MONATSFESTE

62. Jahrgang

kurz + aktuell	637
Industrie ■ Baugewerbe ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bildung ■ Gesundheit ■ Beschäftigung	
Verbraucherpreise	653
Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund 2008/2009	654
Repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl 2009	655
Frauen in der Kommunalpolitik	666
Rheinland-Pfalz regional: Ludwigshafen am Rhein	673
Daten zur Konjunktur	684
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	709
Neuerscheinungen	719

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

 Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe kräftig gestiegen

Im Juni sind im verarbeitenden Gewerbe die Auftragseingänge im Vergleich zum Vormonat kräftig gestiegen (+7,1%). Ursache für diese positive Entwicklung war vor allem der Anstieg der Auslandsnachfrage (+9,1%), aber auch die Bestellungen aus dem Inland nahmen zu (+4,9%). Den kräftigsten Orderzuwachs verzeichnete der Maschinenbau (+22,3%); dies ist aber im Wesentlichen auf einige Großaufträge zurückzuführen. Ein Plus bei den Aufträgen gab es auch für den Bereich „Herstellung von Metallerzeugnissen“ (+5,7%) und für die Chemie (+6,1%). Weniger Nachfrage verzeichnete unter den größten Branchen des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz nur der Fahrzeugbau (-2,1%).

Das Niveau der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe ist nach wie vor sehr niedrig. Im Juni 2009 lag der Index mit einem Wert von 79 um etwa ein Drittel (-32,8%; Deutschland -25,3%) unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Darin kommt der dramatische Konjunkturunbruch in den letzten Monaten zum Ausdruck. Die Aufträge aus dem Inland lagen um 31% und die aus dem Ausland um 34% unter dem Niveau vom Juni 2008 (Deutschland -24,8 bzw. -25,7%).

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Handel entwickelten sich unterschiedlich. Der Einzelhandel musste mit -4% erneut Verluste gegenüber dem Vormonat hinnehmen, Großhandel und Kfz-Handel konnten dage-

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte		Veränderung Juni 2009		
	Juni 2009	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat		
	2005=100				
Auftragseingänge (real)					
Industrie	79,0	-32,8%	↓	7,1%	↑
Inland	83,5	-31,2%	↓	4,9%	↑
Ausland	75,4	-34,2%	↓	9,1%	↑
Chemie	71,3	-45,3%	↓	6,1%	↑
Fahrzeugbau	51,7	-38,7%	↓	-2,1%	↓
Maschinenbau	87,0	-34,6%	↓	22,3%	↑
Metallerzeugnisse	89,2	-30,3%	↓	5,7%	↑
Bauhauptgewerbe	150,6	-1,6%	↔	50,2%	↑
Umsätze (real)					
Großhandel	103,1	-5,8%	↓	2,0%	↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	101,8	-0,9%	↔	-4,0%	↓
Kfz-Handel	95,4	-2,0%	↓	2,8%	↑
Gastgewerbe	98,8	-3,9%	↓	-7,1%	↓

gen Umsatzsteigerungen von 2 bzw. 2,8% melden. Im Gastgewerbe ergab sich nach deutlichem Umsatzplus im Mai für Juni ein Rückgang um 7,1%.

Veränderungen gegenüber Juni 2008

Im Einzelnen haben sich die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe wie folgt geändert:

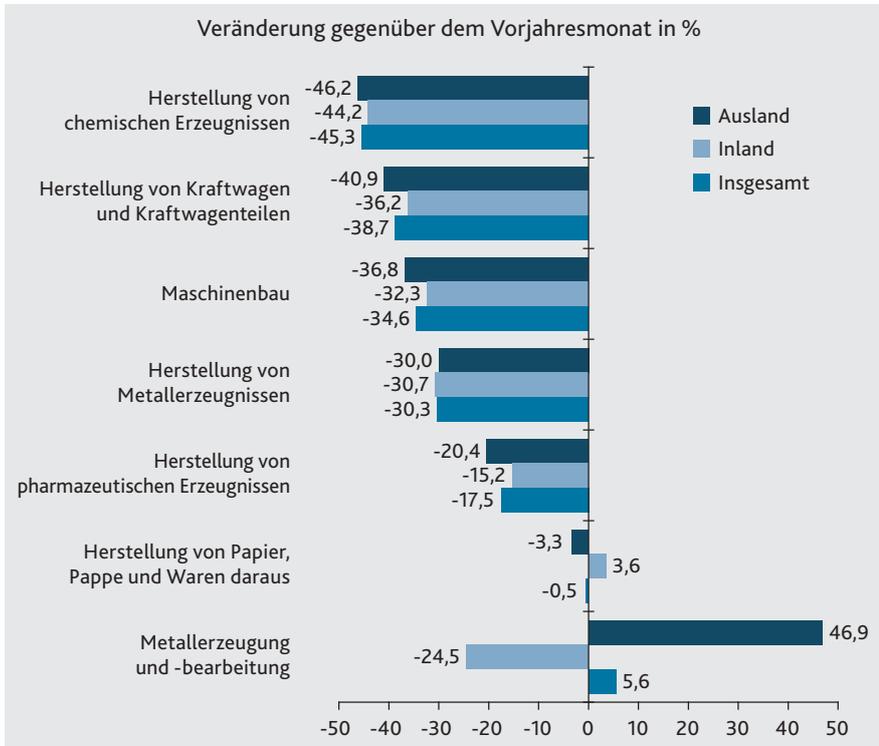
Die stärksten Rückgänge waren bei den Herstellern chemischer Erzeugnisse (der umsatzstärksten Branche) zu verzeichnen. Deren Auftragseingänge lagen um 45,3% unter dem Wert vom Juni 2008 (Inland: -44,2%; Ausland: -46,2%). Deutliche Einbußen verzeichnete auch die zweitgrößte Branche, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-38,7%). Bei den Unternehmen

anderer umsatzstarker Branchen gingen ebenfalls weniger Aufträge ein als ein Jahr zuvor: Maschinenbau (-34,6%), Herstellung von Metallerzeugnissen (-30,3%), Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (-17,5%) sowie die Herstellung von Papier und Pappe (-0,5%). Eine Ausnahme bildet der Wirtschaftszweig Metallerzeugung und -bearbeitung, dessen Auftragseingänge 5,6% höher lagen als im Juni 2008. Das Plus resultiert aus der außerordentlich kräfti-

Hinweis

Weitere Daten zur Konjunktur finden Sie auf den folgenden Seiten und ab Seite 684 in diesem Heft sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de/vgr/index.html

Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe im Juni 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



gen Zunahme der Bestelltätigkeit aus dem Ausland (+46,9%), hinter der einzelne Großaufträge stehen. Die Auftragseingänge aus dem Inland lagen um 24,5% niedriger als ein Jahr zuvor. Da es sich um preisbereinigte Werte handelt, wird der Zuwachs auch von den stark sinkenden Metallpreisen beeinflusst.

Veränderungen gegenüber Mai 2009

Gegenüber dem Vormonat erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 7,1% mehr Aufträge (Deutschland: +9,6%). Dabei wurde das moderate Auftragsplus aus dem Inland (+4,9%) durch den deutlichen Zuwachs bei Auslandsbestellungen (+9,1%) verstärkt. Äußerst kräftig

erhöhten sich die Ordereingänge des Wirtschaftszweigs „Maschinenbau“ (+22,3%). Getragen wurde die Entwicklung in dieser Branche vor allem von den Inlandsaufträgen (+32%), aber auch die Bestelltätigkeit aus dem Ausland nahm signifikant zu (+13,8%). Einen deutlichen Anstieg des Ordervolumens verzeichneten auch der Wirtschaftszweig „Metallerzeugung und -bearbeitung“ (+17,8%), die Herstellung von Papier und Pappe (+6,4%), von chemischen Erzeugnissen (+6,1%) und von Metallerzeugnissen (+5,7%), wobei die positive Entwicklung maßgeblich von den Auslandsbestellungen beeinflusst wurde. Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mussten Rück-

gänge von 2,8 bzw. 2,1% hinnehmen. Ursächlich hierfür sind die deutlichen Einbußen der Inlandsbestellungen (-7,7 bzw. -8,4%), der durch das moderat gestiegene Ordervolumen aus dem Ausland (+4,4 bzw. +4,5%) nicht kompensiert werden konnte.

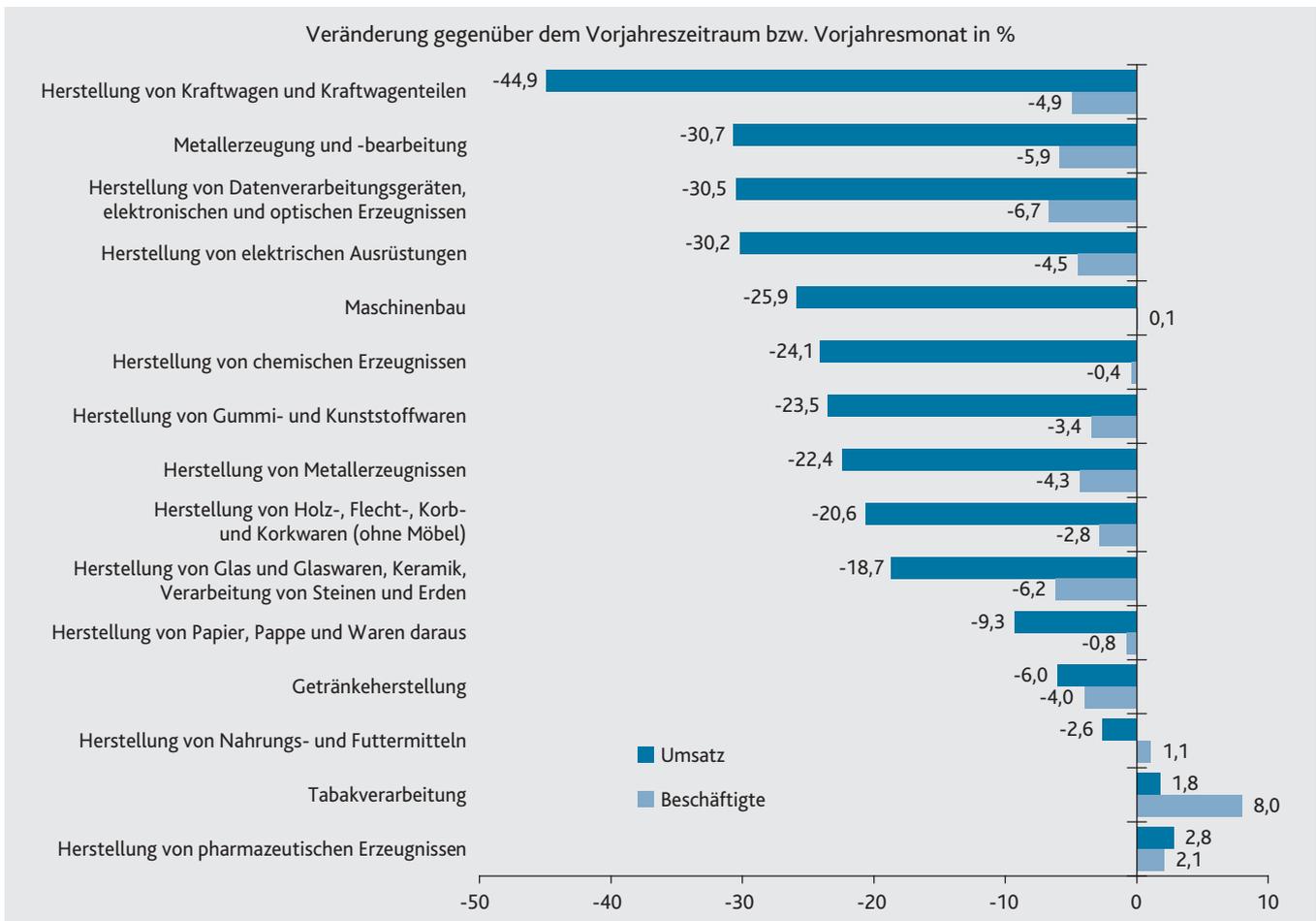
Umsatzeinbruch im 1. Halbjahr

Industrie baut in der Krise Stellen ab

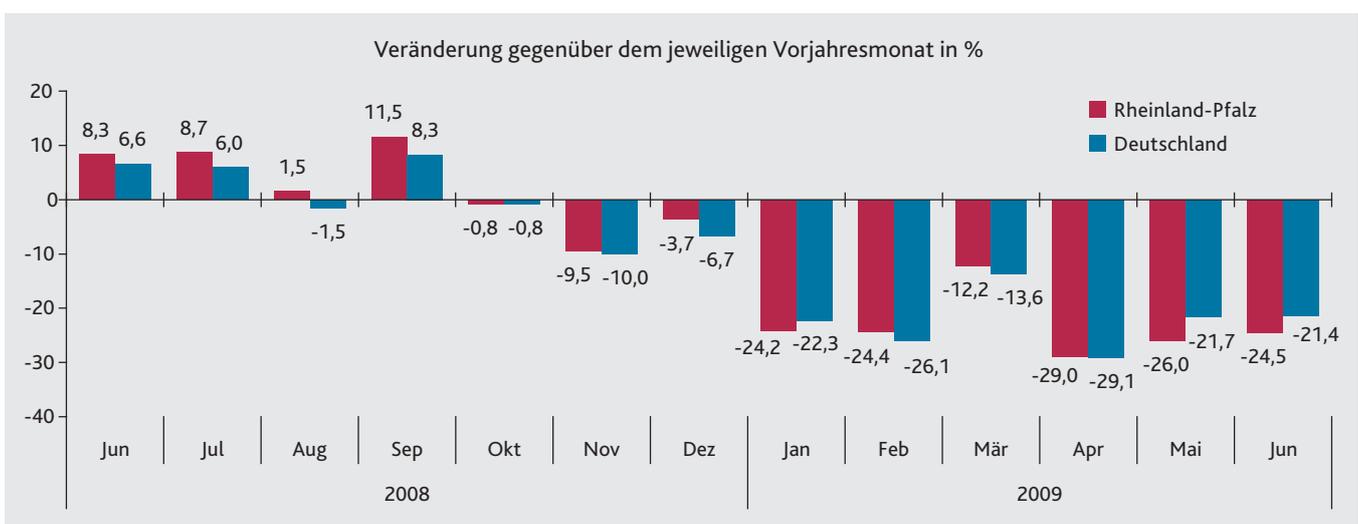
Die weltweite Wirtschaftskrise hat die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie im 1. Halbjahr drastisch einbrechen lassen und zeigt auch deutliche Spuren bei der Beschäftigung. Die Umsätze lagen mit 30,5 Mrd. Euro um 23,5% unter dem Ergebnis des gleichen Vorjahreszeitraums (Deutschland: -22,5%). Die Auslandsumsätze (-27,7%) gingen stärker zurück als die Verkäufe im Inland (-19,3%), wodurch sich die Exportquote auf 48,3% reduzierte (1. Halbjahr 2008: 50,7%). Im Juni zählte die rheinland-pfälzische Industrie 242 000 Beschäftigte, das waren 2,5% weniger als ein Jahr zuvor (Deutschland: -3%). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag um 8% niedriger als im 1. Halbjahr 2008 (Deutschland: -9,9%).

Das Umsatzminus fiel bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen besonders deutlich aus (-44,9%). Leichte Umsatzzuwächse verzeichneten lediglich die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+2,8%) und die Tabakverarbeitung (+1,8%).

Umsätze im 1. Halbjahr 2009 sowie Beschäftigte der Industrie im Juni 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Monatliche Umsätze im verarbeitenden Gewerbe 2008–2009



Gegen den Trend gab es in einigen Branchen im Juni 2009 mehr Beschäftigte als ein Jahr zuvor. Die Hersteller pharmazeutischer Erzeugnisse stockten ihr Personal um 2,1% auf, die Lebensmittelbranche um 1,1%. Im Maschinenbau gab es einen leichten Zuwachs von 0,1% und in der vergleichsweise kleinen Tabakbranche stieg die Beschäftigtenzahl um 8%. Am stärksten reagierten die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit Personalabbau auf die Krise; sie reduzierten ihre Belegschaften um 6,7%. Deutlich überdurchschnittliche Rückgänge gab es auch in der Branche „Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ (-6,2%), in der Metallerzeugung und -bearbeitung (-5,9%) in der Kraftfahrzeugbranche (-4,9%), bei den Herstellern elektrischer Ausrüstungen (-4,5%) sowie bei den Herstellern von Metallerzeugnissen (-4,3%).

Im Juni 2009 wurden Umsätze von rund 5,3 Mrd. Euro erzielt. Dies entspricht einem Rückgang von 24,5% gegenüber Juni 2008 und einem Zuwachs um 5,9% gegenüber Mai 2009.

Auftragseingänge im Baugewerbe höher als im Mai, aber unter Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzische Baukonjunktur hat im Juni 2009 eine erfreuliche Entwicklung genommen. Im Bauhauptgewerbe sind deutlich mehr Aufträge eingegangen als im Vormon-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe			
Indikator	Monatswerte	Veränderung Juni 2009	
	Juni 2009	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingang	150,6	-1,6 % ↓	50,2 % ↑
Hochbau insgesamt	127,6	-16,7 % ↓	91,3 % ↑
Wohnungsbau	105,9	-32,2 % ↓	31,9 % ↑
gewerblicher Hochbau	149,1	-12,8 % ↓	116,1 % ↑
öffentlicher Hochbau	113,8	-7,1 % ↓	124,8 % ↑
Tiefbau insgesamt	171,6	12,3 % ↑	31,0 % ↑
gewerblicher Tiefbau	234,5	87,4 % ↑	72,1 % ↑
öffentlicher Tiefbau	136,3	-19,3 % ↓	26,9 % ↑
Straßenbau	173,8	14,8 % ↑	21,1 % ↑
Baugewerblicher Umsatz	136,2	1,2 % ↗	16,1 % ↑
Hochbau insgesamt	126,7	-6,4 % ↓	9,8 % ↑
Wohnungsbau	113,1	4,9 % ↑	27,6 % ↑
gewerblicher Hochbau	149,3	5,1 % ↑	9,6 % ↑
öffentlicher Hochbau	105,6	-29,6 % ↓	-2,8 % ↓
Tiefbau insgesamt	145,5	8,8 % ↑	22,1 % ↑
gewerblicher Tiefbau	149,1	4,7 % ↑	24,3 % ↑
öffentlicher Tiefbau	140,5	24,6 % ↑	28,8 % ↑
Straßenbau	147,4	2,3 % ↑	17,6 % ↑

nat. Im Vergleich zum Mai 2009 stieg die Nachfrage nach Bauleistung um 50%. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die Auftragseingänge allerdings leicht gesunken (-1,6%).

Die einzelnen Bereiche des Bauhauptgewerbes haben von dem Auftragszuwachs unterschiedlich stark profitiert. Besonders kräftige Zuwächse gab es im Vergleich zum Mai 2009 im gewerblichen Hochbau (+116%) und im öffentlichen Hochbau (+125%). Der kräftige Zuwachs im gewerblichen Hochbau beruht aber zu einem erheblichen Teil auf zwei Großaufträgen, die rheinland-pfälzische Firmen akquirieren konnten. Das gute

Ergebnis im öffentlichen Hochbau dürfte im Wesentlichen durch die Konjunkturprogramme verursacht sein, die allmählich ihre volle Wirkung entfalten.

Auch im gewerblichen Tiefbau nahmen die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat deutlich zu (+72%). Im öffentlichen Tiefbau stieg die Nachfrage um 27% und im Straßenbau um 21%. In diesen beiden Bereichen dürften sich zunehmend die Infrastrukturprojekte bemerkbar machen, die im Zuge der Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht worden sind.

Der Einfluss des Konjunkturabschwungs zeigt sich in fast allen

Bereichen des Bauhauptgewerbes im Vorjahresvergleich. Gegenüber Juni 2008 war die Nachfrage nach Bauleistungen im gewerblichen Hochbau um 13% und im öffentlichen Hochbau um etwa 7% niedriger. Im öffentlichen Tiefbau lagen die Auftragseingänge noch um 19% unter dem Niveau vom Juni 2008. Nur der gewerbliche Tiefbau konnte bei den Auftragseingängen auch im Vergleich zum Vorjahresmonat einen kräftigen Zuwachs verzeichnen (+87%).

Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich gegenüber Mai 2009 um 16%. Im Vergleich zum Juni 2008 gab es eine leichte Ausweitung um 1,2%.

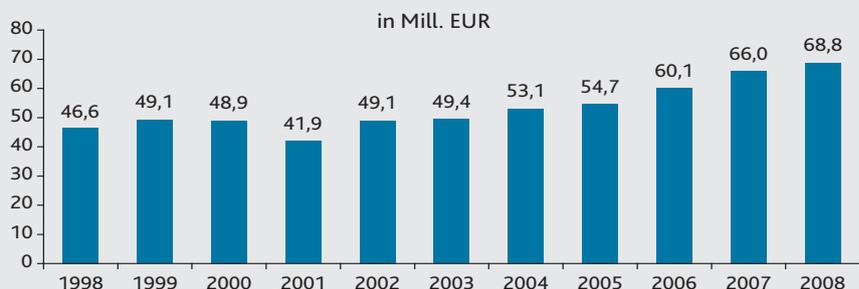
Produkte aus Rheinland-Pfalz auch 2008 gefragt

Industrie stellte Waren im Wert von 68,8 Mrd. Euro her

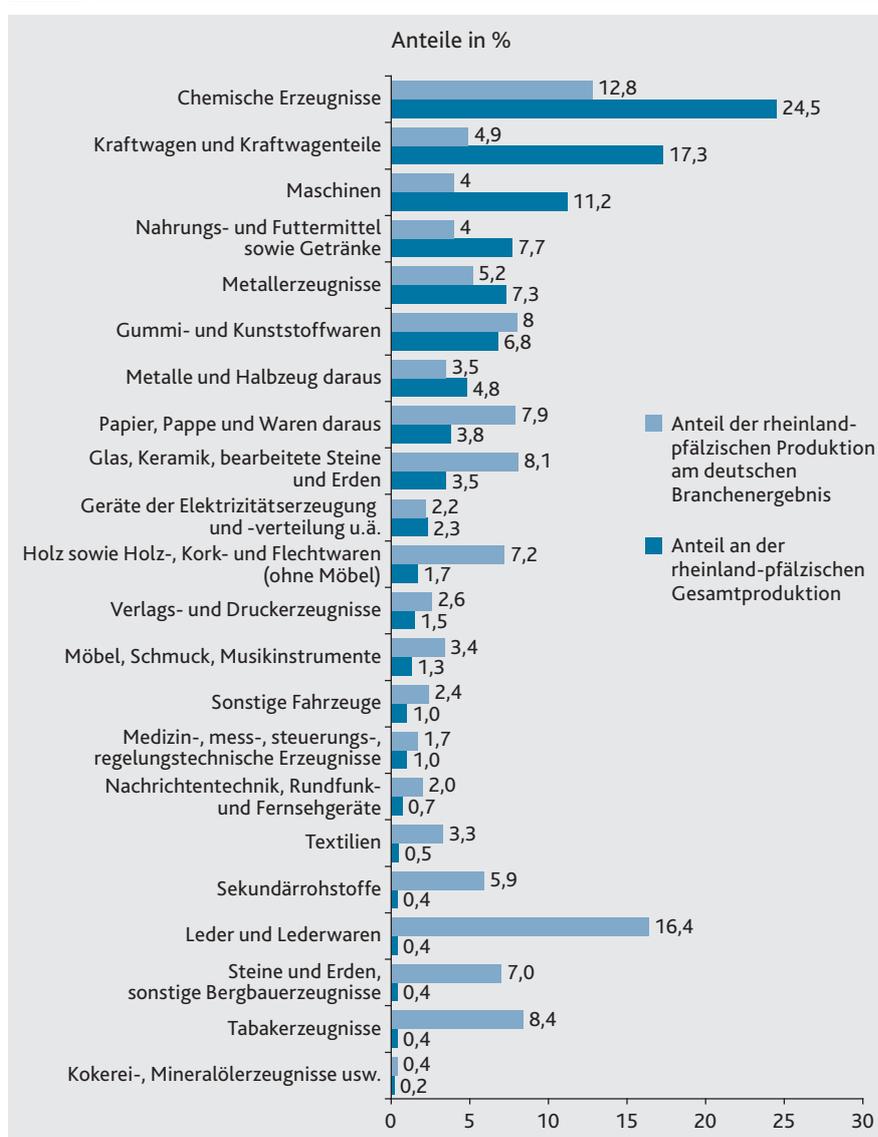
Die rheinland-pfälzische Industrie hat im Jahr 2008 Waren im Wert von 68,8 Mrd. Euro hergestellt. Das waren trotz der beginnenden Wirtschaftskrise 4,2% mehr als im Jahr zuvor (Deutschland: +2,6%). In den Jahren 2006 und 2007 war die rheinland-pfälzische Industrieproduktion um 10 bzw. 9,7% gestiegen.

Starke Impulse gingen sowohl von den Vorleistungsgüterproduzenten in der Metallindustrie, im Papiergewerbe und in der chemischen Industrie, als auch von den Investitionsgüterproduzenten im Maschinenbau und im Fahrzeugbau sowie von den Verbrauchsgüterproduzenten im Ernährungsgewerbe aus.

Industrieproduktion 1998–2008



Industrieproduktion 2008 nach Güterabteilungen



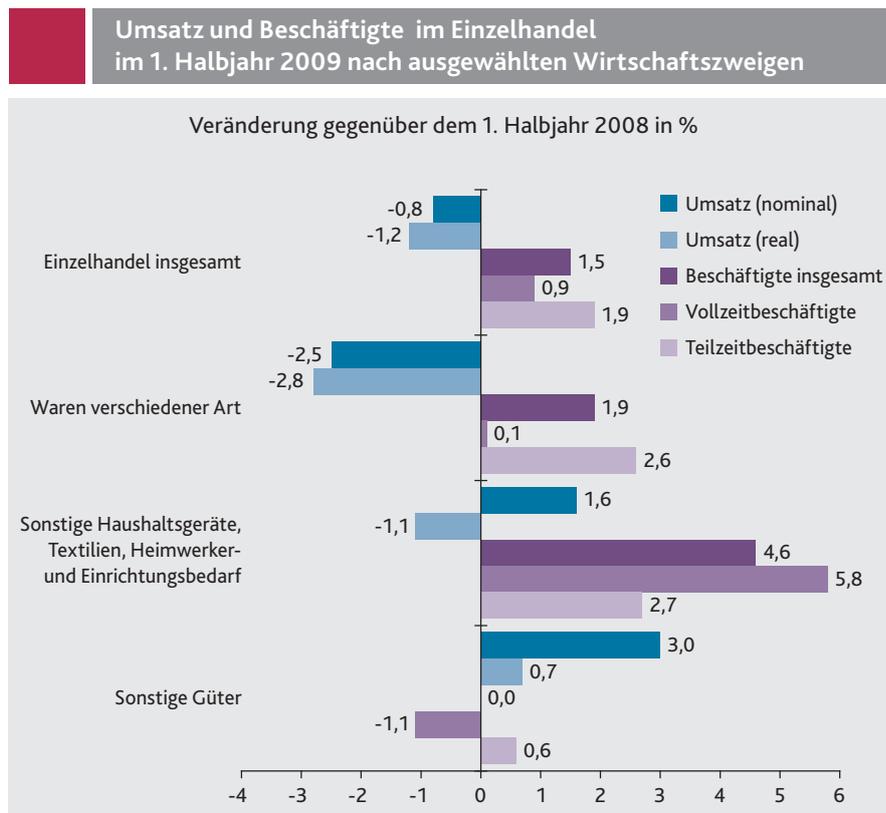
Mehr als die Hälfte (54,1%) des gesamten Güterausstoßes der heimischen Industrie entfiel auf die drei für Rheinland-Pfalz wichtigsten Branchen: die chemische Industrie, den Fahrzeugbau und den Maschinenbau. Die Hersteller von chemischen Erzeugnissen als größte Vorleistungsgüterproduzenten stellten Waren im Wert von 16,9 Mrd. Euro her; das war nahezu ein Viertel (24,5%) der rheinland-pfälzischen Gesamtproduktion. Zum bundesweiten Branchenergebnis trug die rheinland-pfälzische Chemieindustrie 12,8% bei.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen hatten mit einem Produktionswert von 11,9 Mrd. Euro (17,3% der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion) am deutschen Branchenergebnis einen Anteil von 4,9%. Der Maschinenbau als größter Investitionsgüterproduzent stellte Waren im Wert von 7,7 Mrd. Euro her und erzielte damit einen Anteil von 11,2% an der rheinland-pfälzischen Gesamtproduktion bzw. von 3,9% am deutschen Branchenergebnis.

Einzelhandel im 1. Halbjahr mit Umsatzrückgang

Beschäftigungsentwicklung weiterhin positiv

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel hat im 1. Halbjahr 2009 eine leichte Kaufzurückhaltung der Kunden zu spüren bekommen. Die Umsätze lagen nominal, also zu jeweiligen Preisen, 0,8% niedriger als im 1. Halbjahr 2008. Werden die Preisveränderungen herausgerechnet, ergibt sich



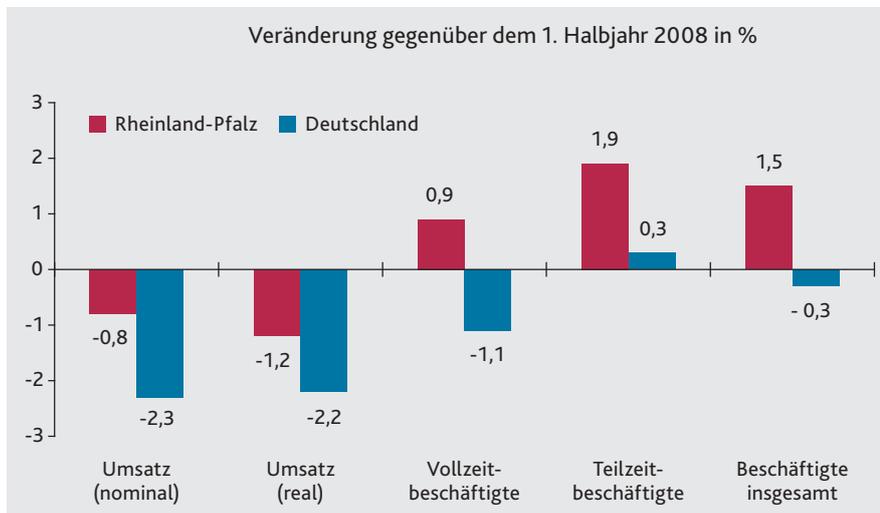
daraus ein realer Umsatzrückgang um 1,2% (Deutschland: nominal -2,3%; real -2,2%).

Von der negativen Entwicklung war der umsatzstärkste Wirtschaftszweig „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ besonders betroffen. Hierzu gehören Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte. Die Branche setzte nominal 2,5% weniger um als im 1. Halbjahr 2008 (real: -2,8%). Der Fachhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren hatte ebenfalls einen Umsatzrückgang zu verkraften. Der Umsatz der Anbieter von Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (z. B. PCs, Spielekonsolen, Handys und DVD-Player) ging nominal um 3% zurück. Das beruhte weniger auf der Kaufzu-

rückhaltung als auf sinkenden Preisen; real errechnet sich ein Umsatzplus von 1,6%. Positive Impulse kamen im 1. Halbjahr vom „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, der sowohl nominal als auch real Umsatzzuwächse verbuchen konnte. Dieser Anstieg wurde wesentlich von der positiven Halbjahresbilanz der Apotheken bestimmt. Aber auch Bekleidungs-geschäfte, der Handel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln sowie der Schuhhandel steigerten die Umsätze gegenüber dem 1. Halbjahr 2008.

Die Zahl der Beschäftigten war im rheinland-pfälzischen Einzelhandel im 1. Halbjahr 1,5% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei waren sowohl bei den Vollzeitkräf-

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel im 1. Halbjahr 2009



ten (+0,9%) als auch bei den Teilzeitbeschäftigten (+1,9%) Zuwächse zu verzeichnen. Bundesweit ging die Beschäftigtenzahl um 0,3% zurück (Vollzeit: -1,1%; Teilzeit: +0,3%).

Herbe Umsatzeinbußen verzeichnete der Bereich der Beherbergung mit einem Minus von nominal 6,2% (real: -8,6%). Im Beherbergungsgewerbe, zu dem Hotels, Gasthöfe,

Pensionen, Ferienunterkünfte und Campingplätze gehören, werden gut 40% des gesamten Umsatzes im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe erzielt. Hier dürfte sich vor allem die durch die Wirtschaftskrise bedingte Zurückhaltung bei Reisen bemerkbar machen.

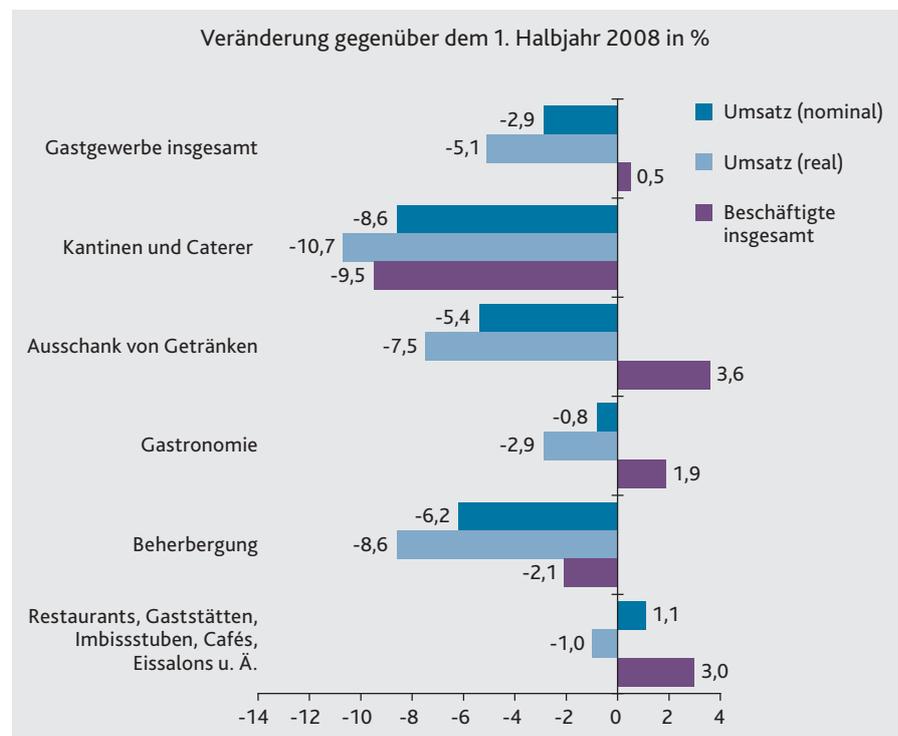
Auch die Gastronomie, die rund 60% des Gastgewerbeumsatzes auf sich vereinigt, hatte im 1. Halbjahr 2009 einen Umsatzrückgang zu verkraften (nominal: -0,8%; real: -2,9%). Während Restaurants, Gaststätten und Cafés die Umsätze zumindest nominal steigern konnten, mussten Caterer und Schankwirtschaften nominal und real Umsatzrückgänge hinnehmen. Der Umsatzeinbruch bei den Caterern, die insgesamt nur einen

Wirtschaftskrise trifft auch das Gastgewerbe

Umsatzrückgang und weniger Vollzeitbeschäftigte im 1. Halbjahr

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe musste im 1. Halbjahr 2009 Umsatzverluste hinnehmen. Nach vorläufigen Berechnungen sanken die Umsatzzahlen nominal, d. h. in jeweiligen Preisen, um 2,9%. Real – also unter Ausschaltung der Preisentwicklung – gingen die Umsätze um 5,1% zurück (Deutschland: nominal -4,8%, real -6,9%). Gegenüber dem 1. Quartal des Jahres war im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe im 2. Quartal eine leichte Besserung spürbar. Im 1. Quartal betrug der Umsatzrückgang noch 5% (nominal) bzw. 7,1% (real).

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe im 1. Halbjahr 2009



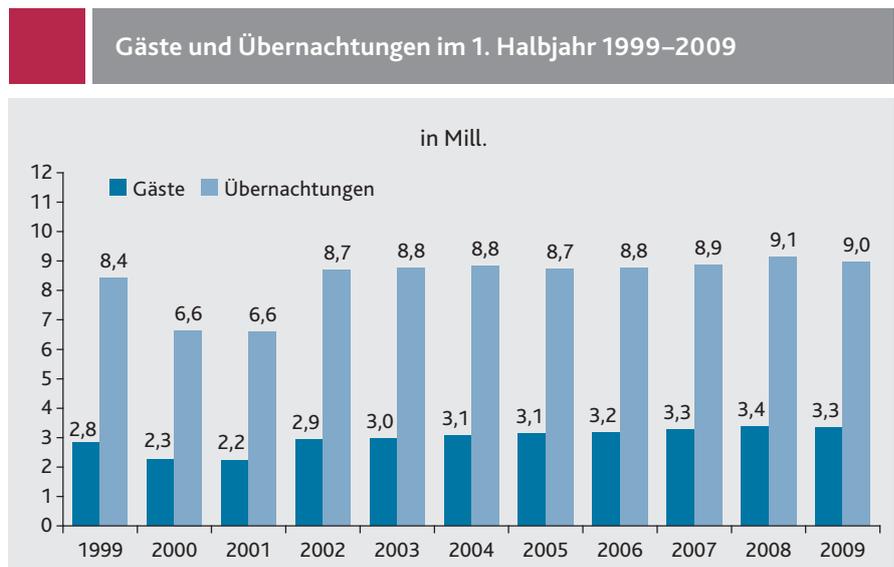
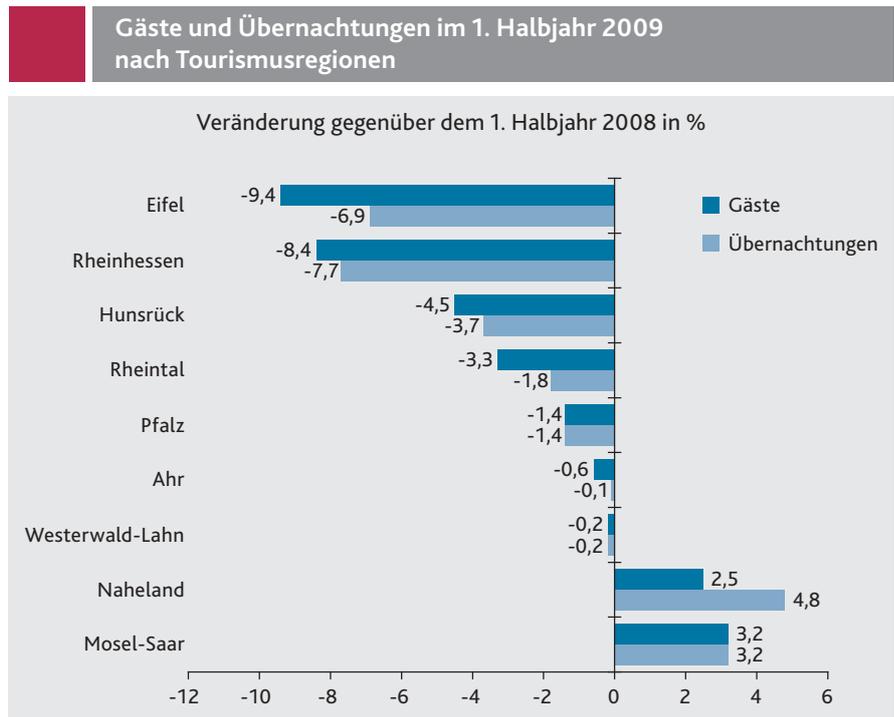
kleinen Anteil zum Gastgewerbeumsatz beisteuern, dürfte vor allem auf die Lieferanten von Bordverpflegung zurückzuführen sein, die unter krisenbedingt sinkenden Fluggastzahlen leiden.

Die negative Umsatzentwicklung spiegelt sich in den Beschäftigtenzahlen nur teilweise wider: Gegenüber dem 1. Halbjahr 2008 stiegen diese im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe leicht (+0,5%). Allerdings ging die Zahl der Vollzeitstellen um 3,2% zurück; lediglich bei den Teilzeitbeschäftigten war ein Zuwachs zu verzeichnen (+3%). Bundesweit blieb die Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe mit einem Plus von 0,1% in etwa konstant (Vollzeit: -2,8%; Teilzeit: +2,3%).

Tourismus verzeichnet leichte Einbußen

Ergebnis im mehrjährigen Vergleich positiv

Der rheinland-pfälzische Tourismus hatte in der 1. Hälfte des Jahres 2009 im Vergleich zur 1. Hälfte des Rekordjahrs 2008 leichte Einbußen zu verkraften. Die Tourismusbetriebe verbuchten von Januar bis Juni knapp 9 Mill. Übernachtungen, das waren 2% weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Gäste war mit 3,3 Mill. um 1,4% niedriger als im 1. Halbjahr 2008. Damit konnten zwar die Rekordzahlen des vergangenen Jahres nicht erreicht werden. Trotzdem schnitt das 1. Halbjahr 2009 im mehrjährigen Vergleich positiv ab; sowohl bei den Gäste- als auch bei



den Übernachtungszahlen wurde das zweitbeste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre erzielt.

In den meisten rheinland-pfälzischen Tourismusregionen gingen im 1. Halbjahr sowohl die Übernachtungs- als auch die Gästezahlen zurück. Zunahmen bei Gäste- und Übernachtungs-

zahlen verzeichneten nur die Regionen Mosel-Saar und Naheland. In Rheinhesen und in der Eifel waren dagegen die Rückgänge am größten. Die Entwicklung in Rheinhesen wird von der Stadt Mainz geprägt. Dort ging die Zahl der ausländischen Gäste stark zurück.

Gäste und Übernachtungen ¹⁾ im 1. Halbjahr 2009

Tourismusregion Betriebsart	Gäste		Übernachtungen	
	1. Halbjahr 2009	Veränderung zum 1. Halbjahr 2008	1. Halbjahr 2009	Veränderung zum 1. Halbjahr 2008
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	3 334 728	-1,4	8 958 683	-2,0
aus Deutschland	2 615 947	-1,0	7 025 393	-2,3
aus dem Ausland	718 781	-3,2	1 933 290	-0,8
nach Tourismusregionen				
Ahr	176 635	-0,1	509 487	-0,6
Eifel	391 869	-6,9	1 339 412	-9,4
Hunsrück	142 238	-3,7	342 118	-4,5
Mosel-Saar	747 024	3,2	2 229 933	3,2
Naheland	182 351	4,8	688 677	2,5
Pfalz	737 007	-1,4	1 748 108	-1,4
Rheinhessen	332 243	-7,7	577 102	-8,4
Rheintal	371 964	-1,8	813 123	-3,3
Westerwald-Lahn	253 397	-0,2	710 723	-0,2
nach Betriebsarten				
Gasthöfe	123 769	9,4	280 478	2,8
Privatquartiere ²⁾	278 447	4,8	1 039 311	1,5
Pensionen	124 841	5,2	343 022	-0,1
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	234 660	1,6	625 943	-0,8
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	46 176	-0,5	1 047 260	-1,4
Hotels garnis	234 309	-2,3	464 351	-2,2
Hotels	1 756 444	-3,4	3 438 843	-2,6
Ferienzentren	215 368	-1,0	916 877	-2,9
Jugendherbergen u.ä. Einrichtungen	253 380	-3,1	536 205	-4,7
Jugendherbergen	195 724	-3,7	407 666	-3,9
Ferienhäuser, -wohnungen	67 334	-6,4	266 393	-9,0

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Neben Privatquartieren mit weniger als neun Betten sind hier auch gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als neun Betten berücksichtigt.

Nicht alle Betriebsarten waren gleichermaßen vom Rückgang betroffen. Quartiere mit tendenziell einfacherer Ausstattung konnten zum Teil sogar Zuwächse verbuchen. So nahmen in Gasthöfen und Privatquartieren mit weniger als neun Betten die Gäste- und die Übernachtungszahlen zu. Am stärksten schrumpfte das Segment der Ferienhäuser und Ferienwohnungen.

Nahezu vier Fünftel (78,4%) der Übernachtungen entfielen auf den Inländertourismus. Hier war in den ersten sechs Monaten ein Rückgang

um 2,3% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Die Gästezahl ging um 1% zurück. Deutlich stärker nahm die Zahl der Gäste aus dem Ausland ab (-3,2%). Die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste sank nur um 0,8%. Mehr als die Hälfte der Übernachtungen von Ausländern entfiel auf Besucher aus den Niederlanden und aus Belgien.

Der Monat Juni verlief für den rheinland-pfälzischen Tourismus positiv. Rund 758 000 Übernachtungsgäste besuchten das Land, das waren 3%

mehr als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 2,3% auf 2 Mill. Zugleich werden erste Anzeichen dafür sichtbar, dass die Wirtschaftskrise offenbar zu einer Zurückhaltung bei Auslandsreisen beiträgt. Im Juni kamen mehr Gäste aus dem Inland (+3%), während die Zahl ausländischer Gäste niedriger war als vor einem Jahr (-3,4%). Die Übernachtungszahlen deutscher Gäste lagen um 3,4% höher als vor einem Jahr, die der ausländischer Gäste um 1,4% niedriger.

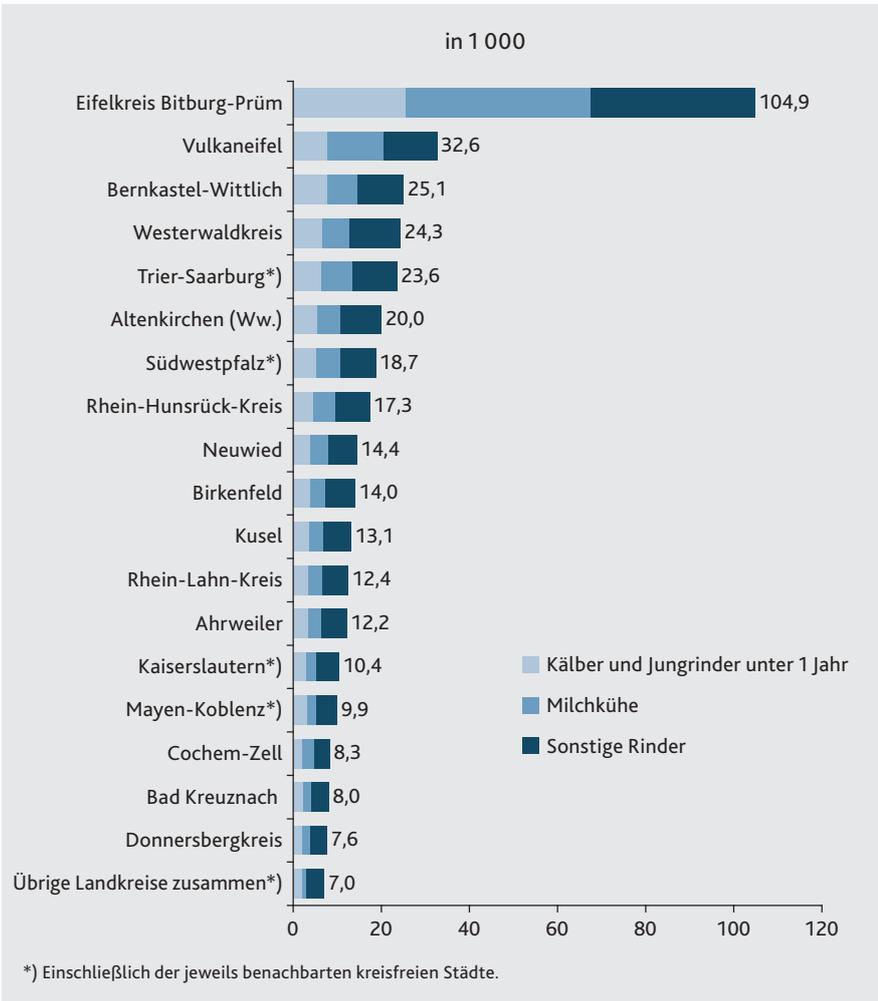
Rückläufige Rinderzahlen

Milchviehbestände relativ stabil

Im Mai 2009 wurden in Rheinland-Pfalz noch 384 000 Rinder gehalten. Das waren 7 500 Wiederkäufer weniger als ein Jahr zuvor (-1,9%). Im bedeutendsten Haltungszweig, der Milchviehhaltung, wurden über 118 000 Milchkühe gezählt. Hier war der Rückgang mit -0,7% vergleichsweise gering. Stark eingebüßt haben demgegenüber andere Haltungsformen von Kühen (46 000 Tiere bzw. -4,1%); zu diesen gehören beispielsweise die Ammen- und Mutterkühe. Die Bestände an Kälbern und Jungtieren von bis zu einem Jahr (103 000 Tiere) nahmen ebenfalls überdurchschnittlich stark ab (-3,2%). Die Zahl der über ein Jahr alten Rinder (117 000 Tiere) ging um 1,1% gegenüber dem Jahr 2008 zurück.

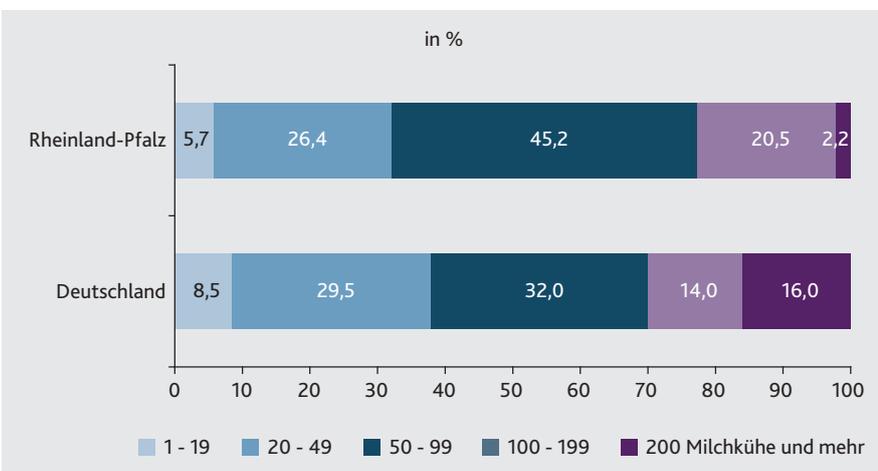
Auch die Halterzahlen sind rückläufig: Mit rund 6 500 wurden im Mai dieses Jahres knapp 300 Rinderhal-

Rinderhaltung 2009 nach Verwaltungsbezirken



tungen weniger (-4%) registriert als vor einem Jahr. Von der allgemein rückläufigen Entwicklung in der Rinderhaltung blieb auch die Milcherzeugung (-4,1%) auf den knapp 2700 Höfen nicht verschont. Der Trend zu immer größeren Einheiten – ein Sachverhalt, der aktuell im Zusammenhang mit den niedrigen Erzeugerpreisen für Milch diskutiert wird – hat sich dabei fortgesetzt. Während die Haltungen mit weniger als 100 Milchkühen abnahmen (-5,1%), legten größere Betriebe mit 100 und mehr Kühen deutlich zu (+10,3%). Trotz der Aufstockungstendenzen ist die Milcherzeugung in Rheinland-Pfalz noch eine Domäne mittelgroßer Bestände: 45% der Milchkühe standen im Frühjahr 2009 in Ställen mit 50 bis 99 Tieren. Der entsprechende Bundeswert aus dem Jahr 2008 liegt bei 32%. Nur 2,2% der Milchkühe in Rheinland-Pfalz werden in Beständen von 200 und mehr Tieren gehalten, im Bundesdurchschnitt sind es dagegen bereits 16%.

Milchkuhbestände in Rheinland-Pfalz 2009 und in Deutschland 2008 nach Bestandsgrößenklassen



Der Naturraum Eifel bildet traditionell den Schwerpunkt der Rinderhaltung in Rheinland-Pfalz. Im Eifelkreis Bitburg-Prüm werden über ein Viertel aller Rinder bzw. über ein Drittel aller Milchkühe des Landes gehalten. Auch die Bestände bei den Jungrindern sowie bei den übrigen Nutzungskategorien konzentrieren sich auf das grünlandreiche Grenzgebiet im Nordwesten des Landes. Mit einem Rinderbestand von zusammen 105 000 Tieren führt der Eifelkreis Bitburg-Prüm die Liste der Landkreise an. In deutlichem Abstand folgen die

benachbarten Landkreise Vulkaneifel (33 000 Tiere) und Bernkastel-Wittlich (25 000 Tiere).

Im Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HI-Tier) werden alle in Deutschland gehaltenen Rinder erfasst. Durch die Nutzung dieser Verwaltungsdaten können die Rinderhalter von statistischen Berichtspflichten entlastet werden. Das HI-Tier wurde nach der BSE-Krise eingerichtet und dient vor allem dem Zweck, die Produktionskette von Rindfleisch – vom Verkaufstresen bis zum Erzeugerbetrieb – zurückverfolgen zu können.

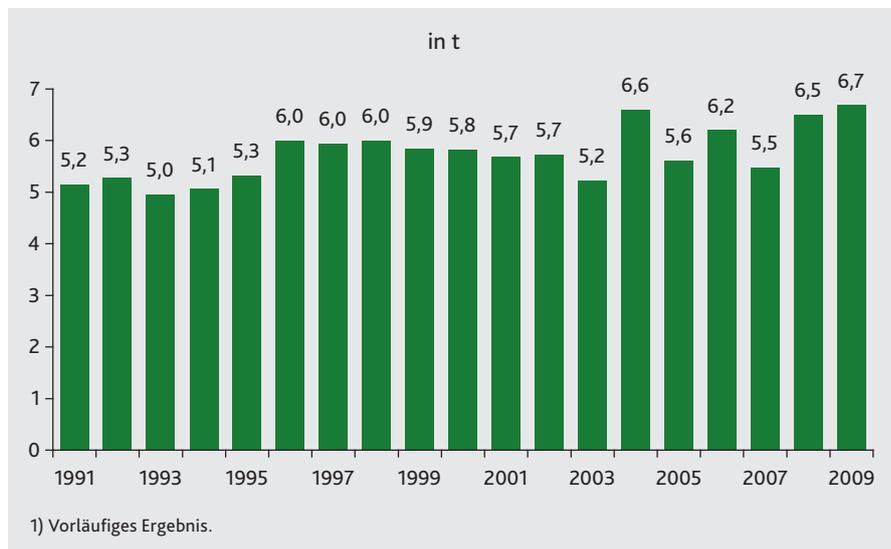
Getreideerträge über den Vorjahreswerten

Rekordernte von Winterraps

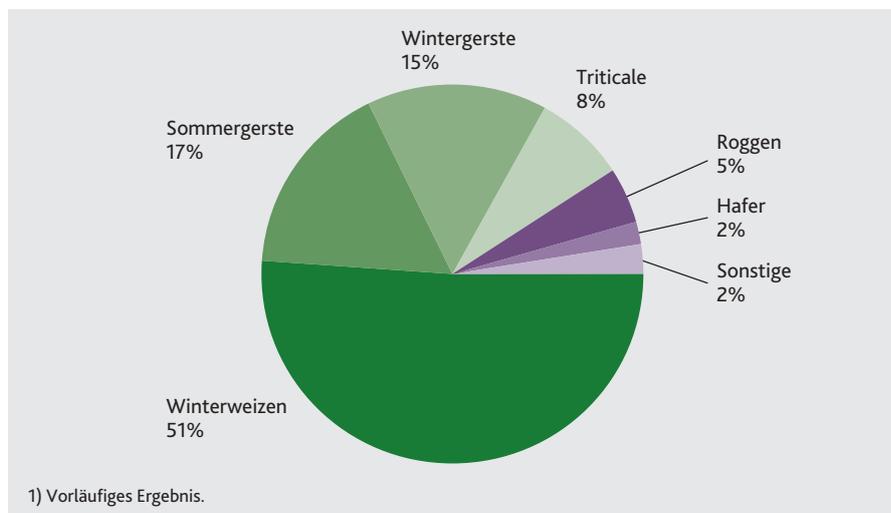
Die rheinland-pfälzischen Landwirte können sich auch dieses Jahr wieder über eine sehr gute Getreideernte freuen. Sie liegt nach einer ersten Bilanz mit 1,59 Mill. t nur um 1,2% unter der Rekordernte des Vorjahres. Der Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2008 wird um 13% übertroffen. Die Winterrapsenernte liegt mit 184 000 t um 11% über dem Spitzenwert des vergangenen Jahres.

Während im vorigen Jahr neben guten Erträgen auch eine Ausweitung der Anbauflächen in Rheinland-Pfalz für eine hohe Getreideernte sorgte, sind es dieses Jahr vor allem die nochmals gestiegenen Erträge. Der durchschnittliche Getreideertrag je Hektar erreicht 6,7 t. Er liegt damit um knapp 200 kg über dem Vorjahreswert und

Hektarerträge von Getreide 1991–2009¹⁾



Erntemenge von Getreide 2009¹⁾ nach Arten



um 800 kg über dem sechsjährigen Durchschnitt. Die Getreidefläche wurde gegenüber dem Vorjahr um 3,9% auf 238 000 ha reduziert. Die Winterrapsfläche stieg dagegen um 3% auf 44 200 ha.

Bundesweit erreicht die Getreideernte (ohne Körnermais) einen Wert von 45 Mill. t und entspricht damit

dem Vorjahreswert. Die Winterrapsenernte beträgt 6,2 Mill. t (+21%). Die rheinland-pfälzischen Landwirte tragen 3,5% zur deutschen Getreideernte bei, der Anteil der Winterrapsenernte liegt bei 3%.

Rund 51% der diesjährigen Getreideernte entfallen auf Winterweizen (813 000 t). Der Ertrag liegt bei 7,5 t

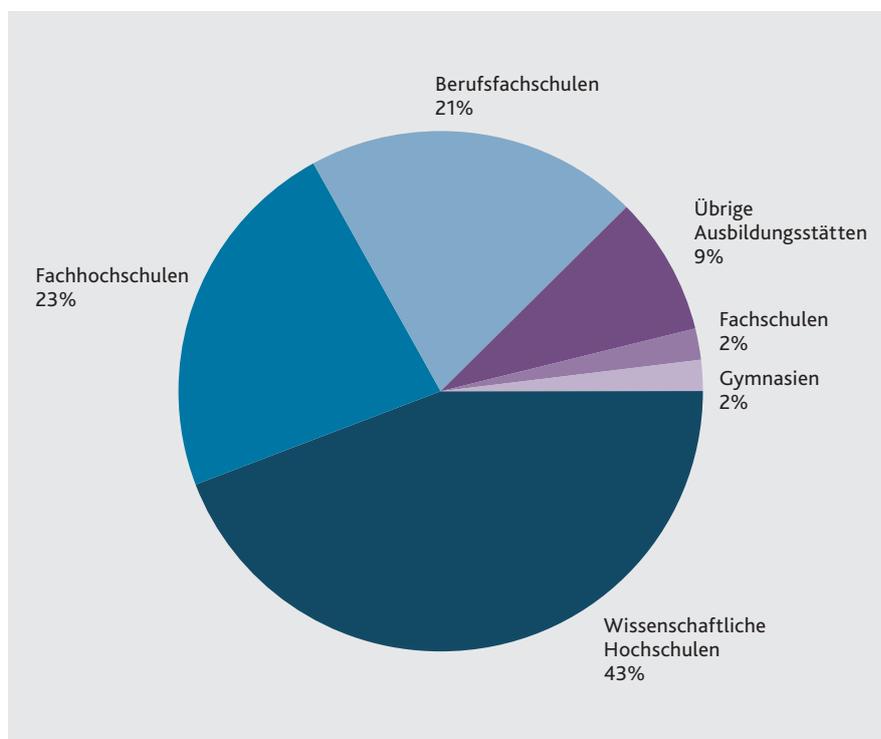
je ha; die Anbaufläche nahm um knapp 2% auf 107 800 ha ab. Der Sommergerstenanbau hat in Rheinland-Pfalz traditionell eine große Bedeutung. So stammen knapp 12% (264 000 t) der deutschen Sommergerste von insgesamt 2,2 Mill. t aus Rheinland-Pfalz. Aufgrund der ungünstigen Erlössituation im vergangenen Jahr wurde die Fläche um 17% auf nur noch 49 000 ha reduziert. Der Ertrag übersteigt mit 5,4 t je ha geringfügig den Vorjahreswert.

Wieder mehr BAföG-Empfängerinnen und Empfänger

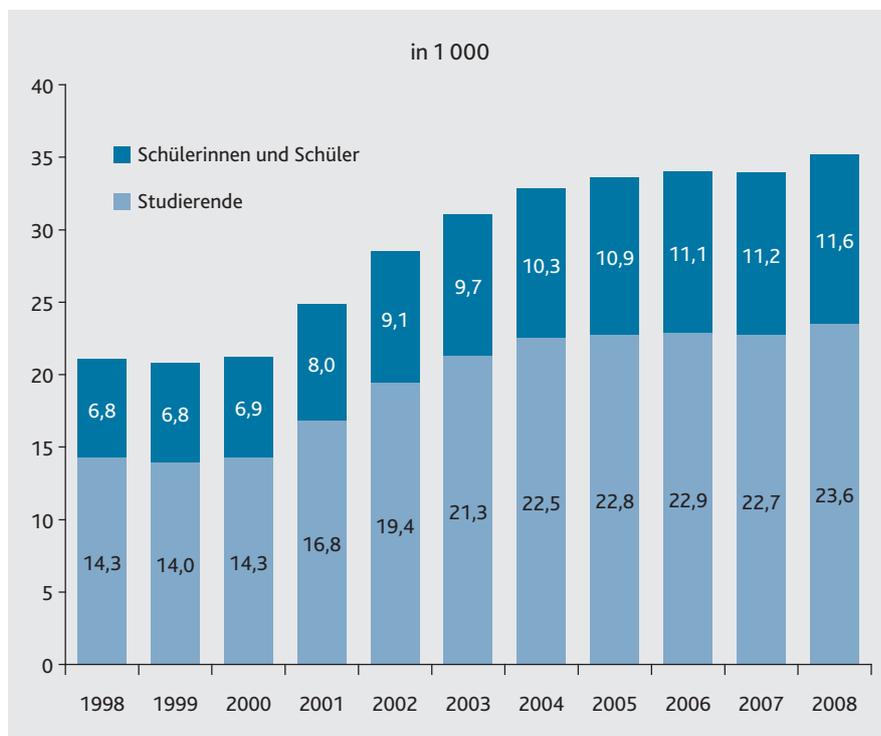
Reform hat Kreis der Anspruchsberechtigten vergrößert

Die Zahl der Studierenden in Rheinland-Pfalz, die BAföG beziehen, ist im vergangenen Jahr erstmals seit zwei Jahren wieder gestiegen. Fast 23 570 Studentinnen und Studenten erhielten Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, das waren 824 mehr als im Jahr 2007 (+3,6%). Die Zahl der Studierenden lag im Wintersemester 2008/2009 bei 107 116 und damit lediglich 1,4% höher als ein Jahr zuvor. Ein Grund für die überproportionale Zunahme der Geförderten ist die BAföG-Reform vom August 2008, mit der u. a. die Freibetragsgrenzen und die Bedarfssätze erhöht und damit auch der Kreis der Anspruchsberechtigten vergrößert wurde. Verbessert wurden zudem die Förderbedingungen für Eltern und für Personen mit Migrationshintergrund. Von den BAföG-Beziehern waren 15 576 an

Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 2008 nach Bildungsgängen



Empfängerinnen und Empfänger von BAföG-Leistungen 1998–2008



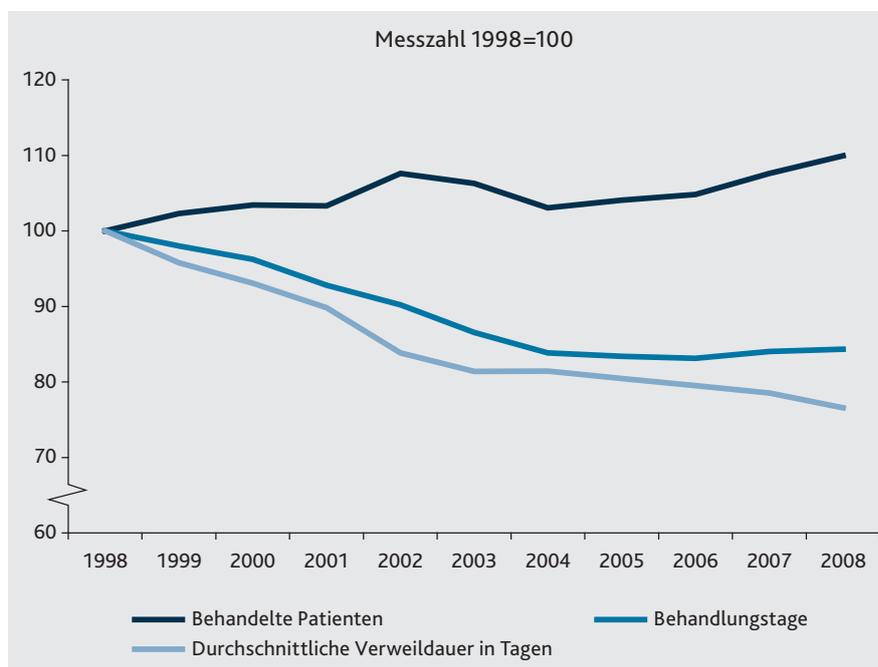
einer wissenschaftlichen Hochschule und 7939 an einer Fachhochschule immatrikuliert. Sie erhielten durchschnittlich 388 Euro im Monat (+24 Euro).

Der seit Jahren zu beobachtende Anstieg der geförderten Schülerinnen und Schüler hat sich im Jahr 2008 fortgesetzt. Ihre Zahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,9% auf 11 623. Von diesen besuchten 7 283 eine Berufsfachschule (+8,5%), 751 eine Fachschule (+0,7%) und 645 ein Gymnasium (-2%). Außerdem wurden 2 997 Schülerinnen und Schüler (-3,5%) an sonstigen Ausbildungsstätten gefördert, zu denen beispielsweise Integrierte Gesamtschulen und Abendgymnasien gehören. Schülerinnen und Schüler wurden durchschnittlich mit 295 Euro im Monat unterstützt.

Die Förderung erstreckte sich nicht bei allen Empfängerinnen und Empfängern auf das gesamte Jahr. Im Durchschnitt wurden in Rheinland-Pfalz je Monat 21 839 Personen (15 056 Studierende sowie 6 782 Schülerinnen und Schüler) unterstützt.

Für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG wendeten Bund und Land im Jahr 2008 insgesamt mehr als 94 Mill. Euro auf. Das waren fast 7 Mill. Euro mehr als im Vorjahr (+7,8%). In Form von Zuschüssen wurden 59,6 Mill. Euro ausgezahlt (63,4%), 34,5 Mill. Euro flossen als Darlehen. Das BAföG wird zu 65% vom Bund und zu 35% von den Ländern finanziert.

Entwicklung ausgewählter Kennzahlen der Krankenhäuser 1998–2008



20 000 Patienten mehr in Krankenhäusern

Durchschnittliche Verweildauer sinkt weiter

Die Zahl der in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern vollstationär behandelten Patienten ist im Jahr 2008 erneut gestiegen. Die Krankenhäuser zählten rund 863 000 Behandlungsfälle, das waren 20 000 bzw. 2,2% mehr als im Jahr zuvor. Damit ist in den zurückliegenden drei Jahren eine kontinuierliche Steigerung zu verzeichnen gewesen. Eine Ursache ist die wachsende Zahl älterer Menschen, bei denen überdurchschnittlich häufig Krankenhausbehandlungen erforderlich werden. Die Zahl der über 65-Jährigen ist in Rheinland-Pfalz in den vergangenen fünf Jahren um 9,4% gestiegen. Auf diese Bevölkerungsgruppe, die rund

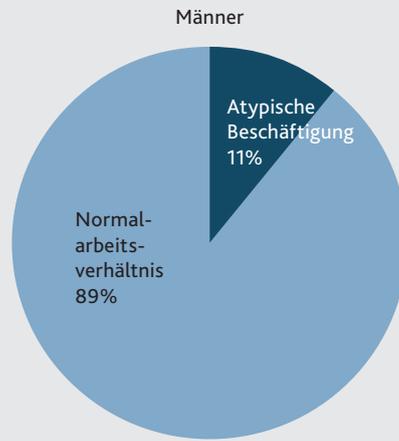
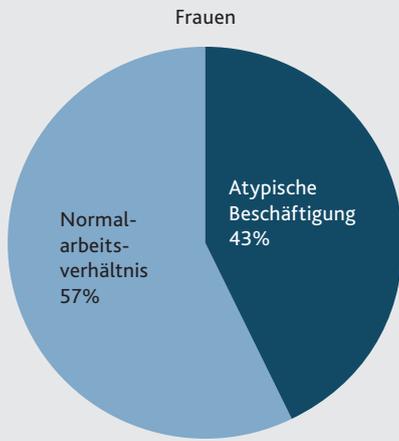
20% der Gesamtbevölkerung ausmacht, entfallen etwa 40% der Krankenhausfälle.

Da Patienten immer kürzer im Krankenhaus bleiben, hat sich die Zahl der Behandlungstage mit 6,8 Mill. gegenüber dem Vorjahr nur leicht erhöht (0,3%). Die durchschnittliche Verweildauer sank auf 7,9 Tage, nachdem sie im Jahr 1998 noch bei 10,3 Tagen gelegen hatte. Ursachen hierfür sind neben den Reformen im Gesundheitswesen auch moderne, schonendere Operations- und Behandlungsmethoden.

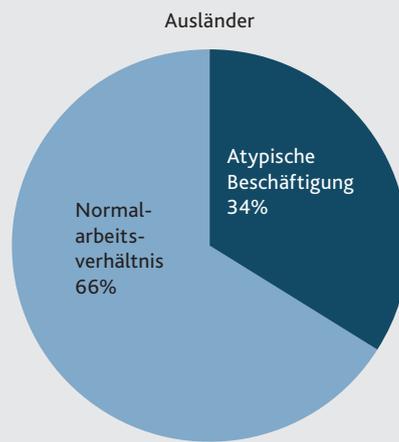
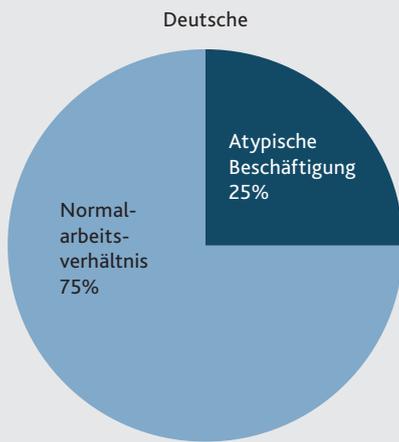
Neben vollstationären Behandlungen bieten die Krankenhäuser immer stärker auch ambulante Operationen an. Seit deren erster statistischer Erhebung im Jahr 2002 hat sich die Zahl von rund 18 000 auf fast 64 000 mehr als verdreifacht.

Normalarbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung 2008 nach Geschlecht, Nationalität und Berufsausbildung

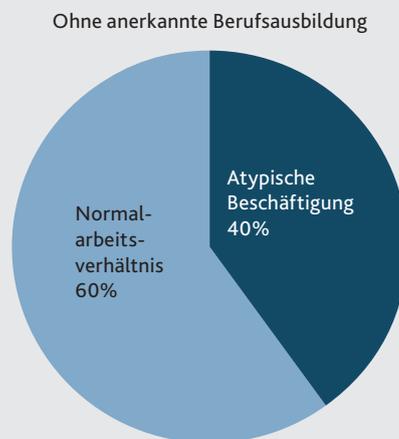
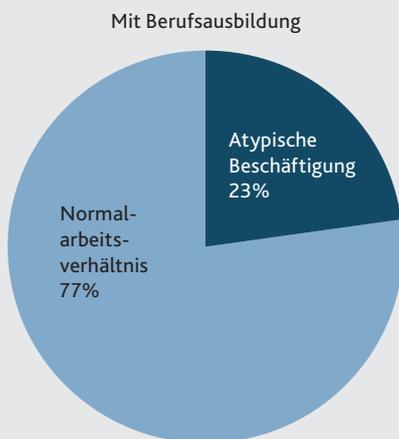
Geschlecht



Nationalität



Berufsausbildung



Neue Beschäftigungsformen auf dem Vormarsch

Immer mehr Beschäftigte arbeiten in neuen, häufig auch als „atypisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen. Zu diesen neuen Beschäftigungsformen gehören befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 und weniger Stunden. Der Anteil der abhängig Beschäftigten erhöhte sich in diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz zwischen 1998 und 2008 von 19,5 auf 25,8% (Deutschland: von 18,2 auf 25,2%). Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ bleibt aber weiterhin die vorherrschende Beschäftigungsform.

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern: Während sich 43,4% der abhängig beschäftigten Frauen im Jahr 2008 in einer „atypischen“ Beschäftigung befanden, traf dies nur auf 10,6% der Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür ist die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen auch durchaus gewollt ist (z. B. aus familiären Gründen). Überdurchschnittlich stark vertreten waren die neuen Beschäftigungsformen auch bei abhängig Beschäftigten ohne anerkannte Berufsausbildung (39,6%), Alleinerziehenden (41,5%) und Ausländern (34,1%).

Personen, die zusammen in einem Haushalt leben, verfügen in der Regel auch gemeinschaftlich über das Haushaltseinkommen. So erleichtern mehrere Erwerbseinkommen die Finanzierung des Lebensunterhalts der Haushaltsmitglieder. Fast 31%

der „atypisch“ Beschäftigten lebten 2008 in einem Haushalt ohne weitere Erwerbstätige und konnten sich damit nur auf das eigene Erwerbseinkommen stützen. Mit mindestens einem Normalbeschäftigten lebten 54,5% der „atypisch“ Beschäftigten in einem Haushalt. Rund 7% gaben an, mit einem oder eventuell mehreren „atypisch“ Beschäftigten zusammen zu leben und 7,9% befanden sich in anderen Haushalts-Erwerbskonstellationen (z. B. Selbstständige).

Der Haushaltszusammenhang spielt auch bei der Frage nach der Armutsgefährdung eine wichtige Rolle: „Atypisch“ Beschäftigte ohne weitere Erwerbstätige im Haushalt wiesen 2008 eine Armutsgefährdungsquote von 30,8% auf. In deutlich geringerem Maß von Armut bedroht waren hingegen „atypisch“ Beschäftigte, die mit mindestens einem Normalbeschäftigten zusammen lebten (3,5%). Insgesamt lag die Armutsgefährdungsquote der „atypisch“ Beschäftigten im Jahr 2008 bei 13,4% (Deutschland: 14,3%). Zum Vergleich: Die Armutsgefährdungsquote der abhängig Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis lag im Jahr 2008 bei 3,6%, die der abhängig Beschäftigten insgesamt bei 6,1%.

Atypisch Beschäftigte häufig unter der Niedriglohngrenze

Nach den Ergebnissen der alle vier Jahre stattfindenden Verdienststrukturerhebung erhielten im Oktober 2006 etwa 17% der rheinland-pfälzischen Beschäftigten einen

Niedriglohn (Deutschland: 20%). In Anlehnung an eine OECD-Methode werden alle Beschäftigten, die in der Stunde weniger als 9,85 Euro brutto verdienen, dem Niedriglohnsektor zugerechnet. Teilzeitbeschäftigte mit 20 und weniger Stunden pro Woche, geringfügig und befristet Beschäftigte erzielen geringere Stundenverdienste als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis und gehören dementsprechend überdurchschnittlich häufig dem Niedriglohnsektor an. In Rheinland-Pfalz verdienten im Oktober 2006 rund 81% der geringfügig Beschäftigten, 26% der befristet Beschäftigten und 14% der Teilzeitbeschäftigten weniger als 9,85 Euro brutto pro Stunde.

Info

Die **Armutsgefährdungsquote** ist der Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Bundesmedians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

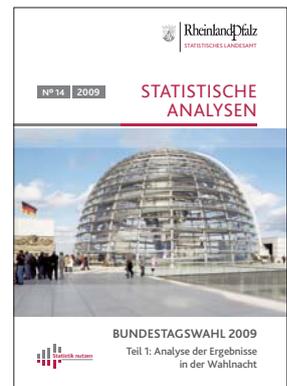
Die **Niedriglohngrenze** wurde hier, in Anlehnung an eine OECD-Methode, definiert als zwei Drittel des nationalen Medianlohns. Der Medianlohn ist der Eurobetrag, der die Beschäftigten nach ihrem Bruttostundenlohn in zwei Hälften teilt; d. h. eine Hälfte verdient weniger, die andere mehr als diesen Betrag.

Vorankündigung Statistische Analyse N° 14 Bundestagswahl 2009 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht

Wie bereits bei den vorangegangenen Wahlen wird das Statistische Landesamt auch bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 noch in der Wahlnacht die Ergebnisse in einer Statistischen Analyse auswerten.

Die Wahlergebnisse werden auf der Landes-, der Wahlkreis- und der Kreisebene in anschaulichen Grafiken sowie in informativen Tabellen aufbereitet und kommentiert. Darüber hinaus wird die Analyse Auskunft geben über die Hochburgen der Parteien in Rheinland-Pfalz.

Diese Publikation wird am Montag nach der Wahl, am 28. September 2009 ab 7:00 Uhr zum Download unter <http://www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/wahlen/wahlnachtanalyse-bw2009.pdf> angeboten.



Verbraucherpreise im August 2009

Die Verbraucherpreise sind im August im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,2% gesunken. Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex wird nach wie vor maßgeblich durch kräftige Preis-senkungen bei Kraftstoffen (-9,9%) und Heizöl (-33,2%) geprägt. Entsprechend lagen die Preise in der Hauptgruppe „Verkehr“ (-1,5%) und bei den Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen (-0,6%) unter dem Niveau des Vorjahres. Ohne Berücksichtigung der in der Summe gesehen rückläufigen Preisentwicklung für Haushaltsenergie sowie Kraftstoffe hätte die Jahresteuersatzrate bei 0,7% gelegen. Im Vergleich zum Vorjahr verbilligten sich auch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (-3,2%).

Alkoholische Getränke und Tabakwaren verteuerten sich dagegen binnen Jahresfrist erheblich (+3,8%). Deutliche Preiserhöhungen gab es auch im Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+2,2%) und bei der Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für den Haushalt und deren Instandhaltung (+2,1%).

Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich der Verbraucherpreisindex um 0,3%. Mit dem Eintreffen der neuen Kollektionen und dem Ende des Schlussverkaufs der Sommerware gab es in der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“ einen Preisanstieg um 2,8%. Eine deutliche Verteuerung gegenüber dem Vormonat ergab sich auch in der Hauptgruppe „Verkehr“ (+1,3%).

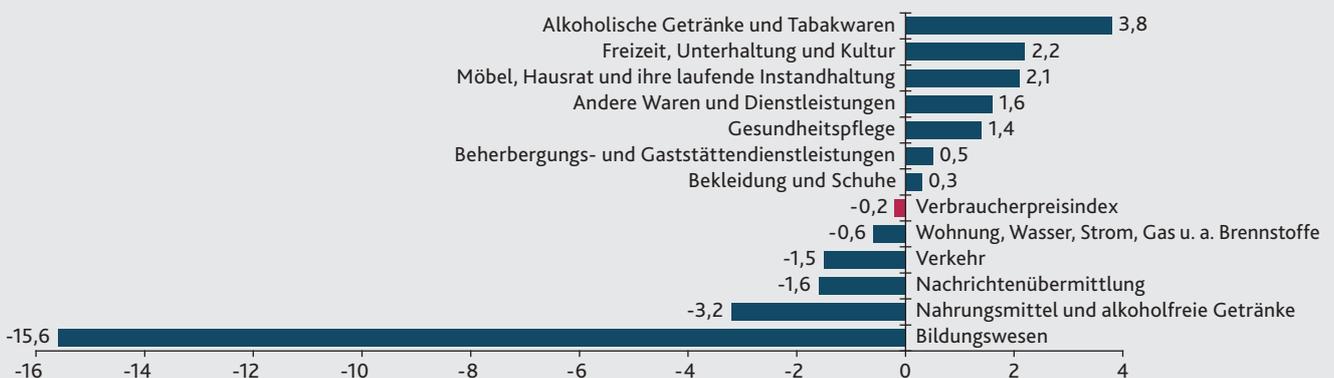
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2.000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17.000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im August 2009

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber August 2008 in %



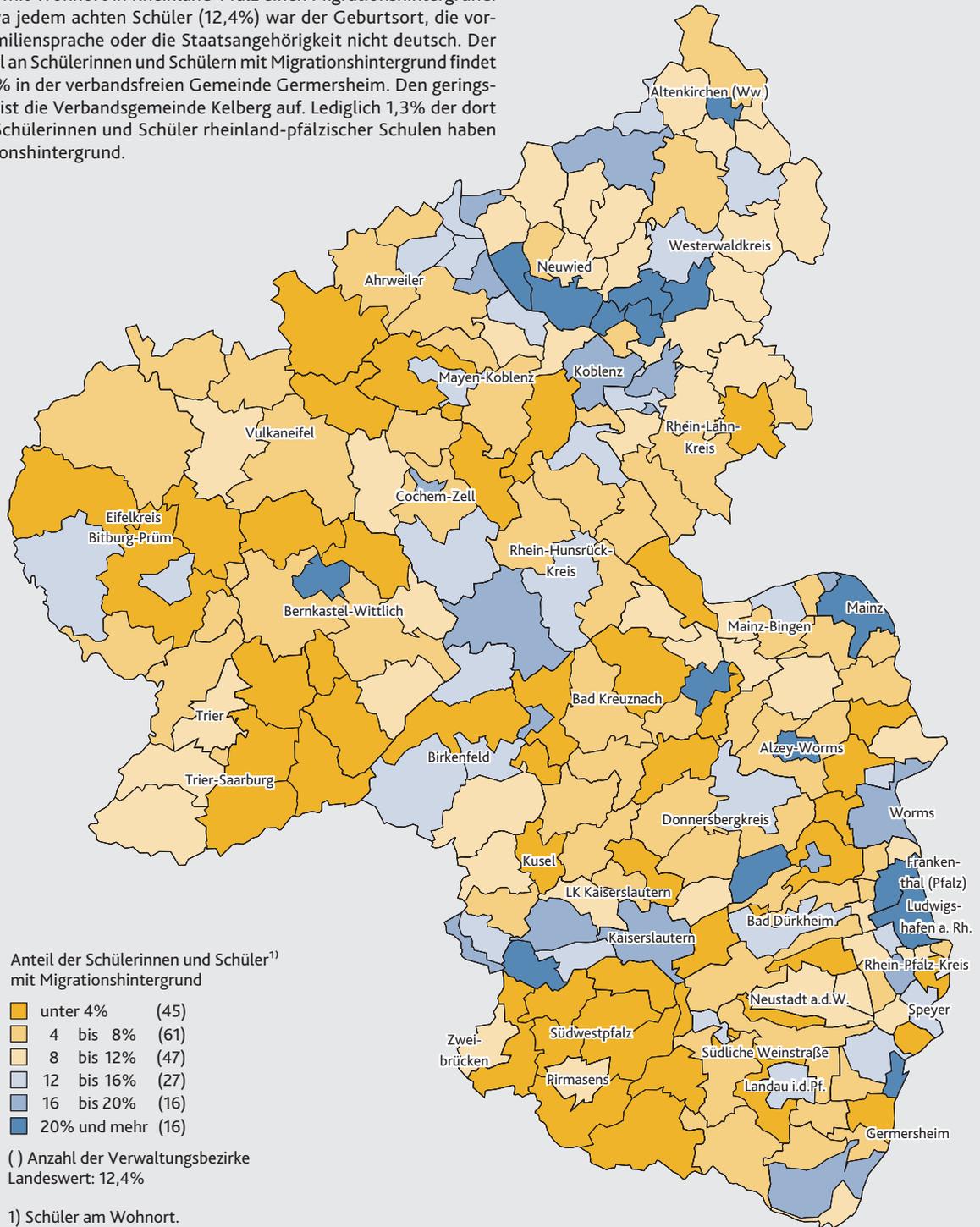
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an allen Schülern im Schuljahr 2008/2009

Jeder achte Schüler hat einen Migrationshintergrund

Im Schuljahr 2008/09 hatten 57 417 von insgesamt 461 737 Schülerinnen und Schülern mit Wohnort in Rheinland-Pfalz einen Migrationshintergrund. D. h., bei etwa jedem achten Schüler (12,4%) war der Geburtsort, die vorwiegende Familiensprache oder die Staatsangehörigkeit nicht deutsch. Der höchste Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund findet sich mit 46,1% in der verbandsfreien Gemeinde Germersheim. Den geringsten Anteil weist die Verbandsgemeinde Kelberg auf. Lediglich 1,3% der dort wohnenden Schülerinnen und Schüler rheinland-pfälzischer Schulen haben einen Migrationshintergrund.



Repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl 2009: Einfluss von Geschlecht und Alter auf das Wahlverhalten

Von Dr. Ludwig Böckmann, Romy Feldmann und Thomas Kirsche

Am 7. Juni 2009 fand die Wahl der deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments statt. Das Interesse an dieser Wahl ist erneut gesunken. In Rheinland-Pfalz war es noch vergleichsweise hoch. Hier machten 55,6% der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Das war im Vergleich der deutschen Länder die zweithöchste Wahlbeteiligung. Im Bundesdurchschnitt lag die Beteiligung bei nur 43,3%. Nach dem amtlichen Endergebnis entfielen auf die CDU 39,8%, die SPD 25,7%, die GRÜNEN 9,5% und die FDP 11,2% der abgegebenen gültigen Stimmen; die übrigen Parteien kamen zusammen auf 13,7%.

Für das Wahlinteresse und das Abstimmungsverhalten der Wähler sind neben sozialen und ökonomischen Merkmalen auch Geschlecht und Alter von Bedeutung. Für eine Auswertung des Wahlergebnisses hinsichtlich dieser beiden Merkmale liefert die repräsentative Wahlstatistik die erforderlichen Daten. In diesem Beitrag werden auf Grundlage der Stichprobendaten wesentliche Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik dargestellt.

162 000 Wahlberechtigte in die Auswertung einbezogen

Auswertung
der Stimm-
abgabe

Für die Repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl 2009 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 225 der 5 406 Stimmbezirke (202 Urnenwahlbezirke und 23 Briefwahlbezirke) ausgewertet. Gut 87 000 Wählerinnen und Wähler gaben in den Stichprobenbezirken ihre Stimme ab; das waren 5% aller Wählerinnen und Wähler.

Auswertung
der Wahl-
beteiligung

Zusätzlich zur Analyse der Stimmabgabe wurde die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger untersucht. Dazu wurden in den 207 Urnenwahlstimmbezirken die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Altersgruppen ausgewertet. In die Auswertung der Wählerverzeichnisse waren rund 166 000 Wahlberechtigte einbezogen.

Nur geringes Wahlinteresse bei jüngeren Wählerinnen und Wählern

Wie schon bei der vorangegangenen Europawahl lag das Wahlinteresse von Frauen und Männern fast gleichauf. Auf der Grundlage der Stichprobe machten bei dieser Europawahl 57,6% der Frauen und 57,7% der Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

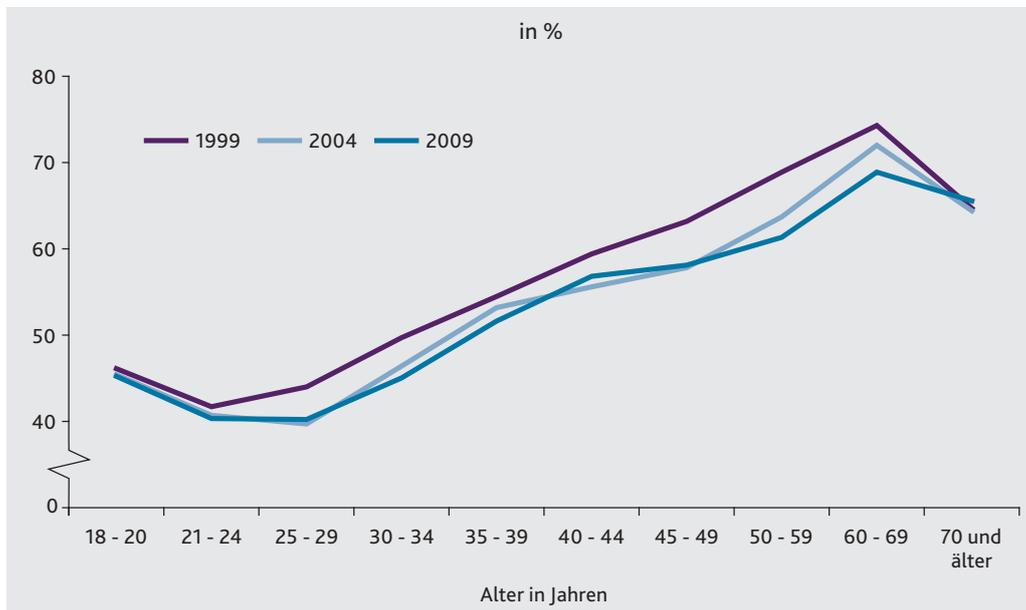
Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 ist gegenüber 2004 insgesamt um 0,4 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Abweichungen in den einzelnen Altersgruppen fallen ebenfalls relativ gering aus. In vier Altersgruppen kam es zu einem Anstieg zwischen 0,3 und 1,2 Prozentpunkten. In den übrigen sechs Altersgruppen wurden Rückgänge zwischen 0,2 und 3,1 Prozentpunkten festgestellt. Die höchsten Rückgänge gab es

Wahlinteresse
bei Frauen
und Männern
fast gleichauf

Leichter Rück-
gang der Wahl-
beteiligung

G 1

Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1999 – 2009 nach Altersgruppen



bei den 50- bis 59-Jährigen (-2,4 Prozentpunkte) sowie bei den 60- bis 69-Jährigen (-3,1 Prozentpunkte).

21- bis 29-Jährige zeigen geringstes Wahlinteresse

Von den 18- bis 20-Jährigen gaben bei der letzten Europawahl 45,2% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Dieser Anteil war – wie auch bei den vorangegangenen Europawahlen – höher als in den beiden nächsten Altersgruppen. Das geringste Wahlinteresse zeigten die jüngeren Wählerinnen und Wähler im Alter von 21 bis 29 Jahren. Bei der Europawahl 2009 gingen in dieser Altersgruppe nur knapp über 40% der Wahlberechtigten zur Wahl. Die 21- bis 24-Jährigen lagen mit einer Wahlbeteiligung von 40,3% leicht über den 25- bis 29-Jährigen, von denen lediglich 40,2% ihre Stimme abgaben. Damit lagen die 25- bis 29-Jährigen um 17,5 Prozentpunkte unter der landesdurchschnittlichen Beteiligung und sogar um 28,7 Prozentpunkte unter der Beteiligung der Altersgruppe mit dem höchsten Wahlinteresse.

Ab der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen steigt die Wahlbeteiligung kontinuierlich von 45,1% auf 68,9% bei den 60- bis 69-Jährigen. Damit gaben in dieser Altersgruppe, und zwar mit deutlichem Abstand zu allen anderen Altersgruppen, die meisten Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Bei den über 70-Jährigen geht die Wahlbeteiligung zwar wieder etwas zurück, liegt allerdings mit 65,6% immer noch höher als bei allen unter 60-jährigen Wahlberechtigten.

60- bis 69-Jährige gehen am häufigsten zur Wahl

In den Altersgruppen deutliche Unterschiede zwischen dem Wahlinteresse der Frauen und der Männer

Bei der Durchschnittsbetrachtung über alle Altersgruppen ist hinsichtlich der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern kein wesentlicher Unterschied mehr zu erkennen. Eine Differenzierung nach Altersgruppen zeigt aber nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen dem Wahlinteresse von Frauen und Männern.

Bei den 35- bis 39-Jährigen ist der Abstand zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Wahlbeteiligung am größten

Bei den 25- bis 59-Jährigen beteiligten sich 2009 die Frauen in allen sechs Altersgruppen stärker an der Wahl als die Männer. Den größten Abstand zugunsten der Frauen gab es – wie schon 2004 – bei den 35- bis 39-Jährigen. In dieser Altersgruppe lag die Wahlbeteiligung der Frauen mit 53,8% um 4,4 Prozentpunkte über derjenigen der Männer. Im Vergleich zur vorherigen Europawahl ist der Abstand zugunsten der Frauen sogar noch größer geworden. Den zweitgrößten Abstand bei der Wahlbeteiligung zugunsten der Frauen gab es – ebenfalls wie schon 2004 – in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen (+2,5 Prozentpunkte). In den übrigen vier Altersgruppen beträgt der Abstand zwischen 0,6 und 1,6 Prozentpunkte.

In den restlichen vier Altersgruppen, und zwar sowohl bei den jüngsten als auch bei den ältesten Wahlberechtigten, ist eine höhere Wahlbeteiligung der Männer zu beobachten. In der Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen fällt der Vorsprung der Männer mit 0,1 Prozentpunkten denkbar gering aus. Bei den 21- bis 24-Jährigen beträgt der Abstand zugunsten der Männer 1,3 Prozentpunkte – allerdings auf sehr niedrigem Niveau (41% gegenüber 39,7%).

Bei den über 60-Jährigen haben die Männer eine höhere Wahlbeteiligung als die Frauen

Bei den 60-Jährigen und Älteren ist wie bei den vorangegangenen Europawahlen eine im Vergleich zu den Frauen höhere Wahlbeteiligung der Männer zu beobachten. Während sich die bestehende Differenz zugunsten der Männer bei den 60- bis 69-Jährigen bei der Europawahl 2009 nur noch auf 0,4 Prozentpunkte beläuft, ist sie bei den 70-Jährigen und Älteren trotz des leichten Rückgangs auf einem hohen Niveau geblieben. Mit einem Vorsprung der Männer von 8,1 Prozentpunkten besteht in dieser Altersgruppe auch der größte Abstand zwischen Frauen und Män-

nern hinsichtlich des Wahlinteresses. In diesem Zusammenhang muss aber auf die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung der über 70-Jährigen hingewiesen werden. Mit 70,3% hatten die Männer dieses Alters die höchste Wahlbeteiligung überhaupt. Bei den Wählerinnen gingen die 60- bis 69-Jährigen mit 68,7% am häufigsten zur Wahl.

CDU hat mehr Wählerinnen als Wähler

Die Untersuchung der Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter zeigt, dass die CDU bereits seit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 mehr Wählerinnen als Wähler hat. Bei den Frauen, die bei der Europawahl 2009 eine gültige Stimme abgegeben haben, belief sich der Stimmenanteil der Union auf 41,8%; bei den Männern kam die Partei auf einen Anteil von 38,5%. Der Unterschied belief sich also auf 3,3 Prozentpunkte. Über alle Parteien betrachtet war das die größte Differenz.

CDU wird häufiger von Frauen als von Männern gewählt

Im Vergleich zur Europawahl 2004 verlor die CDU bei den Frauen 5,6 Prozentpunkte und bei den Männern 8,2 Prozentpunkte.

SPD schneidet bei beiden Geschlechtern ungefähr gleich ab

Bei der SPD stimmte der Anteil, den die Partei von den Frauen erhielt (25,4%), mit dem Anteil, den sie von den Männern bekam (25,2%), nahezu überein. Bei den Sozialdemokraten ist die Differenz zwischen den geschlechtsspezifischen Stimmenanteilen traditionell vergleichsweise gering. Diese Differenz lag seit der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1984 stets unter einem Prozentpunkt.

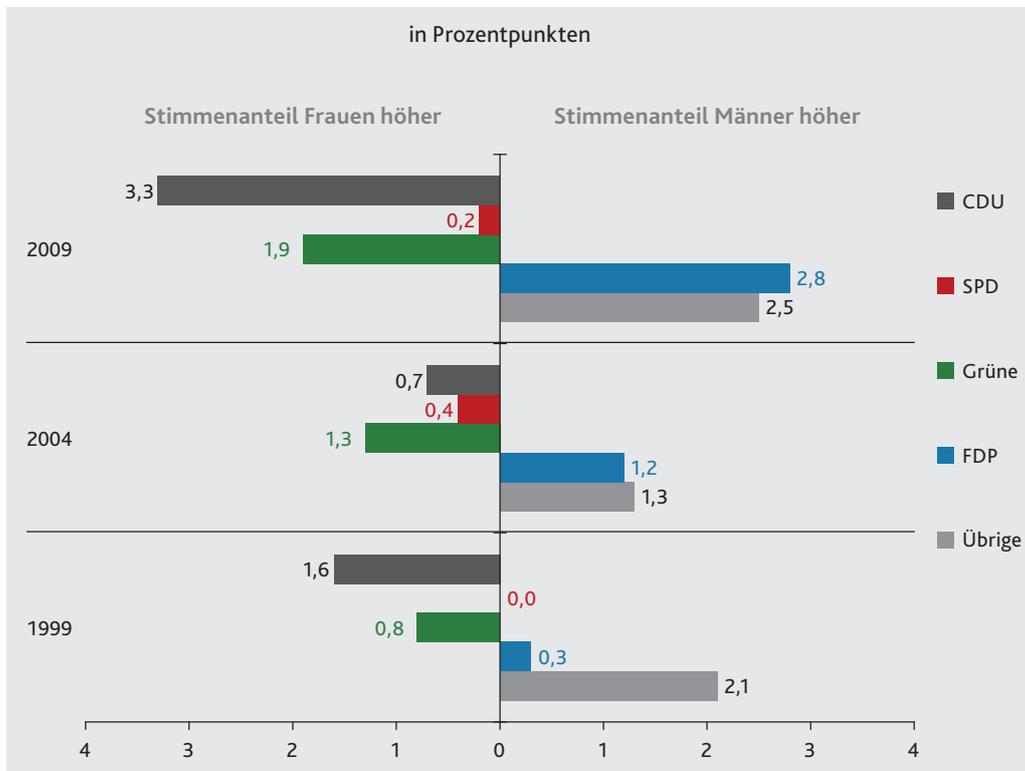
Frauen und Männer gaben der SPD nahezu gleich häufig ihre Stimme

Im Vergleich zu 2004 haben die Sozialdemokraten bei den Frauen 0,5 Prozentpunkte und bei den Männern 0,3 Prozentpunkte verloren.

Nur leichte Anteilsverluste für die SPD

G 2

Differenz zwischen den Stimmenanteilen ausgewählter Parteien bei Frauen und Männern bei den Europawahlen 1999 – 2009



GRÜNE bei den Frauen besser

GRÜNE werden häufiger von Frauen als von Männern gewählt

Wie die Union erzielten die GRÜNEN bei den Frauen einen höheren Anteil als bei den Männern. Von den Frauen erhielten die GRÜNEN 10,4%, von den Männern dagegen nur 8,5% der gültigen Stimmen. Die Differenz lag also bei 1,9 Prozentpunkten.

Gegenüber der Wahl 2004 konnten die GRÜNEN ihr Anteilsergebnis bei den Wählerinnen um 0,6 Prozentpunkte verbessern, während das Ergebnis bei den Wählern unverändert blieb.

FDP bei den Männern besser

FDP wird häufiger von Männern als von Frauen gewählt

Im Gegensatz zu den GRÜNEN bekam die FDP von den Männern eine größere Zustimmung als von den Frauen. Von den gültigen Stimmen, die von den Männern abgegeben

wurden, erhielten die Liberalen einen Anteil von 12,7%, während sie bei den Frauen nur auf 9,9% kamen. Die Anteilsdifferenz betrug somit 2,8 Prozentpunkte.

Die Liberalen erzielten bei beiden Geschlechtern ein deutlich besseres Wahlergebnis als bei der Europawahl 2004. Bei den Frauen stieg der Stimmenanteil der FDP um 4,1 Prozentpunkte und bei den Männern sogar um 5,7 Prozentpunkte.

CDU erzielte überdurchschnittliches Ergebnis bei den älteren Wählerinnen und Wählern

Von den gültigen Stimmen, die von den 60-jährigen und Älteren abgegeben wurden, konnten die CDU über die Hälfte erringen (50,1%). In dieser Altersgruppe lag die Union damit um fast 10 Prozentpunkte über ihrem

Gesamtergebnis (in der Stichprobe: 40,2%). Die geringste Zustimmung fand die Partei bei den jungen Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Hier holte sie nur 31,8 Prozentpunkte – also gut 8 Prozentpunkte weniger als im Landesdurchschnitt. Die Spannweite über alle Altersgruppen beläuft sich bei der CDU auf mehr als 18 Prozentpunkte.

Die CDU hat im Vergleich zur Europawahl 2004 in allen Altersgruppen kräftig Stimmenanteile verloren. Die höchsten Verluste musste die Union bei den Jungwählern zwischen 18 und 25 Jahren hinnehmen (–10 Prozentpunkte). Vergleichsweise gering fielen die Verluste bei den älteren, über 60-jährigen Wählerinnen und Wählern aus. In dieser Altersgruppe verlor die Partei 3,7 Prozentpunkte.

Union bekommt die meisten Stimmen von den 60-jährigen und älteren Frauen

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht zeigt, dass die Christdemokraten ihren höchsten Stimmenanteil von den 60-jährigen und älteren Frauen erhielten. In dieser Personengruppe kamen sie auf 52% der gültigen Stimmen; von den gleichaltrigen Männern erhielten sie 47,8%. Den geringsten Stimmenanteil holte die CDU bei den 18- bis 24-jährigen Männern. Mit einem Anteilsergebnis von 31,1% lag sie in dieser Wählergruppe um gut 9 Prozentpunkte unter ihrem Gesamtergebnis und um fast 21 Prozentpunkte unter ihrem Spitzenergebnis bei den über 60-jährigen Frauen. Gleichwohl erhielt sie auch von den jungen Männern im Vergleich mit allen anderen Parteien die mit deutlichem Abstand meisten Stimmen.

Hohe Verluste der CDU bei den 18- bis 24-jährigen Männern

Besonders hohe Stimmenverluste im Vergleich zu 2004 erlitt die CDU bei den jungen Männern im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Die Verluste beliefen sich auf 11,5 Prozentpunkte. Bei den gleichaltrigen

Frauen betrug der Anteilsverlust nur 8,4 Prozentpunkte. Den geringsten Verlust erlitt die Partei mit –2,8 Prozentpunkten bei den über 60-jährigen Frauen; bei den Männern in diesem Alter belief sich das Minus der Union auf 4,8 Prozentpunkte.

SPD gewinnt bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen hinsichtlich der Stimmenanteile sind bei der SPD wesentlich geringer als bei der CDU. Die Spannweite der Anteilsergebnisse beläuft sich bei der SPD auf knapp 6 Prozentpunkte und beträgt damit nur etwa ein Drittel der Spannweite der CDU-Ergebnisse.

Auch die Sozialdemokraten wurden am häufigsten von den 60-Jährigen und Älteren gewählt. In dieser Altersgruppe kamen sie auf 27% der gültigen Stimmen und erhielten damit 1,7 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt (in der Stichprobe: 25,3%).

SPD bekommt höchsten Stimmenanteil von den über 60-jährigen

Die SPD konnte im Vergleich zu 2004 bei den jüngeren Jahrgängen Zugewinne erzielen. Den stärksten Zugewinn an Stimmenanteilen erhielt sie bei den 18- bis 24-jährigen Jungwählerinnen und -wählern (+5,2 Prozentpunkte). Bei den 25- bis 34-jährigen holte die Partei ein Plus von 2 Prozentpunkten. In allen anderen Altersgruppen büßte die SPD Stimmenanteile ein. Den höchsten Verlust mussten die Sozialdemokraten im Vergleich zu 2004 mit einem Minus von 2,1 Prozentpunkten bei den älteren Wählerinnen und Wählern hinnehmen.

Eine nach dem Geschlecht differenzierte Betrachtung zeigt, dass die Sozialdemokraten ihr bestes Ergebnis bei den 60-jäh-

T 1

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei der Europawahl 2009 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter in Jahren	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Übrige
		Anteil an allen Stimmen	Anteil an den gültigen Stimmen				
		in %					
Insgesamt							
18 - 24	42,3	2,3	31,8	25,4	12,0	11,6	19,2
25 - 34	42,5	2,3	35,2	21,3	10,5	14,7	18,4
35 - 44	54,7	2,4	34,4	22,5	14,1	12,9	16,2
45 - 59	60,1	3,2	35,0	26,1	12,7	11,7	14,5
60 und älter	66,9	5,2	50,1	27,0	3,9	9,2	9,8
Insgesamt	57,7	3,7	40,2	25,3	9,5	11,3	13,7
Frauen							
18 - 24	42,0	2,6	32,5	26,6	14,8	9,3	16,8
25 - 34	43,4	2,1	35,4	23,4	12,0	12,2	17,0
35 - 44	56,0	2,2	35,1	23,0	16,0	10,6	15,3
45 - 59	60,6	2,9	36,3	25,7	13,8	10,6	13,7
60 und älter	64,7	5,2	52,0	26,6	4,2	8,6	8,6
Zusammen	57,6	3,6	41,8	25,4	10,4	9,9	12,5
Männer							
18 - 24	42,7	2,1	31,1	24,3	9,3	13,8	21,4
25 - 34	41,7	2,5	34,9	19,2	8,8	17,2	19,8
35 - 44	53,4	2,6	33,5	22,0	12,1	15,3	17,1
45 - 59	59,6	3,4	33,8	26,5	11,7	12,8	15,3
60 und älter	69,8	5,3	47,8	27,4	3,6	10,0	11,2
Zusammen	57,7	3,8	38,5	25,2	8,5	12,7	15,0

SPD gewinnt am meisten bei den jungen Frauen hinzu

rigen und älteren Männern erzielen konnten (27,4%). In dieser Personengruppe lagen sie um 2,1 Prozentpunkte über ihrem Gesamtergebnis. Die geringste Zustimmung erhielt die Partei von den 25- bis 34-jährigen Männern. Mit einem Stimmenanteil von nur 19,2% bekam die SPD von dieser Personengruppe 6,1 Prozentpunkte weniger als im Landesdurchschnitt. Einen besonders hohen Anteilsgewinn gegenüber 2004 verbuchte die SPD bei den 18- bis 24-jährigen Frauen (+5,4 Prozentpunkte). Die Verluste der Sozialdemokraten waren bei den älteren Frauen am höchsten; in dieser Personengruppe musste die SPD einen Rückgang ihres Stimmenanteils um 2,4 Prozentpunkte hinnehmen.

GRÜNE schneiden nur bei den älteren Wählerinnen und Wählern schlecht ab

Die GRÜNEN schnitten nur bei den älteren Wählerinnen und Wählern deutlich unterdurchschnittlich ab. Bei den 60-Jährigen und Älteren konnten sie nur 3,9% der gültigen Stimmen holen, fast 6 Prozentpunkte unter ihrem Gesamtergebnis. Ihr bestes Ergebnis erzielte die Partei in den mittleren Jahrgängen. Bei den 35- bis 44-Jährigen holte sie 14,1%, das waren 4,6 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt. Die Spannweite der Stimmenanteile über alle Altersgruppen lag bei den GRÜNEN bei über 10 Prozentpunkten.

GRÜNE holen besonders hohen Stimmenanteil bei den 35- bis 44-Jährigen

GRÜNE verlieren bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern

Bemerkenswert ist, dass die GRÜNEN bei dieser Europawahl bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern an Zustimmung verloren haben. Im Vergleich zur Europawahl 2004 sank ihr Stimmenanteil bei den 18- bis 24-Jährigen um 1,7 Prozentpunkte und bei den 25- bis 34-Jährigen um 2,6 Prozentpunkte. Auch in den mittleren Jahrgängen gab es für die Partei Verluste; bei den 35- bis 44-Jährigen verringerte sich der Stimmenanteil der GRÜNEN um 1,1 Prozentpunkte. Dafür konnte die Partei bei den Wählerinnen und Wählern zwischen 45 und 60 Jahren zulegen; in dieser Personengruppe stieg ihr Stimmenanteil um 1,8 Prozentpunkte, und auch bei den über 60-Jährigen haben sich die GRÜNEN leicht verbessert (+0,8 Prozentpunkte).

Höchster Stimmenanteil der GRÜNEN bei den 35- bis 44-jährigen Frauen

Eine Betrachtung nach Alter und Geschlecht zeigt, dass die GRÜNEN ihren höchsten Stimmenanteil von den 35- bis 44-jährigen Frauen erhalten haben. Von dieser Personengruppe bekamen sie 16% der gültigen Stimmen; das waren 6,5 Prozentpunkte mehr als die Partei im Landesdurchschnitt erreichte (Gesamtergebnis der Partei in der Stichprobe: 9,5%). Am schlechtesten schnitten die GRÜNEN bei den 60-jährigen und älteren Männern ab. In dieser Personengruppe lag ihr Stimmenanteil bei nur 3,6% und damit fast 6 Prozentpunkte unter ihrem Gesamtergebnis. Auch im Vergleich der vier größeren Parteien ist das mit weitem Abstand das schlechteste Ergebnis.

Den höchsten Anteilszuwachs im Vergleich zur Europawahl 2004 verbuchten die GRÜNEN bei den 45- bis 59-jährigen Frauen (+2 Prozentpunkte). Den höchsten Verlust mussten sie bei den jungen Männern im Alter zwischen 25 und 35 Jahren hinnehmen (-3,5 Prozentpunkte).

FDP gewinnt bei beiden Geschlechtern in allen fünf Altersgruppen hinzu

Auch die FDP schnitt nur bei den älteren Wählerinnen und Wählern unterdurchschnittlich ab. Bei den 60-Jährigen und Älteren holten die Liberalen einen Stimmenanteil von 9,2%, etwa 2 Prozentpunkte unter ihrem Gesamtergebnis (in der Stichprobe: 11,3%). Besonders gut war das Anteilsergebnis der Partei bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 25 und 35 Jahren. In dieser Personengruppe bekam sie 14,7% der Stimmen, also 3,4 Prozentpunkte mehr als im Landesdurchschnitt. Die Spannweite der Anteilsergebnisse der FDP betrug 5,5 Prozentpunkte.

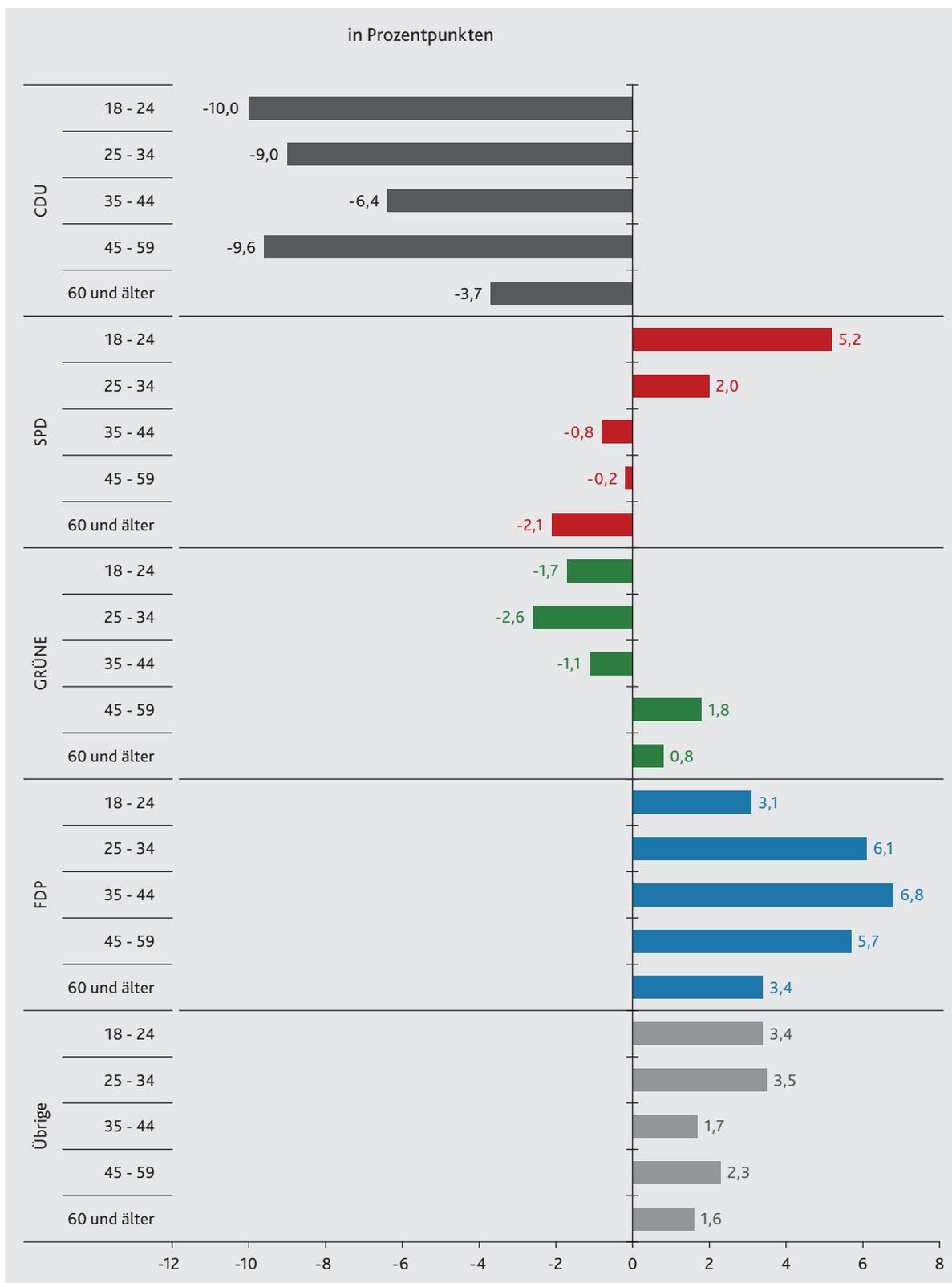
Die FDP hat gegenüber der Europawahl 2004 in allen Altersgruppen kräftige Zugewinne erzielt. Besonders kräftig konnte die Partei bei den 35- bis 44-Jährigen hinzugewinnen. In dieser Altersgruppe belief sich das Plus auf 6,8 Prozentpunkte. Den geringsten Stimmenzuwachs gab es bei den jungen und bei den älteren Wählerinnen und Wählern. Bei den 18- bis 24-Jährigen lag der Zuwachs an gültigen Stimmen nur bei 3,1 Prozentpunkten und bei den über 60-Jährigen bei lediglich 3,4 Prozentpunkten.

Eine differenziertere Betrachtung nach Alter und Geschlecht zeigt, dass die FDP am besten bei den Männern im Alter zwischen 25 und 35 Jahren abgeschnitten hat. Von dieser Personengruppe erhielt sie 17,2% der gültigen Stimmen, nur 2 Prozentpunkte weniger als die SPD und fast doppelt so viele Stimmen wie die GRÜNEN. Die wenigsten Stimmen bekamen die Liberalen von den 60-jährigen und älteren Frauen (8,6%). Nur geringe Zustimmung fand die FDP auch bei den jungen Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren. Mit einem Anteil von 9,3% an den

FDP erzielt ihr bestes Ergebnis bei den 25- bis 34-jährigen Männern

G 3

Gewinne und Verluste bei der Europawahl 2009 gegenüber der Europawahl 2004 nach ausgewählten Parteien



gültigen Stimmen erhielt die FDP in dieser Personengruppe im Vergleich der vier größeren Parteien mit deutlichem Abstand den geringsten Stimmenanteil.

Zugewinne der FDP bei den Geschlechtern und in allen vier Altersgruppen

Im Vergleich zur Europawahl 2004 konnte die FDP bei beiden Geschlechtern in allen fünf Altersgruppen zulegen. Die größten Anteilszuwächse gab es bei den 25- bis 34-jährigen und bei den 35- bis 44-jährigen Männern mit einem Plus von 7,4 bzw. 8,4 Prozentpunkten. Den geringsten Zuwachs beim Stimmenanteil erzielten die Liberalen bei den 18- bis 24-jährigen Frauen (+2 Prozentpunkte).

Unterschiedliche Ergebnisse bei Urnen- und bei Briefwählern

Bei der Europawahl 2009 haben 28,9% der Wählerinnen und Wähler von der Briefwahl Gebrauch gemacht; bei der Europawahl 2004 waren es erst 21,2% gewesen.

Briefwahl-ergebnis der CDU besser als ihr Urnenwahl-ergebnis

Die CDU erhielt bei dieser Wahl 44,9% der gültigen Stimmen, die per Briefwahl abgegeben wurden. Damit lag ihr Stimmenanteil bei den Briefwählerinnen und -wählern – wie bereits bei der Europawahl 2004 – deutlich höher als bei den Urnenwählerinnen und -wählern (38,4%). Die meisten Briefwahlstimmen bekam die Union von den 60-jährigen und älteren Frauen. Mit 54,6% erhielten die Christdemokraten von dieser Personengruppe – über das Geschlecht, die Altersgruppen und die Wahlarten hinweg betrachtet – den mit Abstand höchsten Stimmenanteil. Die größte Abweichung zwischen Brief- und Urnenwahl-ergebnis gab es bei der CDU bei den 18- bis 24-jährigen Frauen (7,3 Prozentpunkte).

Die SPD erzielte – anders als die CDU – bei den Urnenwählerinnen und -wählern ein deutlich besseres Ergebnis als bei den Briefwählerinnen und -wählern. Von den Urnenwählerinnen und -wählern bekamen die Sozialdemokraten 26,5%, von den Briefwählerinnen und -wählern dagegen nur 22,4% der gültigen Stimmen. Die größte Abweichung zwischen Brief- und Urnenwahl ergab sich bei der SPD bei den über 60-jährigen Männern (+5,8 Prozentpunkte).

Urnenwahl-ergebnis der SPD besser als ihr Briefwahl-ergebnis

Auch die GRÜNEN schnitten ebenfalls bei der Urnenwahl besser ab als bei der Briefwahl. Von den Urnenwählerinnen und -wählern erhielten sie 10,2% und von den Briefwählerinnen und -wählern nur 7,7% der gültigen Stimmen. Die größte Differenz zwischen Urnen- und Briefwahl-ergebnis ergab sich bei den GRÜNEN mit +4,3 Prozentpunkten bei den 35- bis 44-jährigen Frauen.

Briefwahl- und das Urnenwahl-ergebnis der FDP lagen nur wenig auseinander. Von den Briefwählerinnen und -wählern bekamen die Liberalen 11,7% und von den Urnenwählerinnen und -wählern 11,1% der gültigen Stimmen. Ein Blick auf die einzelnen Personengruppen zeigt aber durchaus größere Differenzen zwischen den Ergebnissen der FDP bei den beiden Wahlarten. Die größte Abweichung ist bei den 18- bis 24-jährigen Männern festzustellen (–3,4 Prozentpunkte).

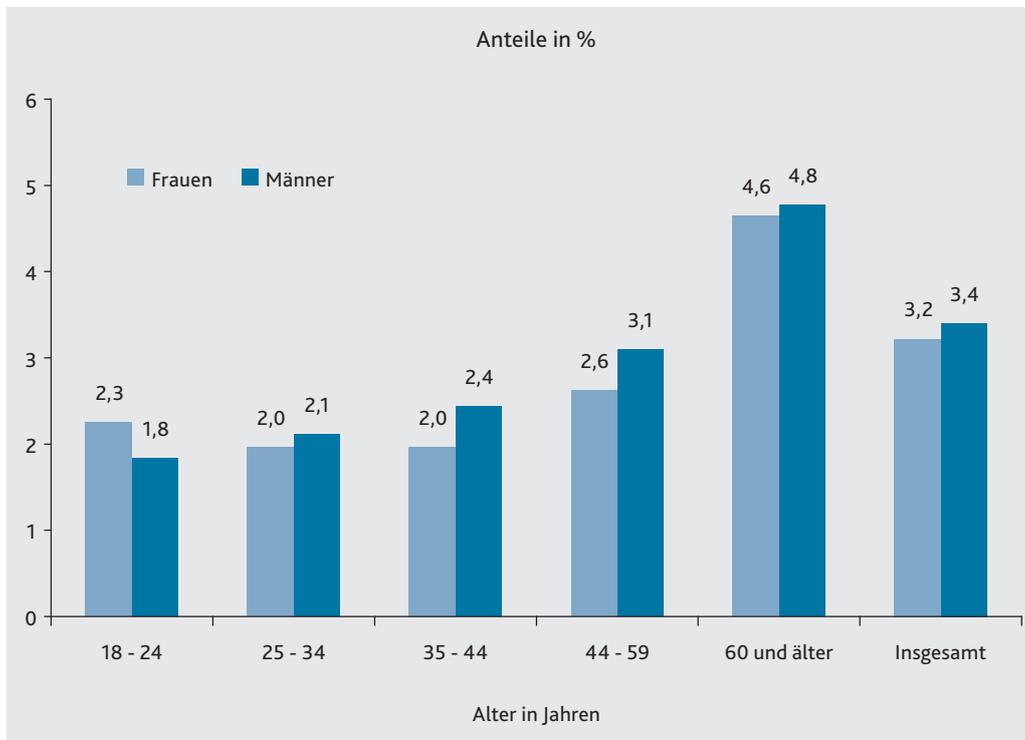
Stimmzetteln größtenteils bewusst ungültig abgegeben

Bei der Europawahl 2009 gaben etwa 4% der Wählerschaft ungültige Stimmzettel ab. Die überwiegende Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler, die ungültige Stimmen abgaben, entschied sich bewusst dafür. Dies ist an der Art der Ungültigkeit erkennbar.

4% der abgegebenen Stimmen ungültig

G 4

Ungültige Stimmen bei der Europawahl 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen



Gut 81% der ungültigen Stimmzettel wurden ohne Markierung oder durchgestrichen abgegeben. Die Auswahl mehrerer Parteien war in 15% der Fälle der Ungültigkeitsgrund. Bei 3,8% der Stimmzettel waren sonstige Gründe für die Ungültigkeit verantwortlich. Hierbei handelt es sich in den meisten Fällen um Kommentare oder Zeichnungen, die auf dem Stimmzettel angebracht wurden.

Die meisten Kommentare auf Stimmzetteln kommen von Männern

Die Art der Ungültigkeit ist vom Geschlecht und Alter der Wählerinnen und Wähler abhängig. So wählten Männer insgesamt etwas häufiger ungültig als Frauen. Ältere Wählerinnen und Wähler gaben häufiger Bemerkungen ab, Männer öfter als Frauen. Beschimpfungen gingen insbesondere von älteren Männern über 60 Jahren aus: Die Hälfte aller Beschimpfungen kam aus dieser Personengruppe. Dabei wurde den Politikern am häufigsten Unehrlichkeit vorgeworfen.

Die bewusste ungültige Stimmabgabe durch leere oder durchgestrichene Wahlzettel ist bei Frauen häufiger festzustellen als bei Männern. Besonders bei den 45- bis 60-Jährigen zeigen sich dabei sehr deutliche Unterschiede: Von den Frauen in dieser Altersgruppe, die ungültige Stimmzettel abgegeben haben, wählten 89,9% diesen Weg. Bei den Männern in dieser Altersklasse waren es dagegen nur 81,6%.

Ältere Wählerinnen und Wähler geben ihre Stimme häufiger ungültig ab

Über die Hälfte der ungültigen Stimmen wurde von 60-jährigen und älteren Wählerinnen und Wählern abgegeben. Obwohl nur 37,2% der Wählerschaft 60 Jahre oder älter waren, stammten 52,9% der ungültigen Stimmen aus dieser Altersgruppe.

Mehr als die Hälfte der ungültigen Stimmen kommen von über 60-Jährigen

Je älter die Wählerschaft ist, desto höher ist der Anteil der ungültigen Stimmzettel. Am niedrigsten ist er bei den Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 18 und 34 Jahren. Diese gaben von 100 Stimmen 2 ungültig ab. In der Altersgruppe zwischen 45 und 60 Jahren wurden von 100 Stimmen schon 3 ungültig abgegeben. Den höchsten Anteil an ungültigen Stimmen wiesen die 60-Jährigen und Älteren auf: Von 100 abgegebenen Stimmen waren bei dieser Altersgruppe 5 ungültig.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Diplom-Kauffrau Romy Feldmann und der Diplom-Volkswirt Thomas Kirschey sind in diesem Bereich als Referenten tätig.

Statistische Analysen zur Europawahl 2009

Diese und weitere interessante Informationen zur Europawahl finden Sie in der Statistischen Analyse N°13 „Europawahl in Rheinland-Pfalz am 7. Juni 2009 – Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik“. Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/wahlen/repraes-wahlstatistik-ew2009.pdf zur Verfügung. Die Printausgabe kostet einschließlich Versandkosten 10 Euro.

Noch in der Wahlnacht wurde die Statistische Analyse N°11: „Europawahl in Rheinland-Pfalz am 7. Juni 2009 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht“ erstellt. Darin werden Ergebnisse auf der Landes- und Kreisebene in anschaulichen Grafiken sowie in informativen Tabellen aufbereitet und kurz kommentiert. Darüber hinaus gibt die Analyse Auskunft über den Einfluss demografischer, sozialer sowie ökonomischer Merkmale auf das Wahlverhalten und über die Hochburgen der Parteien in Rheinland-Pfalz. Diese Analyse steht ebenfalls im Internet zum kostenfreien Download (www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/wahlen/wahlnachtanalyse-ew2009.pdf). Die Printausgabe ist zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten erhältlich.

Bestellungen richten Sie bitte an: Statistisches Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Frauen in der Kommunalpolitik

Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten 2009 weiter gestiegen



Von Julia König

Frauen sind in der Kommunalpolitik weiter auf dem Vormarsch. Dies spiegelt sich in den Ergebnissen der Kommunalwahlen vom 7. Juni 2009 wider. Eine Analyse der Wahlergebnisse zeigt, dass Frauen immer häufiger in Kommunalparlamente gewählt werden. Die Auswertung belegt aber auch, dass diese positive Entwicklung auf den verschiedenen kommunalen Ebenen und regional unterschiedlich verläuft.

Steigender Frauenanteil in den rheinland-pfälzischen Räten

16,8% der Mandate mit Frauen besetzt

Mit den diesjährigen Kommunalwahlen ist der Anteil weiblicher Mandatsträger in den kommunalen Parlamenten in Rheinland-Pfalz erneut gestiegen. Von den insgesamt 33 038 Mandaten, die bei diesen Wahlen zu besetzen waren, entfallen 5 561 Mandate bzw. 16,8% auf Frauen. Somit sind Frauen zwar weiterhin deutlich unterrepräsentiert, dennoch ist über die letzten 15 Jahre eine positive Entwicklung zu beobachten; im Vergleich zu 1994 liegt der Frauenanteil 4,1 Prozentpunkte höher.

Rund ein Viertel der Bewerber weiblich

Insgesamt hatten sich in diesem Jahr 21 323 Frauen für die Ratswahlen beworben. Der Anteil weiblicher Bewerber lag somit bei 24,7%.

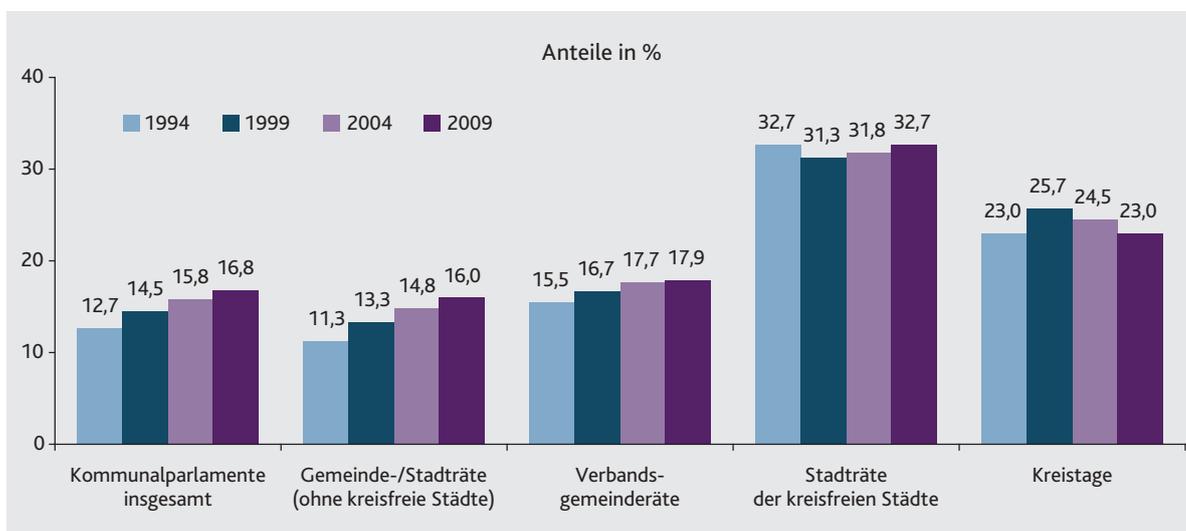
Mehr weibliche Mandatsträger in den Orts- und verbandsfreien Gemeinden

Positive Entwicklung hält an

In den 2 294 Gemeinde- und Stadträten (ohne kreisfreie Städte) ist der Anteil weiblicher Mandatsträger seit 1994 kontinuierlich auf nunmehr 16% gestiegen. In sämtlichen Landkreisen hat sich der durchschnittliche Frauenanteil in den Räten seit 1994 erhöht. Den größten Anstieg gegenüber 2004 haben die Kreise Südwestpfalz (+4,3 Prozentpunkte) und Kusel (+4,2 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Der Rhein-Pfalz-Kreis weist derzeit mit über einem Viertel (26,8%) den höchsten durchschnittlichen Frauenanteil auf. In den Räten der Landkreise Mainz-Bingen (22,9%) und Alzey-Worms (20,4%) ist im Schnitt zumindest jedes fünfte Mandat weiblich besetzt. Lediglich im Landkreis Vulkaneifel liegt der durchschnittliche Anteil der Frauen im einstelligen Bereich (8,8%).

G 1

Frauen in Kommunalparlamenten 1994–2009



Frauenanteil in den kleinen Gemeinden erstmals über 10%

Starker Anstieg
in kleinen
Gemeinden

Für die 1337 weit überwiegend kleineren Gemeinden in Rheinland-Pfalz, in denen die Räte durch Mehrheitswahl gewählt wurden, ist eine bemerkenswerte Entwicklung festzuhalten: Während der Frauenanteil in diesen Gemeinderäten im Jahr 1994 bei lediglich 5,7% lag, entfallen seit der letzten Kommunalwahl mit 12,1% mehr als doppelt so viele Mandate auf Frauen. Verglichen mit dieser Entwicklung ist der Frauenanteil in den Räten, die durch Verhältniswahl gewählt wurden, von 15,8% im Jahr 1994 auf nunmehr 19,3% weniger stark gestiegen.

Verbandsgemeinderäte werden weiblicher

Entwicklung
regional sehr
unterschiedlich

In den 163 Verbandsgemeinderäten ist die Entwicklung in den letzten 15 Jahren sehr unterschiedlich: Die Verbandsgemeinderäte des Landkreises Bernkastel-Wittlich haben mit einem Anstieg um 10,3 Prozentpunkte den kräftigsten Zuwachs zu verzeichnen; der Frauenanteil in den Verbandsgemeinde-

räten des Landkreises Vulkaneifel liegt mit 11,9% derzeit 5 Prozentpunkte niedriger als 1994.

Verglichen mit 2004 hat sich der durchschnittliche Anteil der Mandatsträgerinnen minimal auf nunmehr 17,9% erhöht. In den Räten des Rhein-Pfalz-Kreises und des Landkreises Mainz-Bingen sind Frauen mit 26,5% bzw. 25,4% am stärksten vertreten. In den Kreisen Vulkaneifel und Südwestpfalz haben Frauen lediglich 11,9% bzw. 10,5% der Mandate inne.

Frauenanteil
leicht gestiegen

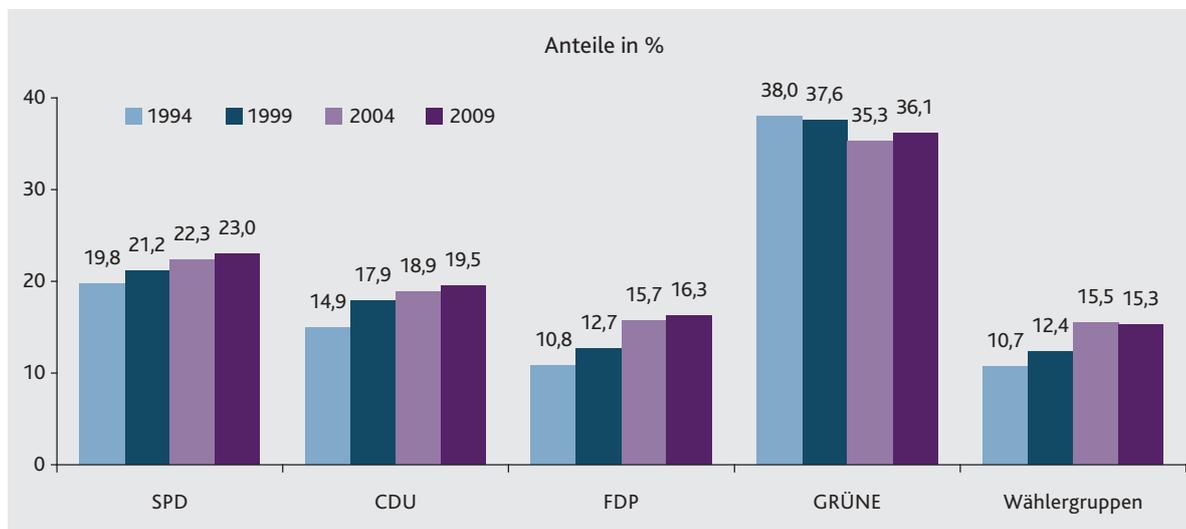
Frauenanteil in den Stadträten der kreisfreien Städte wieder gestiegen

In den Stadträten der kreisfreien Städte liegt der durchschnittliche Frauenanteil mit 32,7% nach einem zwischenzeitlichen Rückgang wieder auf dem Niveau von 1994. In den Räten der Städte Trier (42,9%), Mainz (36,7%) und Kaiserslautern (36,5%) ist der Anteil weiblicher Mandatsträger am höchsten. Im Mainzer Stadtrat konnte der Frauenanteil nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2004 (–13,4 Prozentpunkte) nun mit

Trier, Mainz
und Kaisers-
lautern weisen
die höchsten
Frauenanteile
auf

G 2

Frauen in den Kommunalparlamenten 1994–2009 nach Parteien



einem Plus von 8,4 Prozentpunkten wieder zulegen, das Niveau von 1994 wurde allerdings nicht erreicht.

Weniger Frauen in die Kreistage gewählt

Rückläufige Entwicklung hält 2009 an

Mit einem Anteil weiblicher Mandatsträger von 23% ist der Frauenanteil in den Kreistagen auf das Niveau von 1994 zurückgefallen. Lediglich in sechs Landkreisen ist der Anteil gegenüber 2004 gestiegen. Gernsheim hat mit –13,2 Prozentpunkten den stärksten Rückgang zu verzeichnen. In den Kreistagen von Mainz-Bingen (38%), Rhein-Pfalz-Kreis (32,6%) und Neuwied (30%) sind die Frauenanteile am höchsten, wobei im Kreistag von Mainz-Bingen die Frauen traditionell am stärksten vertreten sind. Die auffälligste Entwicklung der letzten 15 Jahre ist im Landkreis Südwestpfalz zu beobachten: Während 1994 nur 7,1% der Mandatsträger weiblich waren, sind es sowohl 2004 als auch 2009 mehr als ein Viertel (26,2%). Damit ist die Südwestpfalz vom letzten auf den fünften Rang gestiegen, den dieser Kreis nun gemeinsam mit den Landkreisen Birkenfeld und Kaiserslautern innehat.

Frauenanteil nach Parteien

Die drei Parteien SPD, CDU und FDP haben seit 1994 jeweils kontinuierlich steigende Anteile weiblicher Mandate in den rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten zu verzeichnen. Hierbei liegt die SPD mit nunmehr 23% an der Spitze dieser Parteien, gefolgt von der CDU (19,5%) und der FDP mit 16,3%.

Frauenanteil in den großen Parteien 2009 gestiegen

Die GRÜNEN weisen traditionell den höchsten durchschnittlichen Frauenanteil auf. Im Jahr 1994 lag der Anteil weiblicher Mandate mit 38% bereits auf hohem Niveau. Verglichen hiermit ist der Frauenanteil mit aktuell 36,1% leicht gesunken.

Frauenanteil bei den GRÜNEN verhältnismäßig hoch

In den Wählergruppen hat sich der Anteil der Mandatsträgerinnen in den vergangenen 15 Jahren erhöht. Mit derzeit 15,3% liegt der Frauenanteil 4,6 Prozentpunkte höher als 1994.

Mehr Frauen in den Wählergruppen

Die Entwicklung der Mandatsträgerinnen innerhalb der Parteien ist je nach Ebene sehr unterschiedlich: Verglichen mit dem Jahr 1994 haben die CDU, die FDP sowie die

T 1

Anteile weiblicher Mandatsträger 1994–2009 nach Parteien

Partei	Durchschnittlicher Anteil weiblicher Mandatsträger				Veränderung 2009 zu 1994	Veränderung 2009 zu 2004
	1994	1999	2004	2009		
%					Prozentpunkte	
Gemeinde-/Stadträte (ohne kreisfreie Städte)						
SPD	18,6	20,4	21,9	23,2	4,6	1,3
CDU	14,9	17,4	18,3	19,4	4,5	1,1
FDP	12,2	12,6	15,8	14,7	2,5	-1,1
GRÜNE	35,0	32,5	32,4	31,1	-3,9	-1,3
Wählergruppen	10,9	12,9	16,2	15,8	4,9	-0,4
Verbandsgemeinderäte						
SPD	19,1	19,9	20,8	20,6	1,5	-0,2
CDU	13,3	16,4	17,7	17,3	4,0	-0,4
FDP	7,1	9,3	13,6	15,3	8,2	1,7
GRÜNE	33,2	35,9	33,1	34,3	1,1	1,2
Wählergruppen	8,4	7,3	11,0	12,1	3,7	1,1
Stadträte der kreisfreien Städte						
SPD	40,4	34,2	34,5	33,1	-7,3	-1,4
CDU	24,9	28,0	32,7	35,6	10,7	2,9
FDP	16,7	18,8	15,2	26,0	9,3	10,8
GRÜNE	54,2	50,0	42,3	48,4	-5,8	6,1
Wählergruppen	20,8	27,8	24,2	22,7	1,9	-1,5
Kreistage						
SPD	26,8	29,5	28,9	25,8	-1,0	-3,1
CDU	17,6	23,2	22,9	22,2	4,6	-0,7
FDP	14,6	23,3	22,7	21,1	6,5	-1,6
GRÜNE	48,2	49,0	41,8	43,8	-4,4	2,0
Wählergruppen	11,0	11,8	12,5	11,7	0,7	-0,8

Unterschiedliche Entwicklung je nach kommunaler Ebene

Wählergruppen in den Räten auf sämtlichen Ebenen einen Anstieg des durchschnittlichen Frauenanteils zu verzeichnen. Die SPD konnte gegenüber 1994 in den Gemeinde- und Stadträten (ohne kreisfreie Städte) sowie in den Verbandsgemeinderäten ihren Anteil weiblicher Mandatsträger erhöhen; in den Stadträten der kreisfreien Städte und in den Kreistagen ist der Anteil dagegen zurückgegangen. Die GRÜNEN haben zwar im Vergleich zu 2004 ihren Frauenanteil – mit Ausnahme der Gemeinde- und Stadträte (ohne kreisfreie Städte) – ausgebaut, dennoch sind die Anteile gegenüber 1994 – außer in den Verbandsgemeinderäten – gesunken.

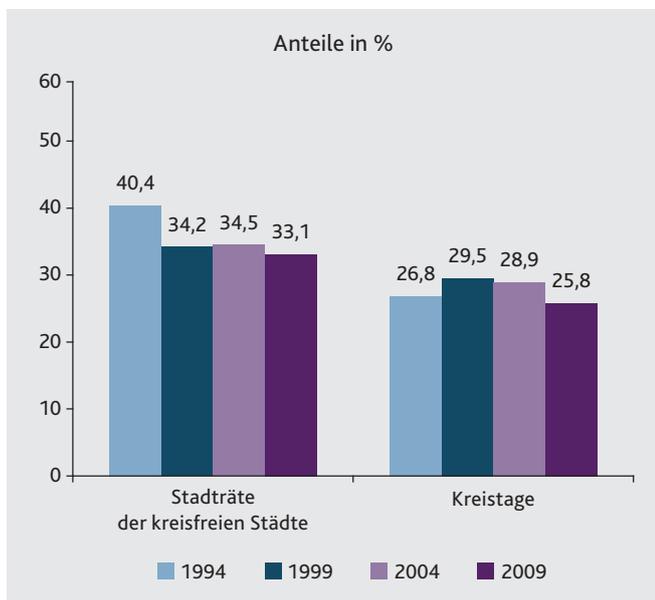
Frauen in der SPD

Die SPD weist – über sämtliche rheinland-pfälzische Kommunalparlamente betrachtet – eine Erhöhung des Frauenanteils auf. Der leichte Anstieg gegenüber 2004 geht jedoch ausschließlich auf einen Zuwachs des Frauenanteils in den Gemeinde- und Stadträten (ohne kreisfreie Städte) zurück. In den Stadträten der kreisfreien Städte ist ein Rückgang der sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen um 1,4 Prozentpunkte zu beobachten; die absolute Anzahl dieser Mandatsträgerinnen (59) hat sich jedoch nicht geändert. Im Vergleich zu 1994 haben die Stadträte von Pirmasens, Zweibrücken

Frauenanteil in den Stadträten der kreisfreien Städte gesunken

G 3

Frauen in der SPD 1994–2009



und Ludwigshafen die stärksten Rückgänge zu verzeichnen: In Pirmasens ist der Frauenanteil der Sozialdemokraten um 17,1, in Zweibrücken um 15,4 und in Ludwigshafen um 14,1 Prozentpunkte gefallen. Die höchsten Frauenanteile sind gegenwärtig in den Universitätsstädten Trier und Mainz zu beobachten: In diesen Räten ist mit 53,3% bzw. 50% mindestens jedes zweite Mandat der SPD weiblich besetzt.

Anteil weiblicher Mandatsträger in den Kreistagen niedriger als 1994

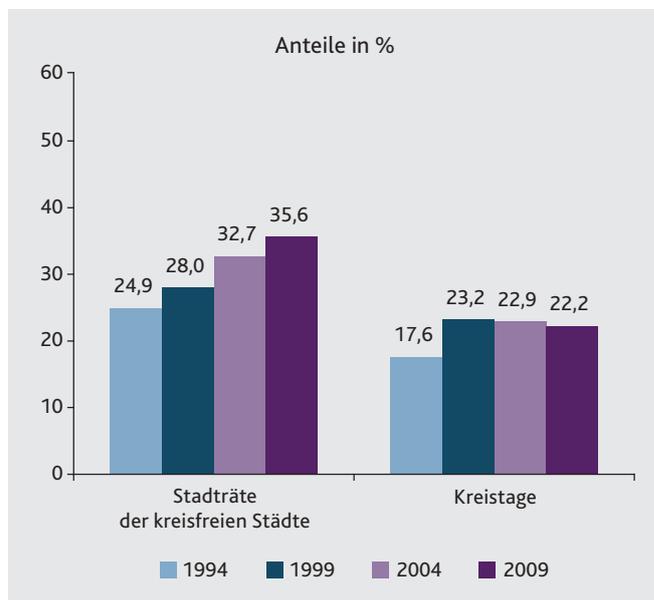
Der Anteil weiblicher sozialdemokratischer Mandatsträger in den Kreistagen ist seit 1999 kontinuierlich gesunken und liegt derzeit mit 25,8% sogar unterhalb des Niveaus von 1994. Der Kreistag des Landkreises Südliche Weinstraße ist mit einem Frauenanteil von nunmehr 8,3% der einzige Kreistag, der einen Anteilswert im einstelligen Bereich aufweist.

Frauen in der CDU

In den Stadträten der kreisfreien Städte hat die CDU seit 1994 stetig steigende Anteile weiblicher Mandatsträger zu verbuchen.

G 4

Frauen in der CDU 1994–2009



Der Frauenanteil der Christdemokraten liegt gegenwärtig mit 35,6% um 10,7 Prozentpunkte höher als im Jahr 1994. Der Speyerer Stadtrat weist mit nunmehr 46,7% den höchsten Frauenanteil auf. Verglichen mit 1994 hat sich in Speyer sowohl der prozentuale Anteil als auch die absolute Anzahl der christdemokratischen Mandatsträgerinnen mehr als verdoppelt, nämlich von 17,6% auf 46,7% bzw. von drei auf sieben Mandatsträgerinnen. Im Stadtrat von Landau in der Pfalz sind zwar mit 21,4% die wenigsten Mandatsträger der CDU Frauen, dennoch ist gegenüber 2004 ein Zuwachs um 3,8 Prozentpunkte zu verzeichnen.

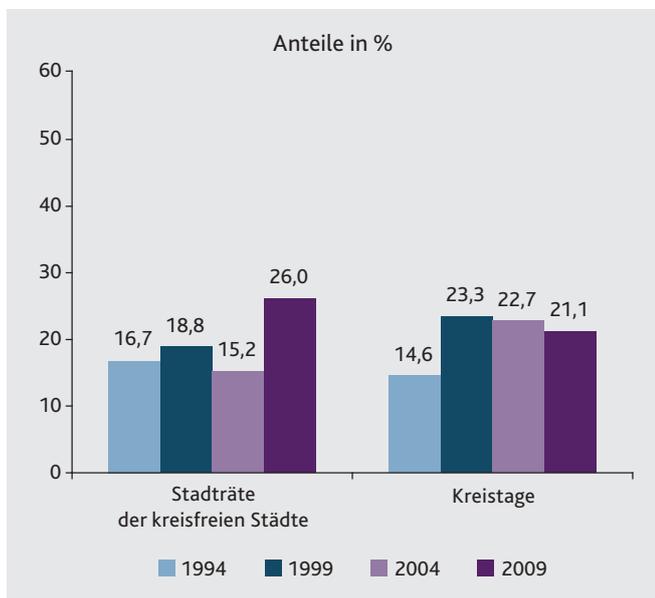
Immer mehr Frauen in den Stadträten der kreisfreien Städte

Verglichen mit 1994 hat die CDU ihren Frauenanteil in den Kreistagen erhöht, gegenüber 1999 und 2004 ist der Anteil jedoch um 1 bzw. 0,7 Prozentpunkte gesunken. Der Kreistag des Landkreises Mainz-Bingen kann den höchsten Frauenanteil vorweisen. Mit nunmehr 50% liegen in diesem Kreistag erstmals die weiblichen und männlichen Mandatsträger der CDU gleich-

Verhaltene Entwicklung in den Kreistagen

G 5

Frauen in der FDP 1994–2009



auf. Entgegen dieser positiven Entwicklung ist im Kreistag von Kusel keines der zehn Mandate der Christdemokraten mit einer Frau besetzt. Darüber hinaus liegt der Anteil der Mandatsträgerinnen in den Kreistagen von Germersheim (5,6%), des Rhein-Lahn-Kreises (6,7%) und des Donnersbergkreises (9,1%) unterhalb der 10%-Marke.

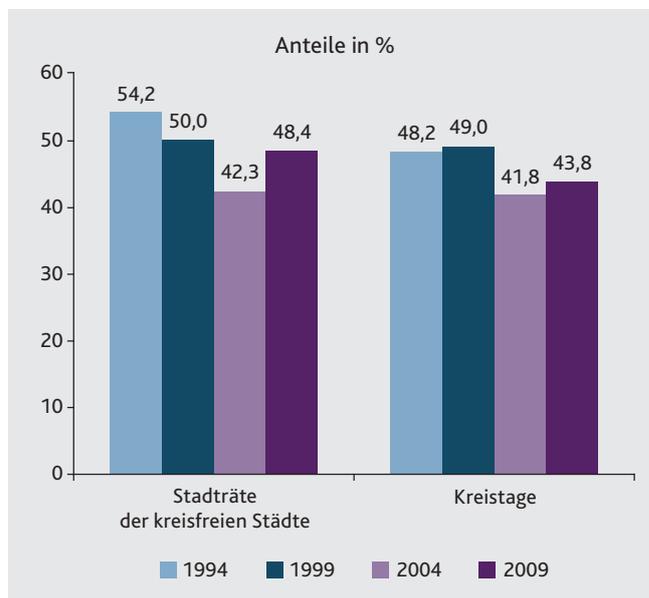
Frauen in der FDP

Kräftiger Anstieg des Frauenanteils in den Stadträten der kreisfreien Städte

Verglichen mit 1994 hat die FDP ihren Anteil an Mandatsträgerinnen auf sämtlichen kommunalen Ebenen gesteigert. Bei den diesjährigen Kommunalwahlen konnte sie ihn gegenüber 2004 in den Verbandsgemeinderäten (+1,7%) und insbesondere in den Stadträten der kreisfreien Städte (+10,8%) weiter ausbauen. Damit ist in diesen Stadträten mit nunmehr 26% durchschnittlich zumindest jedes vierte Mandat der FDP weiblich besetzt. Dagegen ist der Frauenanteil der Liberalen in den Gemeinde- und Stadträten (ohne kreisfreien Städte) auf 14,7% bzw. in den Kreistagen auf 21,1% gesunken.

G 6

Frauen bei den GRÜNEN 1994–2009



Frauen bei den GRÜNEN

Der Frauenanteil bei den Mandatsträgern der GRÜNEN ist im Vergleich zu den anderen Parteien hoch. Dennoch war die Gesamtentwicklung der Mandatsträgerinnen seit 1994 rückläufig. Gegenüber den letzten Kommunalwahlen konnten die GRÜNEN ihren Frauenanteil jedoch wieder etwas ausbauen. Nachdem 2004 der Anteil weiblicher Mandatsträger der GRÜNEN in den Stadträten der kreisfreien Städte (-7,7 Prozentpunkte) und den Kreistagen (-7,2 Prozentpunkte) deutlich gesunken war, sind nunmehr mit 48,4% bzw. 43,8% wieder mehr Frauen in diesen Räten vertreten.

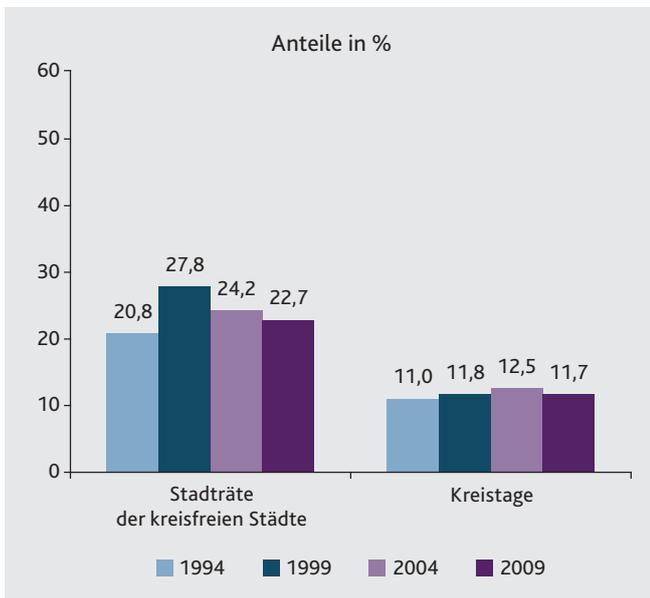
Wieder mehr Frauen in den Stadträten und Kreistagen

Frauen in den Wählergruppen

In den vergangenen 15 Jahren hat sich der Anteil weiblicher Mandatsträger in den Wählergruppen auf allen Ebenen erhöht. Verglichen mit den letzten Kommunalwahlen ist dagegen der Frauenanteil in den Wählergruppen in diesem Jahr lediglich

Höchster Frauenanteil in den Stadträten der kreisfreien Städte

G 7 Frauen in den Wählergruppen 1994–2009



in den Verbandsgemeinderäten gestiegen (+1,1 Prozentpunkte); für die anderen Räte sind Rückgänge zwischen 0,4 und 1,5 Prozentpunkte zu verzeichnen. In den Stadträten der kreisfreien Städte (22,7%) sind mit Abstand die meisten Frauen in den Wählergruppen vertreten; am niedrigsten liegt der Frauenanteil mit 11,7% in den Kreistagen.

Julia König, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Rheinland-Pfalz regional: Ludwigshafen am Rhein



Von Romy Feldmann

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz wird von strukturellen Rahmenbedingungen geprägt. In der Aufsatzreihe „Rheinland-Pfalz regional“ werden die zwölf kreisfreien Städte und die 24 Landkreise jeweils einer regionalstatistischen Analyse unterzogen. Als Basis dienen standortrelevante Daten und Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft.

Im Jahr 2009 feiert Ludwigshafen 150 Jahre Stadtrechte. Aus diesem Anlass wird die zweitgrößte Stadt in Rheinland-Pfalz, die zur Metropolregion Rhein Neckar gehört, in der Reihe „Rheinland-Pfalz regional“ vorgestellt.

Ludwigshafen ist die zweitgrößte Stadt in Rheinland-Pfalz

150 Jahre
Stadtrechte

Ludwigshafen ist aus der ehemaligen Mannheimer Rheinschanze hervorgegangen. Im Jahr 1853 vom bayrischen König Ludwig I. gegründet, erhielt der Ort schon wenig später – im Jahr 1859 – die Stadtrechte. Im Jahr 1925 (also lediglich 72 Jahre nach der Gründung) erreichte Ludwigshafen die Großstadtgrenze von 100 000 Einwohnern.

Der zweite Weltkrieg brachte – wie in vielen anderen deutschen Städten – einen tiefen Einschnitt. Bei der Volkszählung 1939 wurden in Ludwigshafen 145 900 Einwohner gezählt. Kurz nach dem Krieg lebten in der stark zerstörten Stadt nur noch etwa 106 600 Menschen. Aber schon bei der Volkszählung 1950 hatte Ludwigshafen wieder fast 125 400 Einwohner. Bei der Volkszählung

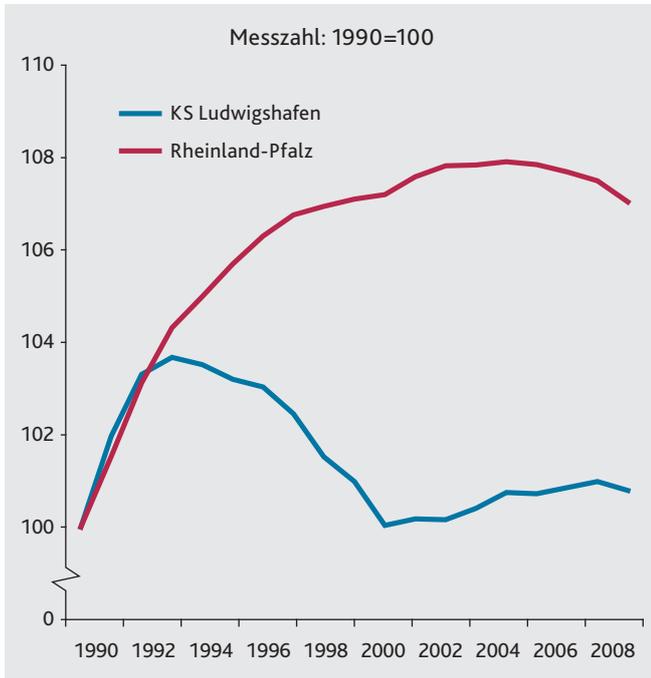
1961 lag die Wohnbevölkerung bei 167 600 Menschen. Bis 1970 stieg die Bevölkerungszahl auf rund 178 300 und erreichte damit ihren bisherigen Höchststand. Anschließend setzte ein kontinuierlicher Rückgang ein, der im Jahr 2000 mit rund 162 200 Einwohnern einen vorläufigen Tiefpunkt erreichte. Danach wuchs die Einwohnerzahl in Ludwigshafen wieder leicht. Im letzten Jahr gab es allerdings einen Rückgang (–0,2%). Heute hat die zweitgrößte Stadt in Rheinland-Pfalz 163 500 Einwohner und damit in etwa so viele wie bei der Volkszählung 1961. Derzeit leben rund 4% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung in Ludwigshafen am Rhein.

4% der
rheinland-
pfälzischen
Bevölkerung
leben in
Ludwigshafen

Im Jahr 2008 erblickten in der Stadt rund 1 530 Kinder das Licht der Welt. Die allgemeine Geburtenziffer (Zahl der Lebendgeborenen je 1000 Einwohner) lag damit

G 1

Bevölkerung 1990–2008



Sechstöchste
Geburtenrate
im Land

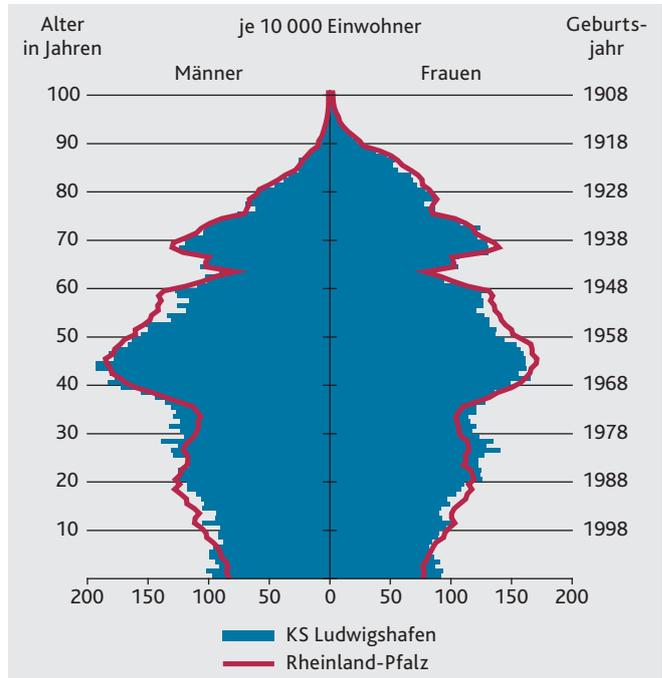
bei 9,3 (Rheinland-Pfalz: 8). Durchschnittlich werden in Ludwigshafen von 1000 Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren 1483 Kinder geboren (Rheinland-Pfalz: 1376 Kinder). Das ist die sechstöchste Geburtenrate in Rheinland-Pfalz.

Die allgemeine Sterbeziffer (Zahl der Gestorbenen je 1000 Einwohner) belief sich auf 10,2 (Rheinland-Pfalz: 10,6). Damit führte die natürliche Bevölkerungsbewegung netto zu einem Schrumpfen der Bevölkerungszahl.

Im Jahr 2008 trugen erstmals seit 2001 auch die Wanderungen wieder zum Rückgang der Bevölkerungszahl bei. Im vorigen Jahr verließen mehr Menschen Ludwigshafen (8867) als in die Stadt zuwanderten (8694). Bezogen auf 1000 Einwohner belief sich die Nettoabwanderung aus Ludwigshafen auf 1,1 Personen.

G 2

Aufbau der Bevölkerung 2008
nach Alter und Geschlecht



Im Vergleich zu den anderen großen Städten in Rheinland-Pfalz ist der mit 39% vergleichsweise sehr niedrige Anteil der zugezogenen jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren auffällig. Für den hohen Anteil in den kreisfreien Städten insgesamt (47%) sind besonders die vielfältigen Bildungseinrichtungen in den Universitätsstädten Kaiserslautern, Koblenz, Mainz und Trier verantwortlich, die ein Anreiz zur Zuwanderung junger Erwachsener bieten. In der Stadt Ludwigshafen ist mit einer Fachhochschule lediglich eine höhere Bildungseinrichtung ansässig.

Wenig junge
Menschen
ziehen nach
Ludwigshafen

Die Altersstruktur der Ludwigshafener Bevölkerung entspricht in etwa der des Landes. Das zeigt ein Blick auf die Bevölkerungspyramiden. Die Häufigkeitskurven der Stadt und des Landes verlaufen in etwa deckungsgleich. Im Jahr 2008 lagen der Bevölkerungsanteil jüngerer Menschen unter 20 Jahren mit 19%, der Anteil der 20- bis 65-Jährigen mit 61% und der Anteil

älterer Menschen über 65 Jahren mit 20% auf Niveau des Landes und der kreisfreien Städte.

Durchschnittlicher Jugendquotient

Der Jugendquotient setzt die unter 20-Jährigen ins Verhältnis zu den Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Er gilt als Anhaltspunkt für die Aufwendungen der Gesellschaft für Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen. Auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kamen 2008 in Ludwigshafen 32 jüngere Menschen unter 20 Jahren (kreisfreie Städte: 29; Rheinland-Pfalz: 33).

Der Altenquotient setzt die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und mehr ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Er dient als Kennzahl zur Beschreibung von Aufwendungen für Transfers und Infrastruktureinrichtungen für ältere Menschen, die im Wesentlichen durch die erwerbsfähige Bevölkerung finanziert werden müssen. Auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter wurden in Ludwigshafen zuletzt 33 ältere Menschen über 65 Jahre gezählt. Dieser Wert befindet sich damit im Mittel der kreisfreien Städte jedoch etwas unter dem Landesdurchschnitt (34).

Höchster Ausländeranteil in Rheinland-Pfalz

Die Stadt Ludwigshafen hat mit 21% den mit Abstand höchsten Anteil an Ausländern in Rheinland-Pfalz (7,2%). Rund 33 800 Ludwigshafener hatten Ende 2008 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die größte Gruppe unter den Ausländern stellten die Türkinnen und Türken (30%) vor den Italienerinnen und Italienern (18%).

Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes ¹⁾ könnte die Bevölkerungszahl von Ludwigshafen bis 2050 um 8%

sinken und damit deutlich schwächer als im Landesmittel (Rheinland-Pfalz: -15%). Die demografische Alterung wird diese Stadt ebenfalls deutlich schwächer treffen als das Land: Während die Zahl der jungen Menschen unter 20 Jahren in Ludwigshafen um etwa 19% sinken wird, liegt der Rückgang im Land bei 35%. Auch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter könnte sich in Ludwigshafen (-17%) deutlich weniger verringern als in Rheinland-Pfalz (-26%). Die Zahl der älteren Menschen über 65 Jahre könnte in Ludwigshafen um etwa 31% steigen, während sie in Rheinland-Pfalz um 38% zunimmt.

Bevölkerungsrückgang schwächer als im Land

Höchster Beitrag zum rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt

Die Wirtschaft in Ludwigshafen leistet den höchsten Beitrag zur rheinland-pfälzischen Wertschöpfung. Im Jahr 2007 wurde ein nominales Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 9,9 Mrd. Euro erstellt; das waren 9,5% des gesamten Inlandsprodukts von Rheinland-Pfalz. Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller Waren und Dienstleistungen (abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter), die innerhalb eines Jahres in einer Region erstellt worden sind. Es ist somit ein wichtiger Gradmesser für die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region. Zum Vergleich: Den nächstgrößeren Beitrag erbringt die Landeshauptstadt Mainz mit 7,6%.

Mehr als 9% des rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukts

Gegenüber 2006 stieg das Ludwigshafener Bruttoinlandsprodukt um 5,2%, während es im Land nur um 4,3% zugenommen hat (kreisfreie Städte ohne Ludwigshafen: +3,5%). In der längerfristigen Betrachtung seit 1997 ist das Inlandsprodukt in Ludwigshafen allerdings weniger gestiegen als im Land. Während es in Rheinland-Pfalz um

¹⁾ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006). Bad Ems 2007.

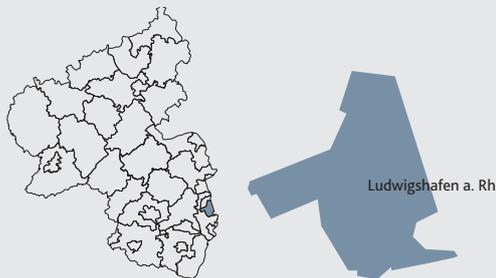
Die kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein

Verwaltungsstruktur und Bevölkerung



Die kreisfreie Stadt Ludwigshafen ist Teil der Metropolregion Rhein-Neckar. Als Oberzentrum dieser Region verfügt die nach Mainz zweitgrößte Stadt in Rheinland-Pfalz über viele Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, darunter mehrere Museen, eine Bibliothek, ein Theater und die Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz. Die Stadt ist Sitz der Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises. Sie ist in zehn Ortsbezirke eingeteilt. Ludwigshafen ist des Weiteren Sitz zweier Fachhochschulen und des Chemie-Konzerns BASF.

In der Stadt leben etwa 163 500 Menschen auf einer Fläche von 78 km². Daraus ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 2 109 Einwohnern je km², die sehr deutlich über dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte (959 Einwohner je km²) liegt. Landesweit beträgt die Bevölkerungsdichte 203 Einwohner je km².



Zeittafel

1853	Auf der ehemaligen Mannheimer Rheinschanze wird die Gemeinde Ludwigshafen gegründet
1859	Verleihung des Stadtrechts
1865	Ansiedlung der Firma „Badische Anilin- & Soda-Fabrik“ (BASF)
1882	Ludwigshafen bekommt zur Unterscheidung von gleichnamigen anderen Orten den Namenszusatz „am Rhein“
1891	Eingemeindung: Friesenheim
1899	Eingemeindung: Mundenheim
1925	Ludwigshafen erreicht die 100 000-Einwohnergrenze und wird zur Großstadt
1938	Eingemeindungen: Oppau (einschließlich dem dort eingemeindeten Edigheim), Oggersheim; Maudach, Rheingönheim
Zweiter Weltkrieg	Ludwigshafen (Innenstadt) wird zu 80% zerstört
1948	Schwere Explosionen in der Sodafabrik Ludwigshafen. Die Zahl der Todesopfer beläuft sich auf 200 bis 250. Weitere 1 000 Menschen werden verletzt.
1949	In Ludwigshafen wird Styropor erfunden.
1974	Eingemeindung: Ruchheim

Geografische Lage und Flächennutzung

Die Stadt Ludwigshafen liegt am linken Rheinufer. Im Nordwesten grenzt sie an das Gebiet der kreisfreien Stadt Frankenthal (Pfalz). Der Nachbar im Westen und Süden ist der Rhein-Pfalz-Kreis. Der Rhein, der Ludwigshafen von Mannheim trennt, bildet im Osten die natürliche Grenze zu Baden-Württemberg. Die Stadt erstreckt sich über die nördliche Pfälzische Rheinebene und liegt gegenüber der Mündung des Neckars in den Rhein.

Von den 78 km² Fläche der Stadt dienen 61% als Siedlungs- und Verkehrsfläche, 30% werden landwirtschaftlich genutzt, 5% sind Wasserfläche und 4% bewaldet.

Eine der großen Standortvorteile der Stadt ist ihre verkehrsgünstige Lage. Der Rheinhafen ist der größte und leistungsstärkste Hafen in Rheinland-Pfalz und einer der bedeutendsten Binnenhäfen in Deutschland. Die Anbindung an das nationale Autobahnen- und Schienennetz ist ebenfalls sehr gut. Der Frankfurter Flughafen ist mit dem Auto in 40 Minuten zu erreichen.

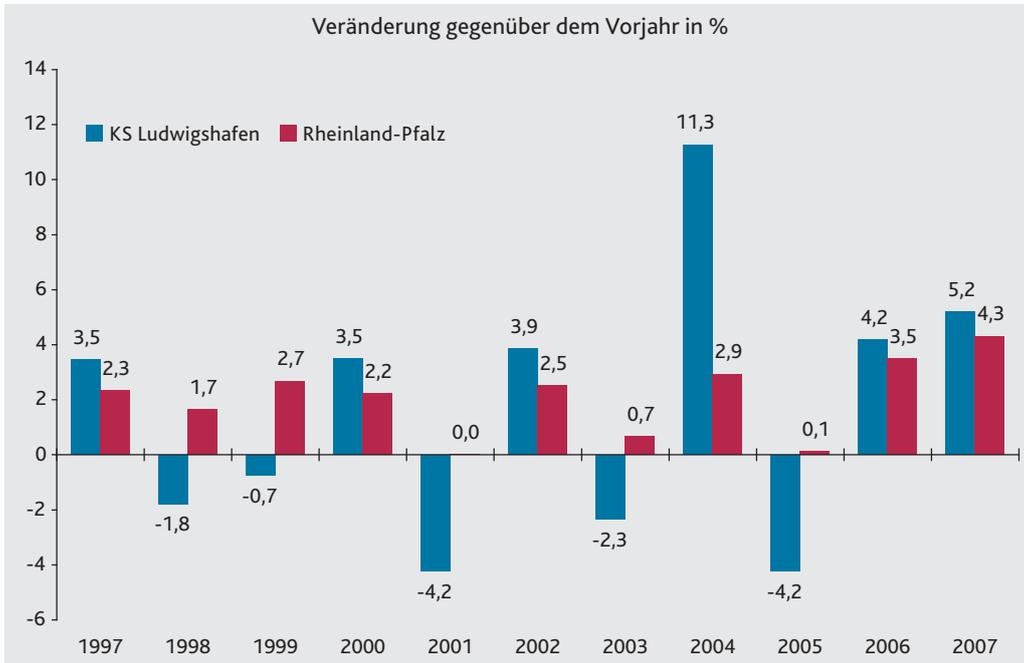
T 1

Ausgewählte Kennzahlen für die kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein
im Städte- und Landesvergleich

Merkmal	Jahr	Einheit	KS Ludwigshafen	Kreisfreie Städte zusammen	Rheinland- Pfalz
Bevölkerung	2008	Anzahl	163 467	1 020 926	4 028 351
Veränderung	2000–2008	%	0,8	1,5	-0,2
	2006–2050	%	-8,0	-14,9	-14,9
Bevölkerungsdichte ¹⁾	2008	Einwohner je km ²	2 108	959	203
Anteil an der Gesamtbevölkerung					
unter 20-Jährige	2008	%	19,3	18,0	19,8
20- bis 65-Jährige	2008	%	60,8	61,8	59,7
65-Jährige und Ältere	2008	%	19,9	20,1	20,5
Jugendquotient (unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2008	je 100 Personen	31,8	29,2	33,1
Altenquotient (65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2008	je 100 Personen	32,8	32,6	34,3
Natürlicher Saldo	2008	Anzahl	-143	-1 895	-10 709
Wanderungssaldo	2008	Anzahl	-173	- 228	-6 645
Verfügbares Einkommen	2007	EUR je Einwohner	15 798	17 126	17 885
SGB-II-Quote ²⁾	April 2009	je 100 unter 65-Jährige	14,0	x	7,6
Bruttoinlandsprodukt	2007	Mill. EUR	9 915	41 668	104 579
Veränderung	2006–2007	%	5,2	3,9	4,3
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	2007	EUR	90 326	60 527	57 066
Erwerbstätige am Arbeitsort	2007	1 000	109,8	688,4	1 832,6
Arbeitsplatzdichte ³⁾	2007	je 1 000 Einwohner	670	674	453
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2008	Anzahl	87 877	485 555	1 203 130
Arbeitslosenquote ⁴⁾	März 2009	%	10,2	x	6,5
Jugendarbeitslosenquote	März 2009	%	10,7	x	9,0
Gründungsintensität	2003–2006	je 10 000 Erwerbsfähige	50	59	50
Patentintensität	2000–2005	je 100 000 Erwerbstätige am Arbeitsort	139	93	105
Beschäftigte mit Hochschulabschluss	2008	Anteil in %	11,7	10,7	7,4
Beschäftigte in den Hochtechnologiebranchen	2008	Anteil in %	48,5	18,8	15,2
Beschäftigte in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen	2008	Anteil in %	29,2	39,0	32,3

1) Gebietsstand 31. 12. 2007. – 2) Zahl der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II im März 2009 bezogen auf die Bevölkerung im Alter unter 65 Jahren zum 31. 12. 2008. – 3) Je 1000 Einwohner der Durchschnittsbevölkerung. 4) Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

G 3 Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1997–2007



23% stieg, erhöhte es sich in Ludwigshafen nur um 15% (kreisfreie Städte ohne Ludwigshafen: +17%).

Zweithöchste Arbeitsproduktivität in Deutschland

Wird das Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogen, die es erwirtschaftet haben, ergibt sich ein Maß für die Arbeitsproduktivität. Im Jahr 2007 schuf jeder Erwerbstätige, der in Ludwigshafen arbeitete, im Durchschnitt ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 90 330 Euro. Damit lag die Arbeitsproduktivität der Beschäftigten in der Stadt mit großem Abstand auf dem ersten Platz in Rheinland-Pfalz (Landesdurchschnitt 57 070 Euro). Aber nicht nur hier sondern auch bundesweit erreicht Ludwigshafen damit einen Spitzenwert: Unter allen kreisfreien Städten und Landkreisen in Deutschland ist das – nach München – die zweithöchste Arbeitsproduktivität.

Die außerordentliche Arbeitsproduktivität und deren Entwicklung in Ludwigshafen liegt in der Wirtschaftsstruktur der Stadt begrün-

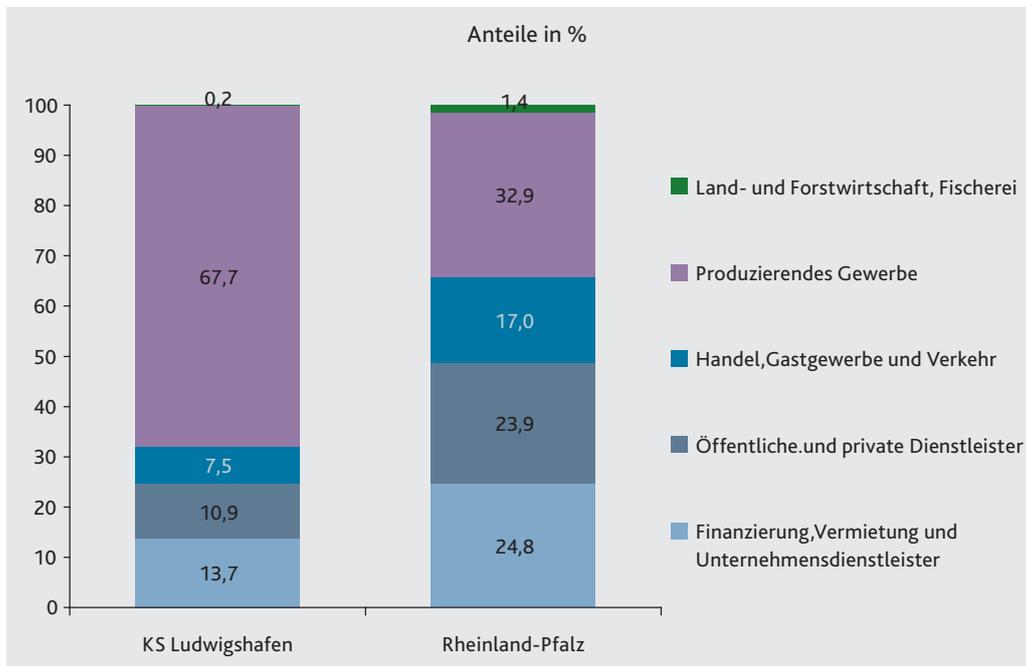
det. Der größte Teil der Wertschöpfung wird im produzierenden Gewerbe erbracht; 2007 waren es 70%. Das ist der höchste Wert in Rheinland-Pfalz (33%). Im produzierenden Gewerbe ist die Arbeitsproduktivität höher als in den Dienstleistungsbereichen, da hier die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze höher ist.

Verantwortlich für den hohen Anteil des produzierenden Gewerbes ist die chemische Industrie. Sie stellt in Ludwigshafen 88% des gesamten produzierenden Gewerbes. Dabei ist der Anteil des produzierenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung in den vergangenen zehn Jahren sogar etwas gesunken (-2,3 Prozentpunkte). Zwar ist die Bruttowertschöpfung dieses Bereichs um 10% gestiegen, da jedoch die Dienstleistungen mit +22% einen erheblich höheren Zuwachs verzeichnen konnten, ging der Wertschöpfungsanteil des produzierenden Gewerbes zurück.

Wirtschaft vom produzierenden Gewerbe bestimmt

G 4

Bruttowertschöpfung 2007 nach Wirtschaftsbereichen



Niedriger Anteil der Dienstleistungen

Die Dienstleistungsbereiche stellen in Ludwigshafen zusammen lediglich 32% der Bruttowertschöpfung; im Landesdurchschnitt liegt dieser Wert bei 65%. Seit 1997 hat sich die Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen beträchtlich vergrößert. Sie stieg um 22% auf 2,8 Mrd. Euro (Rheinland-Pfalz: +23%). Die stärkste Zunahme war im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ mit einem Plus von 38% zu verbuchen (Rheinland-Pfalz: +37%).

Niedrigstes verfügbares Einkommen im ganzen Land

Indikator für Wohlstand und Kaufkraft

Die Kennzahlen zur Einkommensentstehung weisen nach, was in der Stadt erwirtschaftet worden ist (Inlandskonzept). Aufgrund der hohen Einpendlerzahl wird in diesen Kennzahlen die Einkommenssituation der Menschen in Ludwigshafen nicht richtig

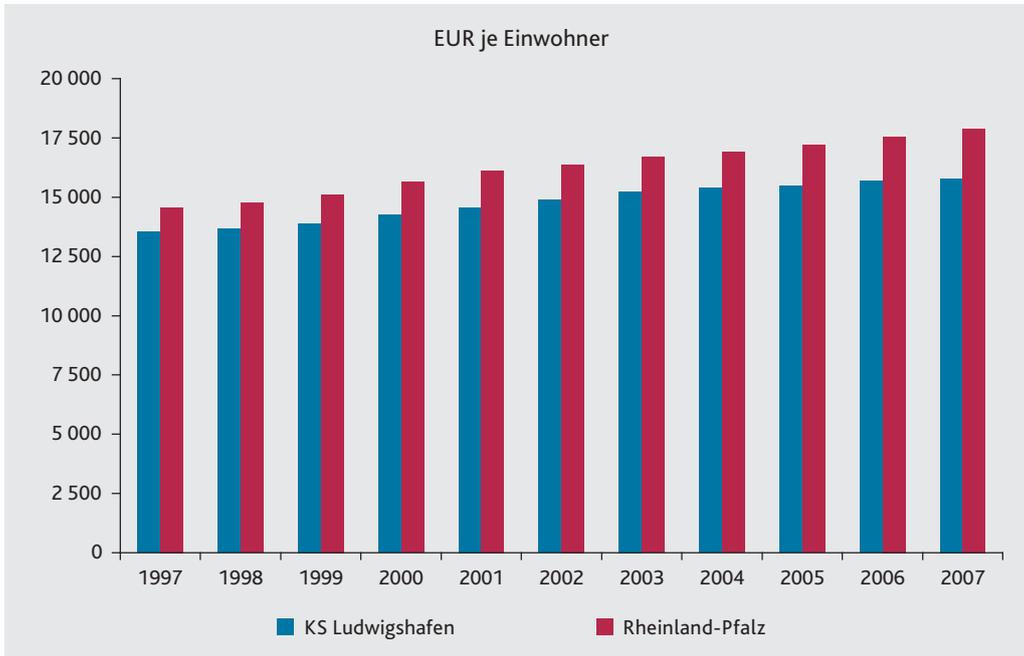
abgebildet. Um zu zeigen, wie es um den Wohlstand der Ludwigshafener bestellt ist, wird das verfügbare Einkommen (Inländerkonzept) herangezogen. Es umfasst sämtliche Erwerbs- und Vermögenseinkommen der in Ludwigshafen lebenden Personen zuzüglich der empfangenen Übertragungen – wie Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld usw. – und abzüglich der geleisteten Übertragungen, wie insbesondere direkte Steuern und Sozialbeiträge. Es entspricht damit dem Einkommen, das den privaten Haushalten in Ludwigshafen letztlich zufließt und das sie für den Konsum oder die Vermögensbildung verwenden können. Damit spiegelt es die potenzielle Kaufkraft der Stadt wider.

Insgesamt betrug das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Ludwigshafen im Jahr 2007 rund 2,6 Mrd. Euro. Damit lag der Anteil am gesamten verfügbaren Einkommen im Land bei 3,6%. Im Vergleich zum Vorjahr ist es um 1,1% gestiegen (Land: +1,7%).

Unterdurchschnittliche Entwicklung des verfügbaren Einkommens

G 5

Verfügbares Einkommen 1997–2007



Im Zeitraum von 1997 bis 2007 hat sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Ludwigshafen nominal um 15% vergrößert (Rheinland-Pfalz +24%).

15 800 Euro je Einwohner

Bezogen auf die Zahl der Einwohner ergab sich in Ludwigshafen für das Jahr 2007 ein verfügbares Pro-Kopf-Einkommen in Höhe von 15 800 Euro. Damit hatten die Ludwigshafener das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz; es lag deutlich unter dem landesdurchschnittlichen Wert von 17 860 Euro. Hier schlägt sich der große Einpendleranteil nieder: Menschen, die in der Stadt ein hohes Einkommen erzielen, wohnen oft in den umliegenden Regionen.

Stadt bei Innovationsfähigkeit gut positioniert

Wachstum und Strukturwandel werden vor allem von neuen Produkten und Produktionsverfahren angetrieben, die sich am

Markt durchsetzen (Innovationen). Grundvoraussetzungen für die Innovations- und damit Zukunftsfähigkeit einer Region sind u. a. risikobereite Unternehmensgründer und hoch qualifizierte, motivierte Arbeitskräfte insbesondere in den zukunftssträchtigen Hochtechnologie- und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen sowie eine rege Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (FuE) in den Unternehmensforschungsstätten.

In Ludwigshafen wurden zwischen 2000 und 2005 durchschnittlich fast 155 Patente pro Jahr beim Deutschen Patent- und Markenamt oder beim Europäischen Patentamt angemeldet. Da im Regelfall davon ausgegangen wird, dass Patentanmeldungen im Rahmen einer Erwerbstätigkeit erfolgen, wird die Zahl der angemeldeten Patente auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogen (Patentintensität), um einen interregionalen Vergleich zu ermöglichen. Mit durchschnittlich

Entwicklungspotenziale bestimmen die Zukunftsfähigkeit einer Region

Hohe Patentintensität

144 Patenten je 100 000 Erwerbstätige im Jahr 2005 liegt die Patentintensität in Ludwigshafen auf dem dritten Rang der kreisfreien Städte.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss dient als Kennzahl für das Potenzial an hoch qualifizierten Arbeitskräften. In Ludwigshafen hatten 2008 rund 12% der Beschäftigten einen Hochschulabschluss. Das sind deutlich mehr als im Land insgesamt (7,4%).

Hochtechnologiebranchen spielen große Rolle

Die Beschäftigung in Hochtechnologiebranchen spielt in Ludwigshafen eine sehr große Rolle: Jeder zweite in der Stadt sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeitet in einer Hochtechnologiebranche (49%). Damit wird der Landesdurchschnitt von 15% deutlich übertroffen. Zu den Hochtechnologiebranchen gehört u. a. die für die Stadt Ludwigshafen besonders wichtige chemische Industrie.

Beim Anteil der Beschäftigten in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt Ludwigshafen mit 29% dagegen unter dem rheinland-pfälzischen Mittel (32%). Zu den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen zählen beispielsweise Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung sowie Unternehmensdienstleistungen.

Die Beschäftigung in Forschung und Entwicklung (FuE) ist bei den Ludwigshafener Unternehmen sehr bedeutend: Während im Land im Schnitt der Jahre 1995 bis 2005 etwa 7 FuE-Beschäftigte auf 1 000 Erwerbstätige kamen, waren es in Ludwigshafen 60.

Hohe Ausgaben für FuE

Die Bedeutung von FuE in der Wirtschaft der Stadt spiegelt sich auch in den entsprechenden finanziellen Aufwendungen für

diesen Bereich wider: Jahresdurchschnittlich brachten die Unternehmen je 1 000 Euro Bruttowertschöpfung fast 100 Euro für FuE auf; landesweit waren es lediglich 16 Euro.

Ludwigshafen bietet viele Arbeitsplätze

In der Stadt Ludwigshafen gab es 2007 Arbeitsplätze für rund 109 800 Menschen. Das waren 1 700 bzw. 1,6% mehr als 2006. Im langfristigen Vergleich gegenüber 1997 sind jedoch 4 400 Arbeitsplätze verloren gegangen (-3,8%; Rheinland-Pfalz: +9,7%). Der Arbeitsplatzabbau im produzierenden Gewerbe (-22%) konnte durch die zusätzlichen Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen (+18%) nicht kompensiert werden.

In zehn Jahren wurden Arbeitsplätze abgebaut

Als Indikator für die relative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region ist die absolute Zahl der Erwerbstätigen wenig aussagekräftig. Deshalb wird häufig die sogenannte Arbeitsplatzdichte berechnet. Sie bezieht die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort auf die Einwohnerzahl. In Ludwigshafen kamen 2007 auf 1 000 Einwohner 670 Erwerbstätige. Damit liegt die Stadt etwa im Mittel der kreisfreien Städte (673) und deutlich über dem Landesdurchschnitt von 452 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner.

Überdurchschnittliche Arbeitsplatzdichte

Im Jahr 2008 waren in Ludwigshafen rund 87 880 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das waren 80% der Erwerbstätigen (Landesdurchschnitt: 66%). Zwischen Mitte 2007 und Mitte 2008 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Stadt um 1,4% gestiegen (Rheinland-Pfalz: +2,1%). Im Fünfjahresvergleich ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Ludwigshafen allerdings um rund 3% zurückgegangen (Rheinland-Pfalz: +2,4%).

Vier von fünf Erwerbstätigen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt

T 2

Einpendler nach und Auspendler aus der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein 2008

Herkunftsgebiet Zielgebiet	Einpendler ¹⁾		Auspendler ²⁾	
	Anzahl	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Rheinland-Pfalz	42 850	72,4	7 442	29,9
Rhein-Pfalz-Kreis	16 077	27,2	2 506	10,1
Bad Dürkheim	9 055	15,3	766	3,1
Frankenthal (Pfalz)	3 837	6,5	1 469	5,9
Neustadt a. d. Weinstr.	1 997	3,4	245	1,0
Speyer	1 873	3,2	806	3,2
Worms	1 788	3,0	456	1,8
Südliche Weinstraße	1 648	2,8	134	0,5
Germersheim	1 508	2,5	223	0,9
Donnersbergkreis	1 463	2,5	76	0,3
Alzey-Worms	1 119	1,9	112	0,5
Baden-Württemberg	11 334	19,2	14 198	57,1
Mannheim	6 303	10,7	10 879	43,7
Hessen	2 824	4,8	1 860	7,5
Insgesamt	59 167	100	24 881	100

1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Ludwigshafen am 30. Juni 2008. – 2) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort in Ludwigshafen am 30. Juni 2008.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

13 350 geringfügig entlohnte Beschäftigte

Wie in anderen Regionen, so hat auch in Ludwigshafen die geringfügige Beschäftigung in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Für das Jahr 2008 weist die Bundesagentur für Arbeit in Ludwigshafen knapp 13 350 geringfügig entlohnte Beschäftigte aus. Fast 68% von ihnen sind ausschließlich geringfügig beschäftigt (Rheinland-Pfalz: 70%).

Starke Pendlerverflechtungen

Zwischen der Stadt Ludwigshafen und den umliegenden Regionen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen gibt es enge Verflechtungen der Arbeitsmärkte über sogenannte Berufspendler. Berufsauspendler sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die in Ludwigshafen wohnen, aber außerhalb des Stadtgebietes arbeiten; Berufseinpendler dagegen arbeiten in Ludwigshafen, wohnen aber außerhalb der Stadt.

Für viele Bewohner des Umlandes ist Ludwigshafen als Arbeitsort gefragt. Im Jahr 2008 pendelten täglich rund 59 200 Beschäftigte nach Ludwigshafen ein und nur etwa 24 900 pendelten aus der Stadt aus. Ludwigshafen hat also einen beträchtlichen Einpendlerüberschuss von rund 34 300 Beschäftigten. Bezogen auf 100 Beschäftigte mit Arbeitsort in der Stadt kommen 28 Berufsauspendler, auf 100 Beschäftigte mit Wohnort in Ludwigshafen 110 Einpendler. Die hohe Einpendlerquote ist charakteristisch für die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz (kreisfreie Städte: 93).

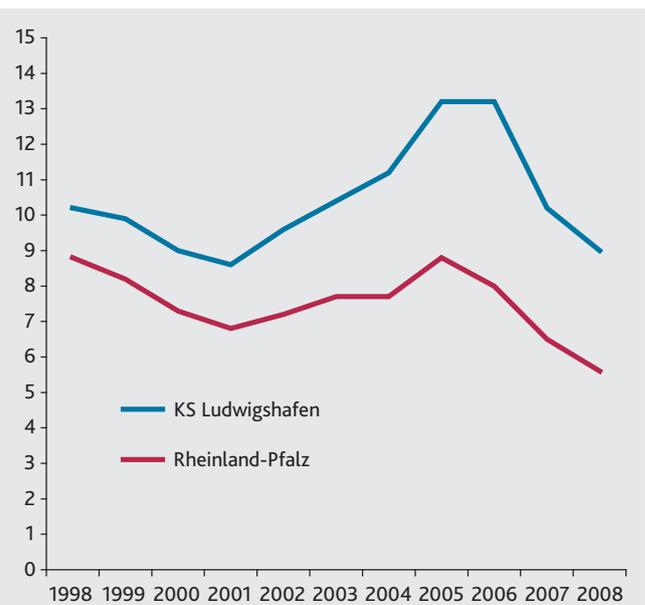
Einpendlerüberschuss: rund 34 300 Beschäftigten

Starke Zuströme von Einpendlern kommen insbesondere aus den benachbarten Landkreisen und hohe Auspendlerströme gehen von Ludwigshafen aus in die Nachbarstadt Mannheim. Von den Einpendlern kommen fast 72% aus Rheinland-Pfalz, knapp 20% aus dem benachbarten Baden-Württemberg und rund 5% aus Hessen.

Fast die Hälfte der Auspendler fährt nach Mannheim

G 6

Arbeitslosenquote¹⁾ 1998–2008



1) Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Rheinland-Pfalz regional

In den Statistischen Monatsheften sind zum Thema „Rheinland-Pfalz regional“ bereits folgende Aufsätze erschienen:

- 9/2006 Rheinland-Pfalz regional: Vergleichende statistische Analysen für die rheinland-pfälzischen Regionen – ein neues Angebot des Statistischen Landesamtes
- 6/2007 Rheinland-Pfalz regional: Birkenfeld
- 9/2007 Rheinland-Pfalz regional: Trier
- 5/2008 Rheinland-Pfalz regional: Ahrweiler
- 7/2008 Rheinland-Pfalz regional: Mainz
- 6/2009: Rheinland-Pfalz regional: Bad Kreuznach

Die meisten Einpendler kommen aus dem Rhein-Pfalz-Kreis (27%) und dem Landkreis Bad Dürkheim (15%). Von den Auspendlern arbeiten 57% in Baden-Württemberg, 30% in Rheinland-Pfalz und 7,5% in Hessen. Als Zielort für die Auspendler steht Mannheim ganz vorn (44%).

Arbeitslosen-
quote höher
als im Land

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, lag 2008 in Ludwigshafen durchschnittlich bei 9% und damit erheblich über dem Landesdurchschnitt (5,6%). Seit ihrem Höchststand von 13,2% im Jahr 2005 – der aber im Wesentlichen durch die Reformen im Rahmen des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) bedingt war – ist die Arbeitslosigkeit rückläufig. Aufgrund der Wirtschaftskrise deutet sich Anfang des Jahres 2009 jedoch wieder ein Anstieg an.

Die SGB-II-Quote bezieht die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundversicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) auf 100 Personen im Alter von unter 65 Jahren. In Ludwigshafen waren im April 2009 mit 14 Personen je 100 unter 65-Jährige im Landesvergleich fast doppelt so viele Menschen auf das Arbeitslosengeld II angewiesen wie im Landesdurchschnitt (Rheinland-Pfalz: 8 Personen). Dabei sind besonders viele Kinder unter 15 Jahren betroffen. Von 100 Kindern im Alter bis 15 Jahre sind etwa 25 hilfebedürftig; im Landesdurchschnitt ist diese Quote etwa halb so hoch.

Jedes 4. Kind
unter 15 Jahren
SGB-II-Geld-
empfänger

Fazit

Die Stadt Ludwigshafen wird von der chemischen Industrie dominiert. Diese Wirtschaftsstruktur prägt wichtige Kennzahlen der Stadt. So trägt keine andere Region in Rheinland-Pfalz so viel zum Bruttoinlandsprodukt bei wie Ludwigshafen. Die Stadt erreicht die zweithöchste Arbeitsproduktivität in ganz Deutschland. Die wirtschaftliche Stärke zieht viele Menschen zum arbeiten in die Stadt. Diese wählen jedoch häufig andere Städte und Landkreise als Wohnort. Dies erklärt, weshalb die Ludwigshafener eine hohe Arbeitslosenquote, eine hohe SGB-II-Quote und – daraus resultierend – das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz zur Verfügung haben.

Romy Feldmann, Diplom-Kauffrau, ist Referentin im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex verbessert sich weiter

ifo Index steigt auch im August

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft geht weiter nach oben. Der ifo Geschäftsklimaindex legte im August schon zum fünften Mal in Folge zu; der Index stieg von 87,4 auf 90,5 Punkte. Eine solch starke Stimmungsverbesserung innerhalb eines Monats hatte es zuletzt nach der Wiedervereinigung vor 19 Jahren gegeben.

Lagebeurteilung und Erwartungen besser als im Vormonat

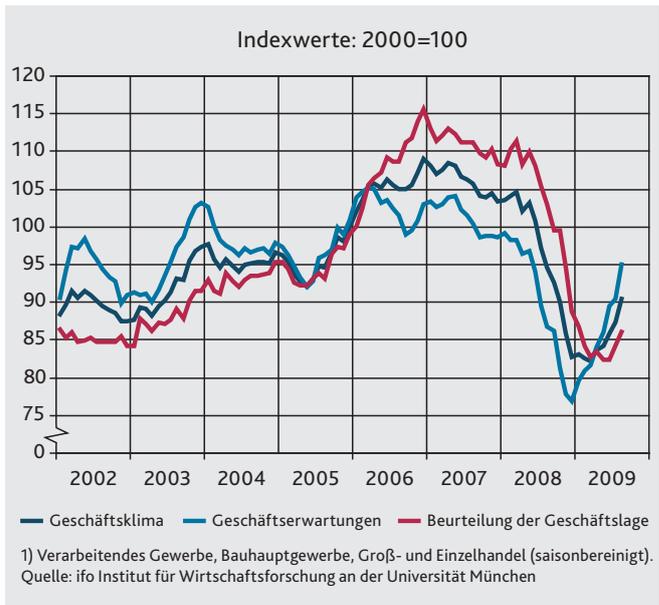
Dies ist im Wesentlichen auf eine deutliche Verbesserung der Geschäftserwartungen zurückzuführen. Der Erwartungsindex erhöhte sich von 90,4 auf 95 Punkte. Auch die Einschätzung der befragten Unternehmen zur Geschäftslage fiel günstiger aus – allerdings etwas verhaltener. Der Lageindex stieg von 84,4 auf 86,1 Punkte.

Es bleiben Risiken für die weitere konjunkturelle Entwicklung. Die Probleme der Banken sind noch nicht endgültig gelöst. Und auch der erwartete beträchtliche Anstieg der Arbeitslosigkeit könnte die Stimmung in den kommenden Monaten wieder eintrüben. Deshalb wollen viele Experten auch noch nicht von einer nachhaltigen Erholung sprechen.

Verbessertes Geschäftsklima in allen vier Bereichen

Im verarbeitenden Gewerbe gab es wie schon in den beiden Monaten zuvor eine deutliche Verbesserung des Geschäftsklimas. Die Industrieunternehmen haben sowohl ihre Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen günstiger beurteilt als noch im Juli.

Stand: August 2009
ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Im Bauhauptgewerbe gab es im August ebenfalls eine Stimmungsverbesserung. Die Bauunternehmer zeigten sich mit der aktuellen Geschäftslage zufriedener und hatten auch günstigere Zukunftserwartungen.

Gute Stimmung im Baugewerbe

Im Großhandel hat sich das Geschäftsklima im August erheblich aufgehellt. Die Großhändler beurteilten sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch ihre Aussichten für die kommenden Monate wesentlich günstiger.

Bessere Stimmung im Groß- und im Einzelhandel

Im Einzelhandel hat sich die Stimmung ebenfalls verbessert. Zwar fiel die Lagebeurteilung etwas ungünstiger aus als noch im Juli. Dafür gab es aber eine deutlich bessere Einschätzung der Geschäftserwartungen.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe weiter rückläufig

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: -37%

Für Rheinland-Pfalz zeigen die quantitativen Indikatoren nach wie vor eine angespannte konjunkturelle Lage. Verfügbar sind zurzeit Indikatoren für die ersten sechs Monate des Jahres. Im Berichtsmonat Juni 2009 sind die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat zwar um 7,1% gestiegen, liegen aber um 33% unter dem Vorjahresniveau. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für den Mai 2009 (in den die Originalwerte für die Monate April, Mai und Juni einfließen) lag um 37% unter dem des Vorjahres. Damit war der Rückgang allerdings niedriger als im März (-44%) und April (-39%).

Auslandsaufträge sinken im Vorjahresvergleich stärker als Inlandsaufträge

Im Berichtsmonat Juni 2009 sind die Auftragseingänge aus dem Inland gegenüber dem Vormonat um 4,9% gestiegen, während die ausländische Nachfrage sogar um 9,1% zugelegt hat. Im Vorjahresvergleich ist allerdings bei den Auslandsaufträgen nach wie vor ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt ging die heimische Nachfrage im Mai 2009 um 33% (April: -32%) und das Ordervolumen aus dem Ausland um 40% (April: -44%) zurück.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie gehen um 46% zurück

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 28%) war es im September 2008 erstmals seit Januar 2004 wieder zu einem Rückgang der Nachfrage gekommen. Seit dem Berichtsmonat März 2009 hat sich die Auftragslage gegenüber dem jeweiligen Vormonat verbessert. Trotzdem verharrt der Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts im Vorjahresvergleich weiterhin auf einem hohem Niveau. Im Mai 2009 verminderten sich die Auftragseingänge gegenüber dem Mai des

Vorjahres um 46%, nach -45% im April. Die kräftige Einbuße ist von Nachfragerückgängen sowohl im Inland (-43%) als auch im Ausland (-48%) verursacht worden.

Der Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes beisteuert, ist besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Die Ordervolumen sinken hier seit Februar 2008. Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge ging nun im Mai 2009 mit -48% deutlich schwächer zurück als noch im April (-54%). Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verringerte sich um 39%. Die schlechte Gesamtsituation wird allerdings nach wie vor durch den kräftigen Einbruch bei den Auslandsaufträgen (-55%) bestimmt.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) kam es im Berichtsmonat Juni 2009 zu einem kräftigen Auftragsplus von 22% gegenüber dem Vormonat, das allerdings im Wesentlichen auf einige Großaufträge zurückzuführen ist. Dagegen sanken die Bestellungen im Mai 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt im Vergleich zum Mai des Vorjahres um 41% (April: -43%). Die heimische Nachfrage ist um 42% gesunken; die Auslandsnachfrage blieb um 40% hinter dem Vorjahreswert zurück.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe wieder gesunken

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Mai 2009 gegenüber Mai 2008 „geglättet“ um 2,4% gesunken, nach einem Minus von 2,7% im April. Davor hatte es neun Monaten in Folge Zuwachsraten

Fahrzeugbau: Rückgang der Auftragseingänge schwächt sich ab

Auftragseingänge im Maschinenbau 41% niedriger als im Vorjahr

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken um 2,4%

gegeben. Im Tiefbau war zwar im Drei-Monats-Durchschnitt ein Anstieg von 13% zu verzeichnen. Dieser wurde allerdings durch den Rückgang um 20% im Hochbau überkompensiert. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2008 bei 51%, der des Hochbaus entsprechend bei 49%.

Zahl der Baugenehmigungen geht deutlich zurück

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau ist im Mai 2009 mit -17% im Drei-Monats-Durchschnitt wieder kräftig gesunken. Im April 2009 hatte es – erstmals seit Juli 2008 – noch einen Anstieg von 5,7% gegeben.

Umsatzrückgänge im Handel und im Gastgewerbe

Weniger Umsatz im Einzelhandel

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Mai 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt (in den die Originalwerte für die Monate April, Mai und Juni einfließen) einen realen Rückgang um 0,3% gegenüber Mai 2008 auf. Im April hatte es im Vorjahresvergleich ebenfalls ein leichtes Minus von 0,2% gegeben.

Umsatzrückgang im Kfz-Handel

Die Umsätze im Kraftfahrzeughandel gingen im Drei-Monats-Durchschnitt im Mai 2009 gegenüber Mai 2008 um 3,9% zurück. Nachdem im Vormonatsvergleich die Umsätze in den Berichtsmonaten Februar und März kräftig zugelegt hatten, blieben sie seither auf einem gleichbleibenden Niveau, das aber über dem des zweiten Halbjahres 2008 liegt. Damit scheint die „Abwrackprämie“ für Altfahrzeuge, die Mitte Januar eingeführt wurde, zumindest den kräftigen Rückgang zum Jahresende 2008 gestoppt zu haben.

Definitionen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Deutlich sinkende Umsätze im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken im Mai 2009 gegenüber Mai 2008 real um 6,7% (Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts). Im April war es im Vorjahresvergleich zu einem Umsatzminus von 3,7% gekommen.

Weiterhin Umsatz-einbußen im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Mai 2009 preisbereinigt um 3,1% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Im April waren die Umsätze im Vorjahresvergleich bereits um 3,7% gesunken.

Verbraucherpreisindex auch im August gesunken

Sinkende Kraftstoff- und Heizölpreise tragen wesentlich zum Preisrückgang bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im August 2009 im Vergleich zum Vormonat um 0,3% gestiegen. Gegenüber dem August des Vorjahres ist er um 0,2% gesunken und damit zum vierten Mal in Folge rückläufig. Im Mai 2009 waren die Verbraucherpreise erstmals – seit der Berechnung eines eigenen Index für Rheinland-Pfalz im Jahre 1995 – im Vorjahresvergleich gesunken. Zu dem Preisrückgang trugen auch im August insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftig gesunkenen Kraftstoff- (-10%) und Heizölpreise (-33%) bei.

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Die höchsten Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im August 2009 in den Indexhauptgruppen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,8%), „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+2,2%) sowie „Möbel, Hausrat und ihre laufende Instandhaltung“ (+2,1%). Dagegen waren die Preise in den Bereichen „Verkehr“ (-1,5%), „Nachrichtenübermittlung“ (-1,6%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-3,2%) niedriger als im August 2008. Ein besonders starker Rückgang der Preise war im Bereich „Bildungswesen“ (-16%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die – im September 2008

begonnene – schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosenzahl nahezu unverändert

Arbeitslosigkeit im August kaum verändert

Im August 2009 ist die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Vormonat nahezu unverändert geblieben. Insgesamt waren im Berichtsmonat 131 200 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 100 weniger als im Juli. Im Vergleich zum August 2008 ergab sich ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahl um 18 700 bzw. 16,6%. Hierin spiegelt sich bereits der kräftige Konjunkturabschwung wider.

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, belief sich im August 2009 auf 6,2%. Im Vergleich zum Vormonat sank sie um 0,1 Prozentpunkte. Gegenüber August 2008 ist die Quote um 0,8 Prozentpunkte gestiegen.

Trotz Wirtschaftskrise liegt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in etwa auf Vorjahresniveau. Im Juni 2009 waren nach vorläufigen Ergebnissen in Rheinland-Pfalz rund 1,2 Mill. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bisher nicht stärker gesunken ist, führt die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit auch auf den stabilisierenden Effekt der Kurzarbeit zurück.

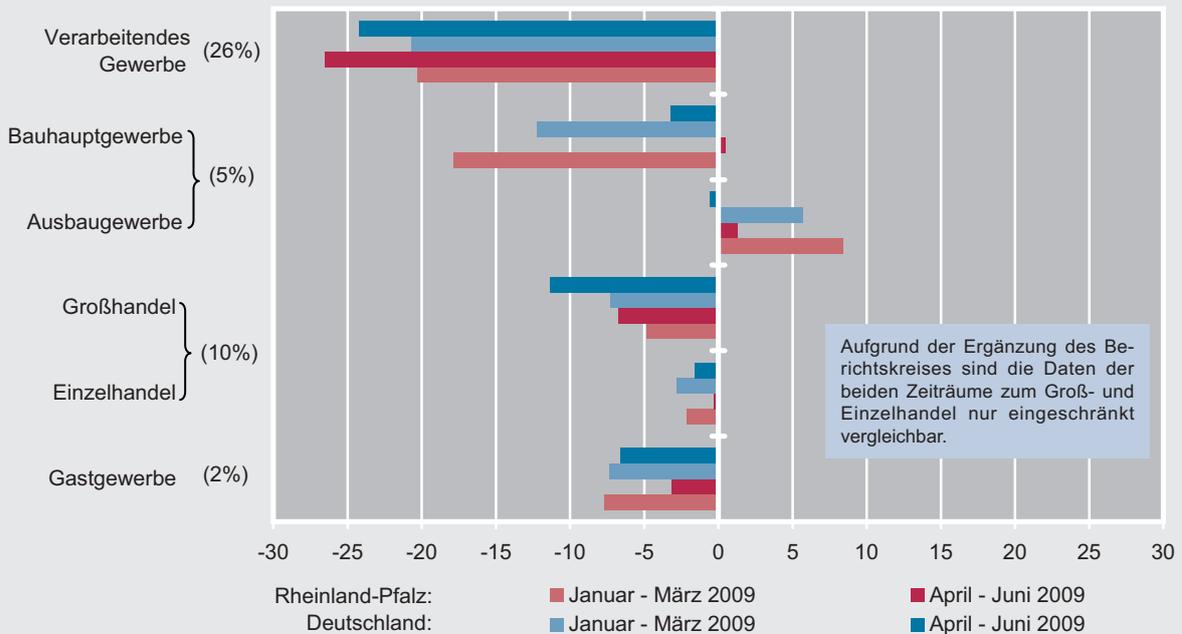
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in dem Bereich Analysen und Prognosen als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland – Preisbereinigt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2009 im September 2009. - Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Aufgrund der Ergänzung des Berichtskreises sind die Daten der beiden Zeiträume zum Groß- und Einzelhandel nur eingeschränkt vergleichbar.

1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2007. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

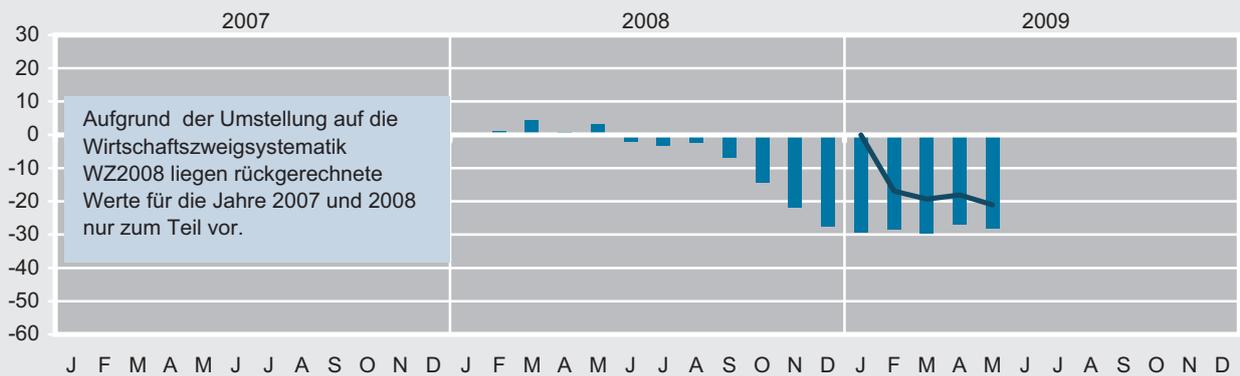
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

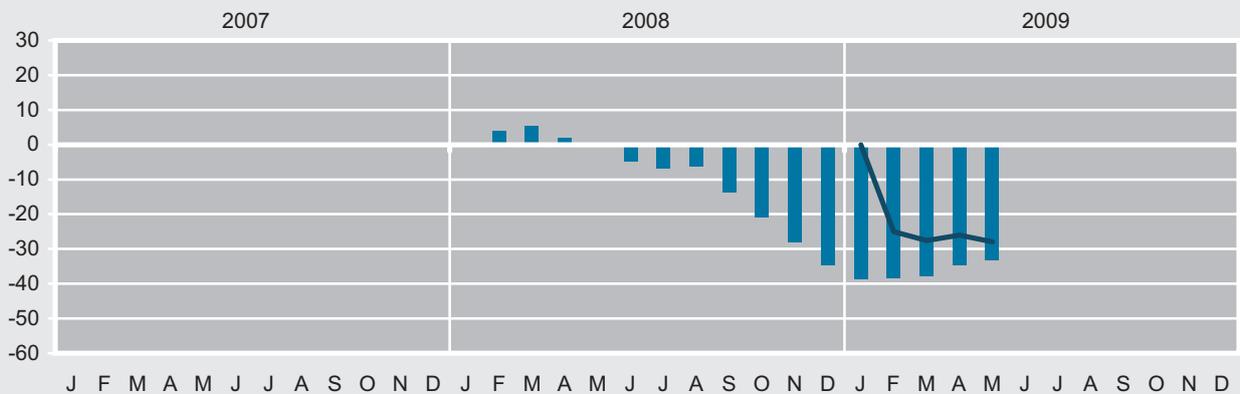
Insgesamt



Inland



Ausland



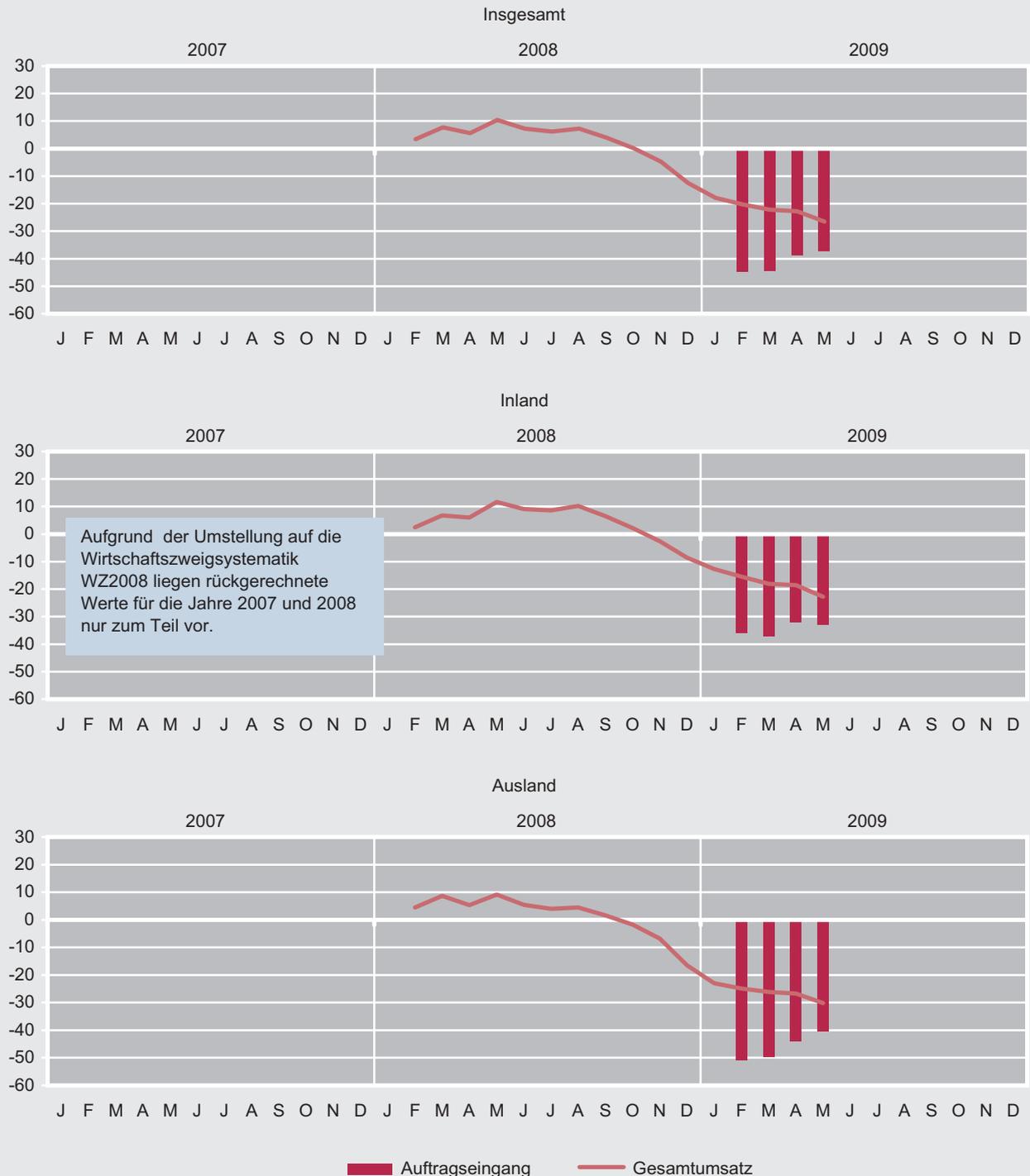
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

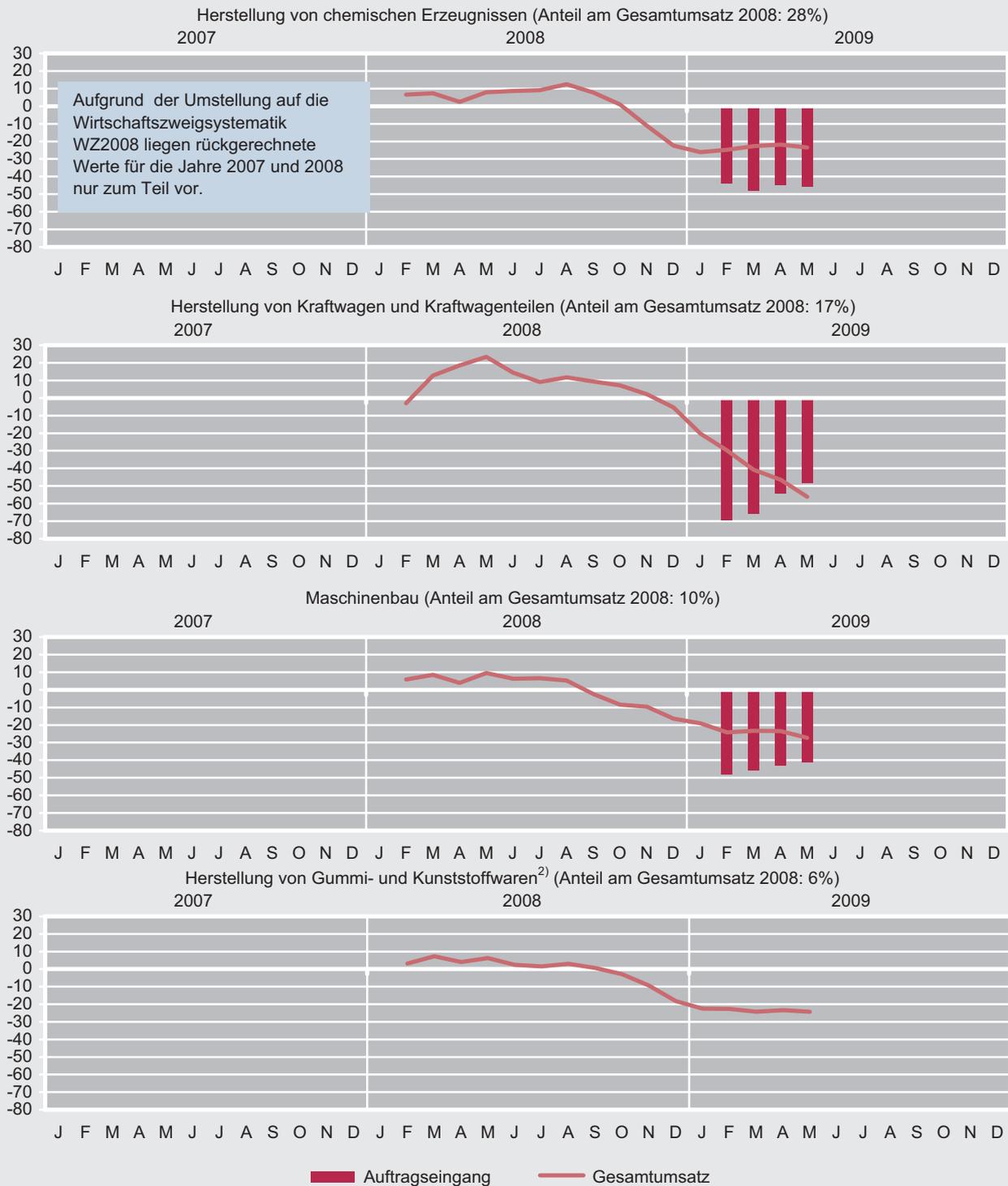
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

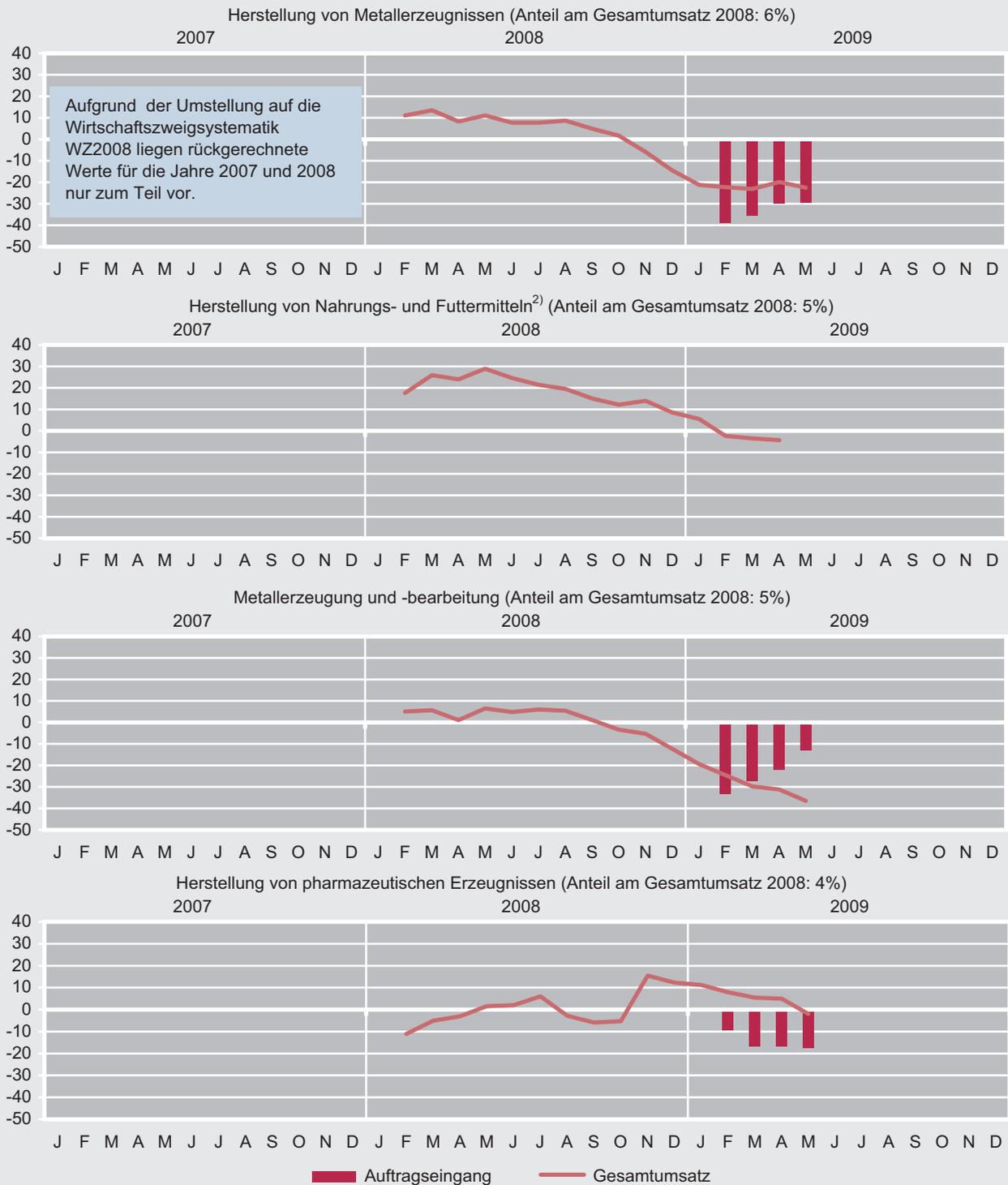
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

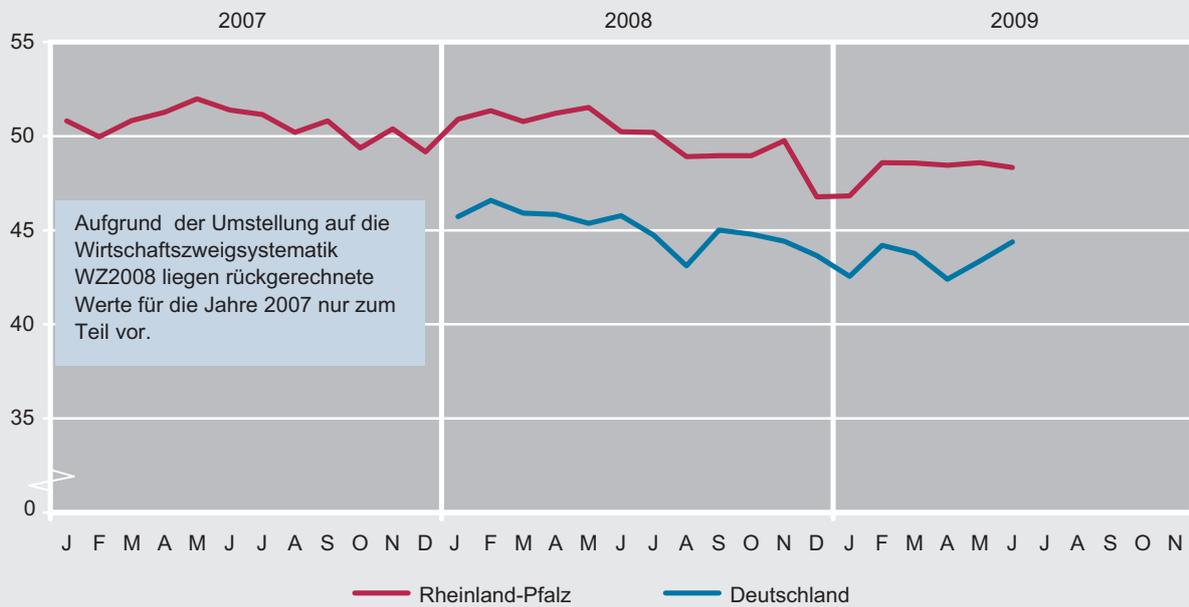
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. - 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

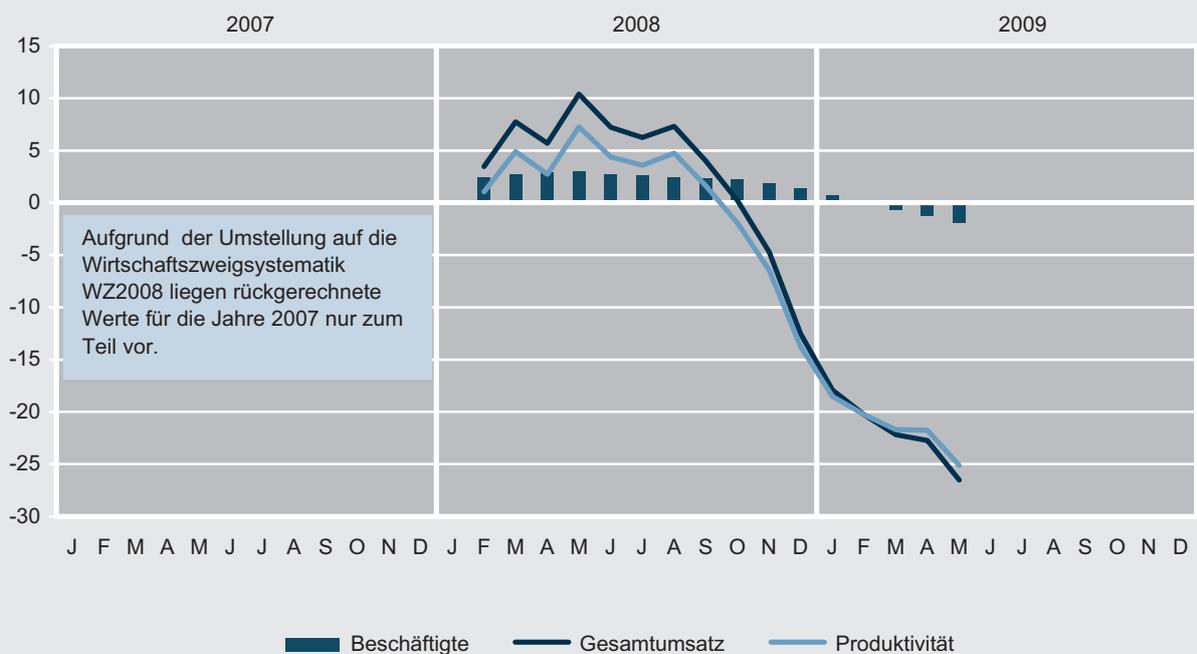
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

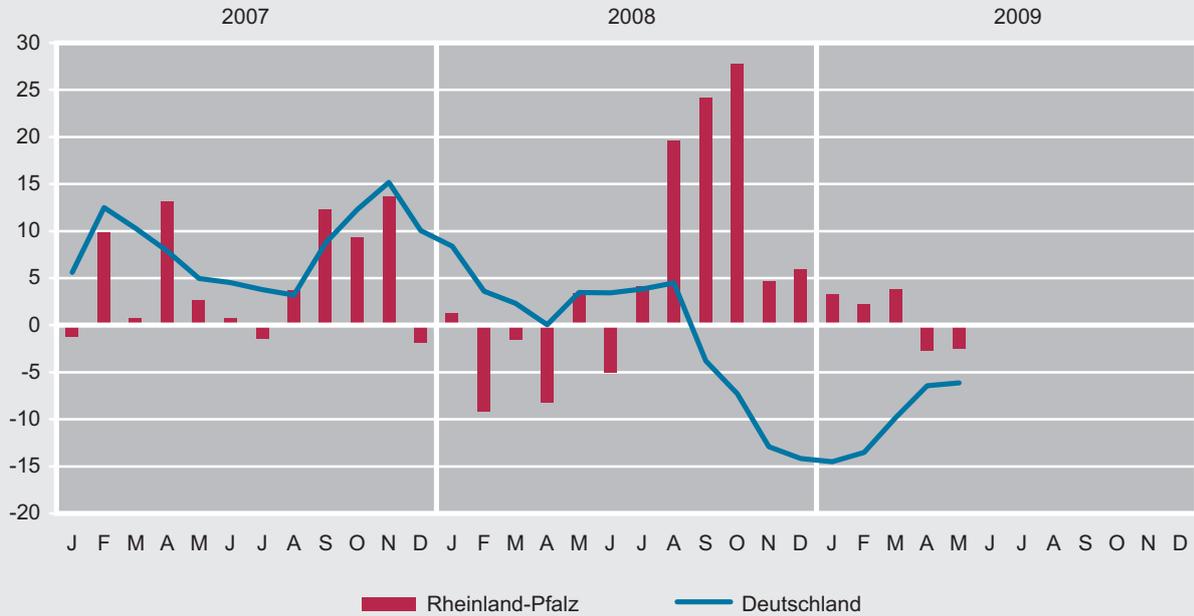
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

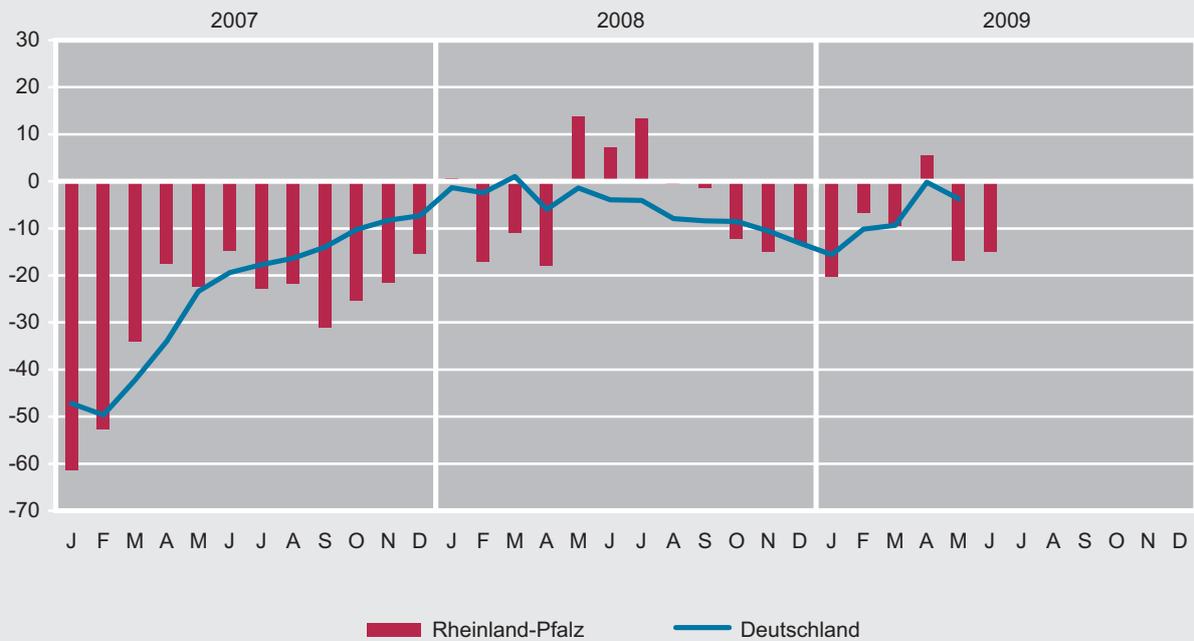
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

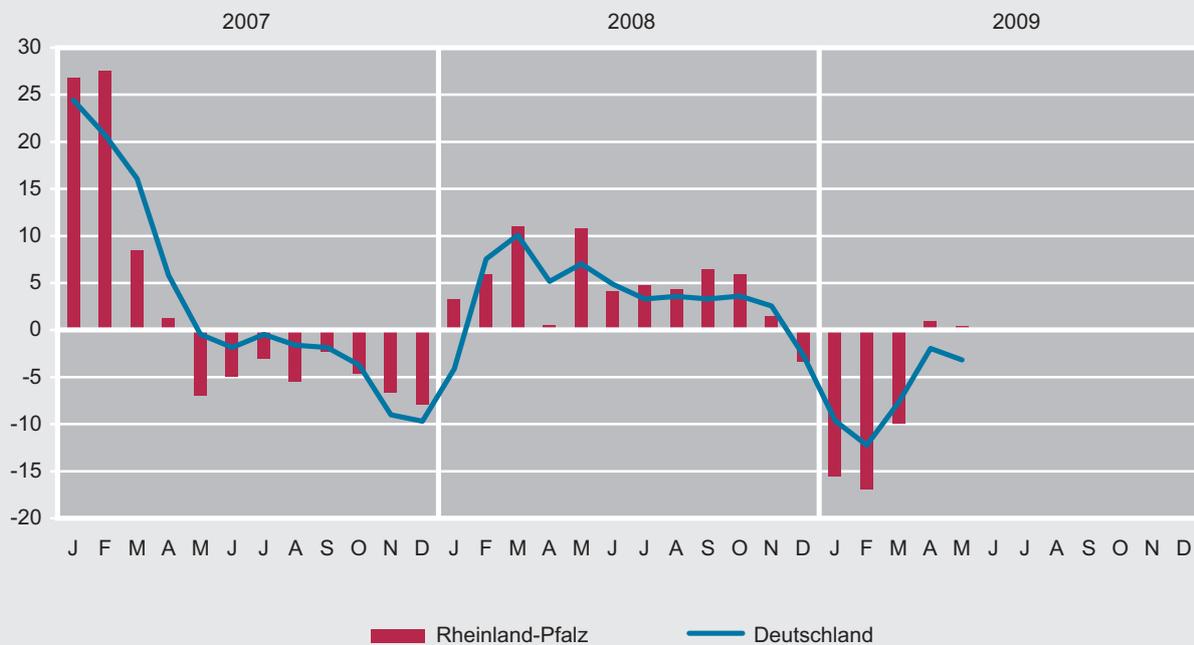
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

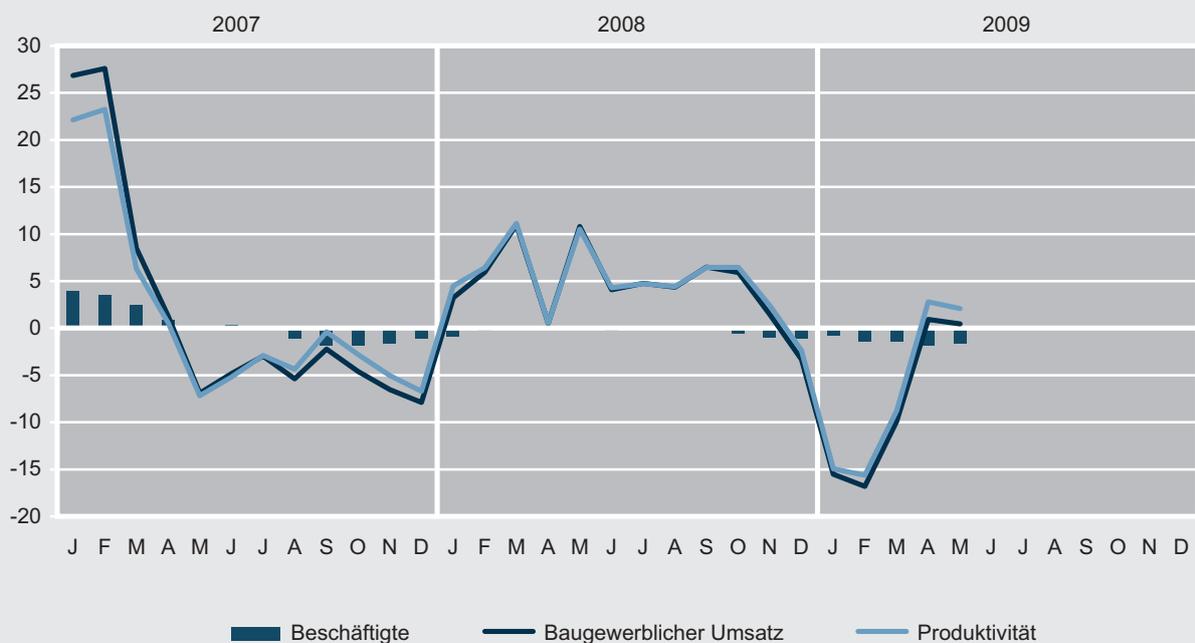
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

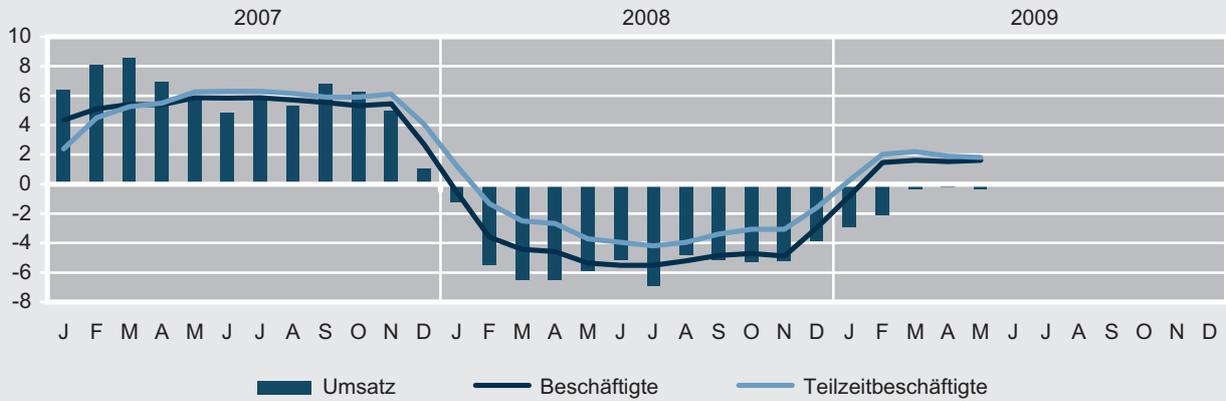
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

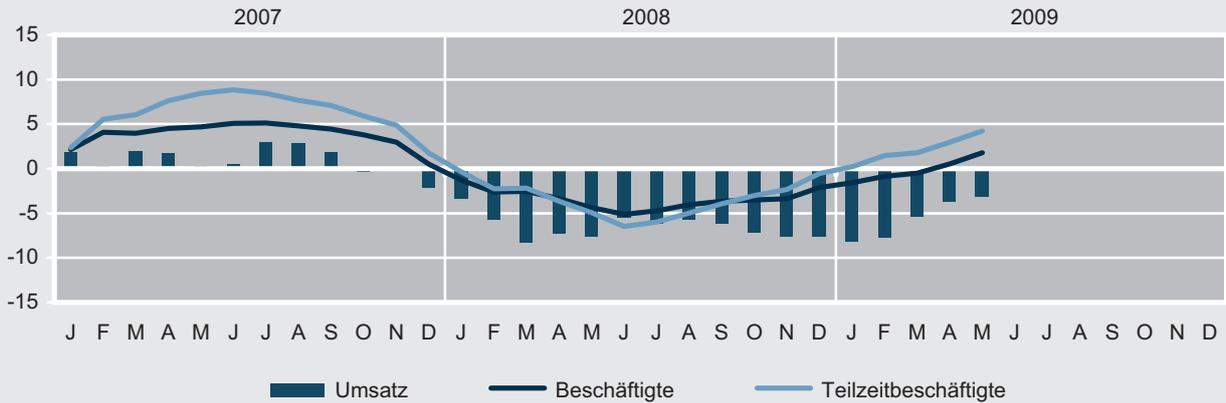
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

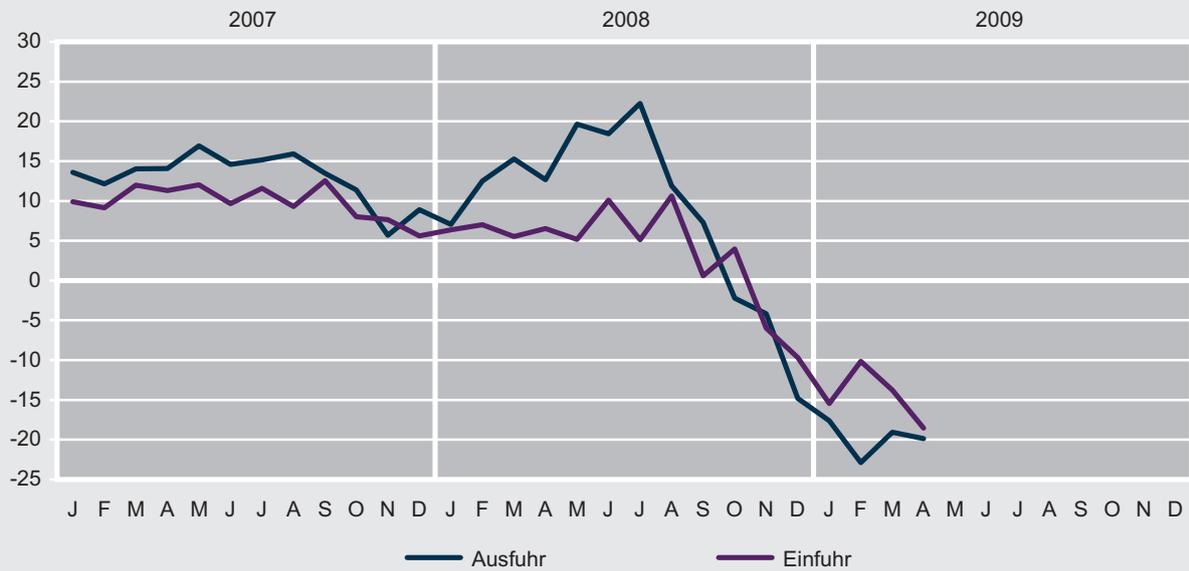
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

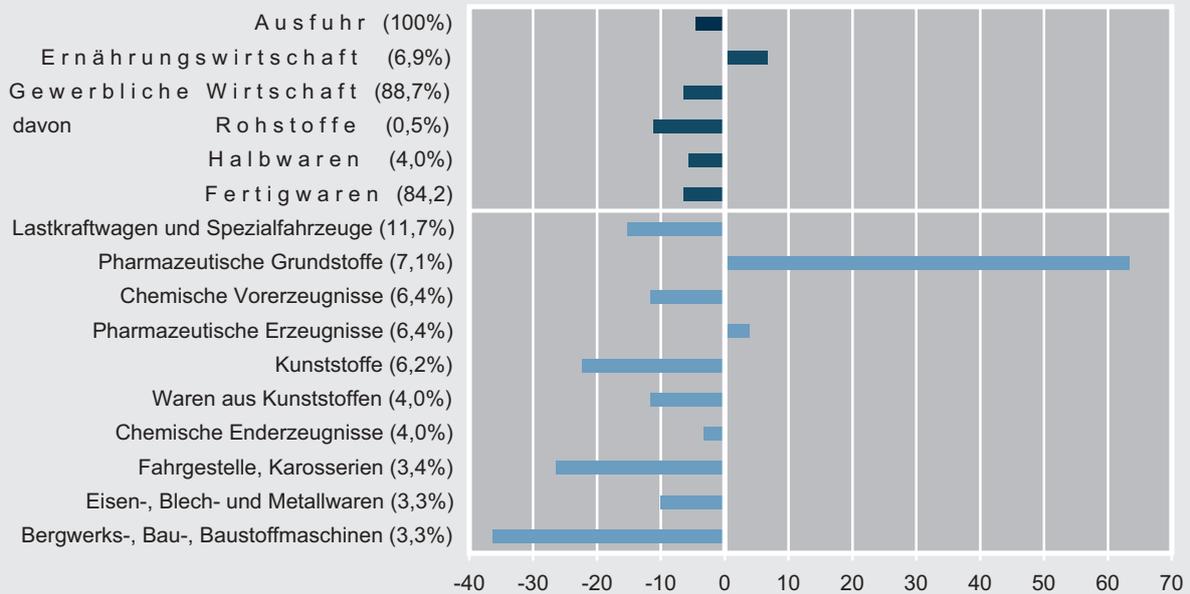
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

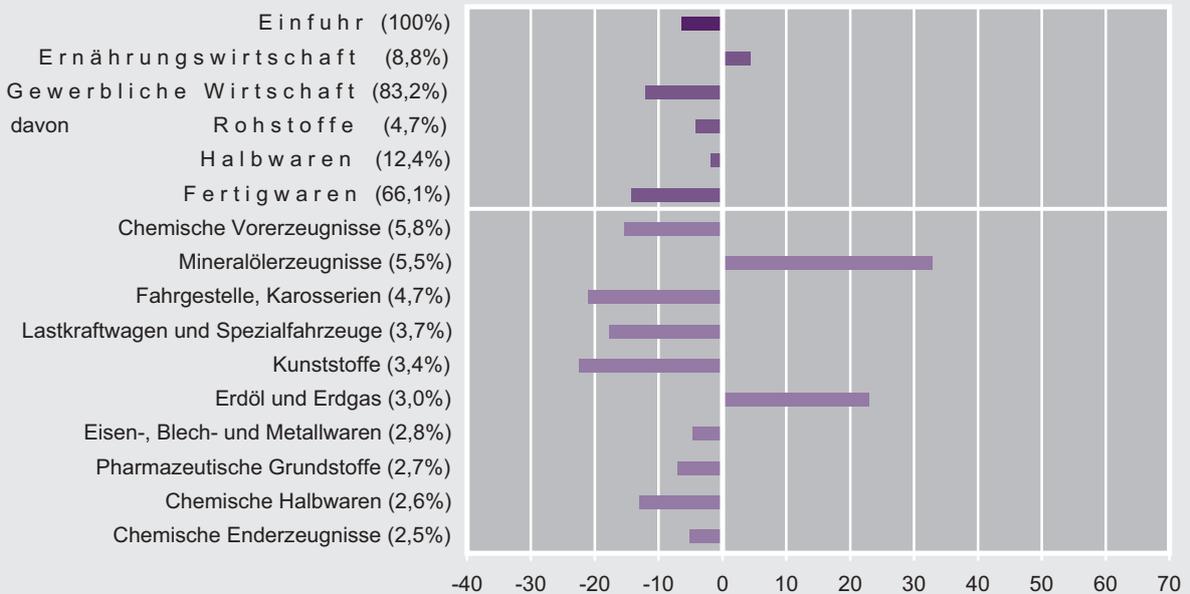
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juni 2008 – Mai 2009 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juni 2008 – Mai 2009 nach Warengruppen¹⁾

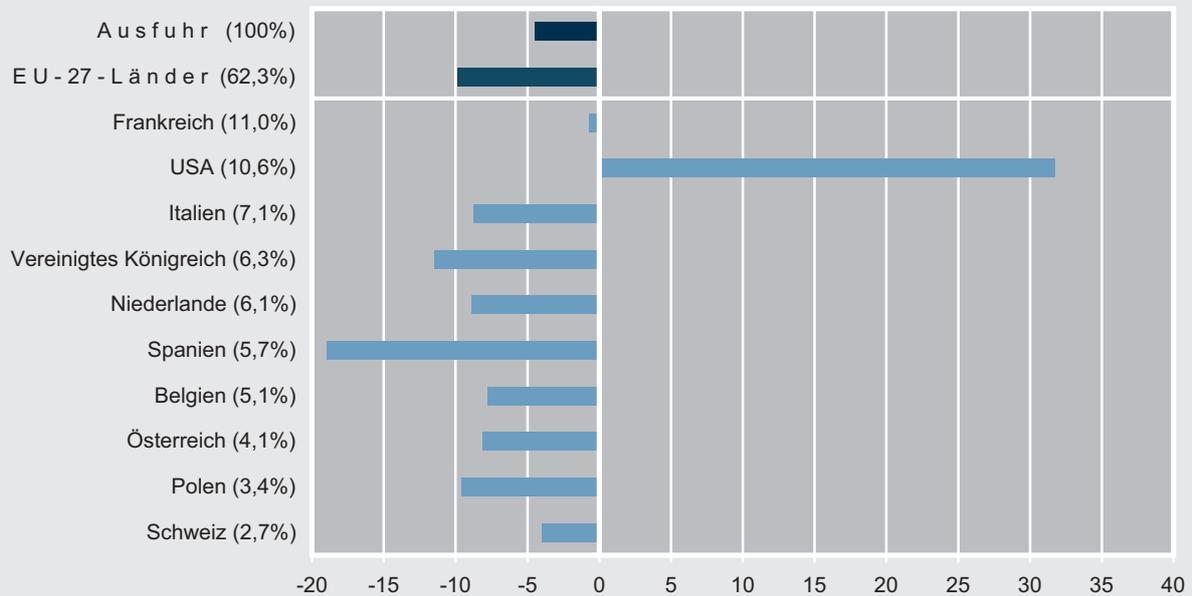
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juni 2008 – Mai 2009 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



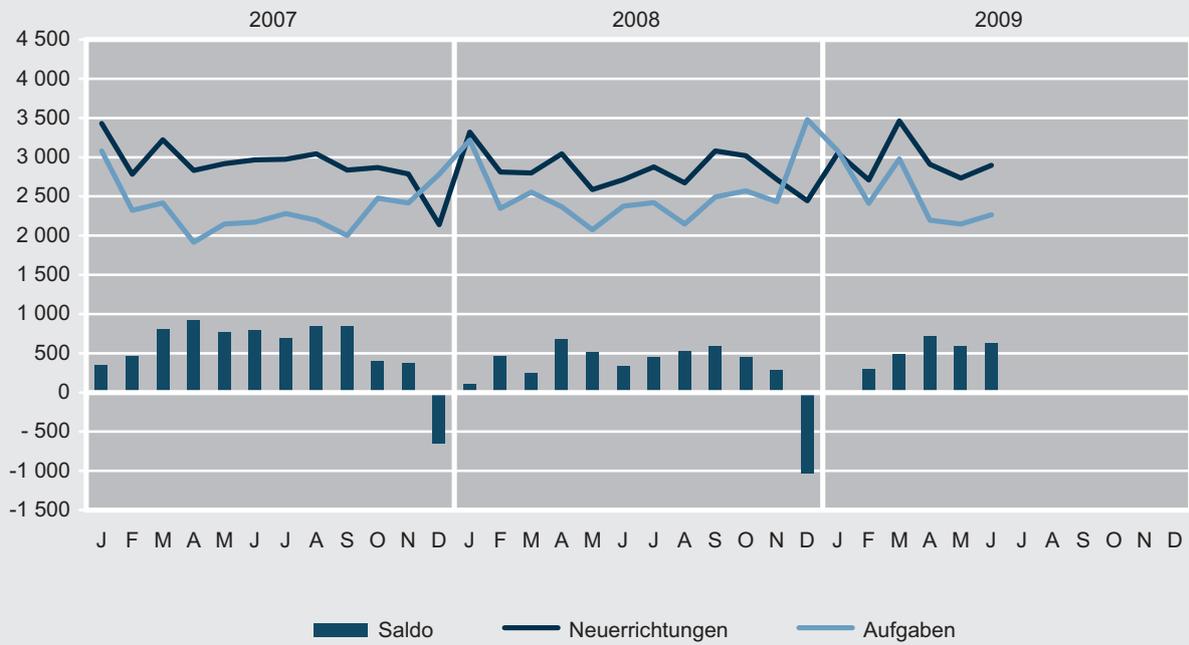
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juni 2008 – Mai 2009 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

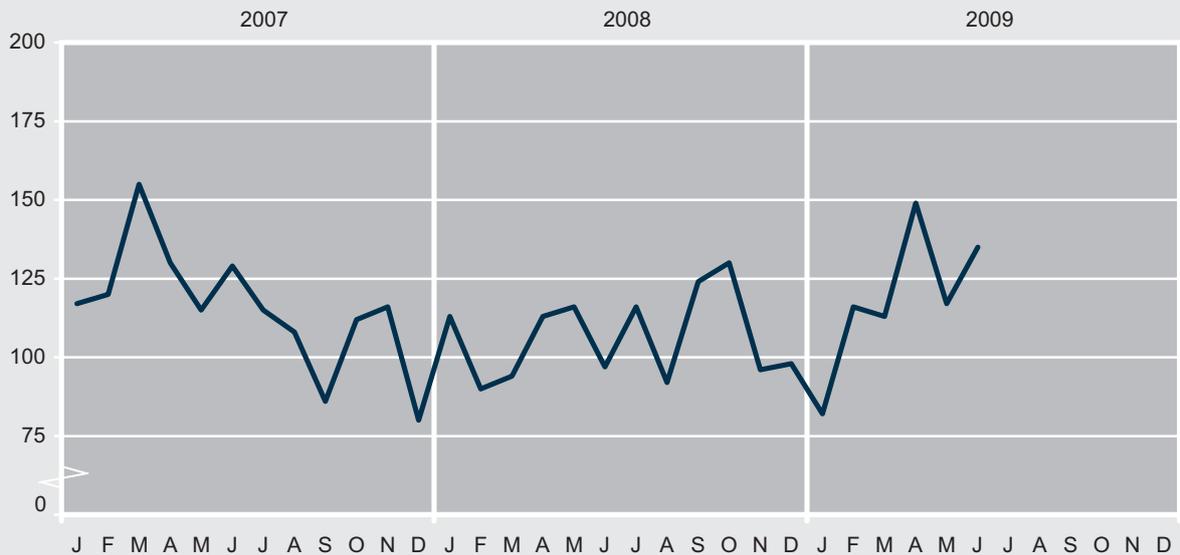


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

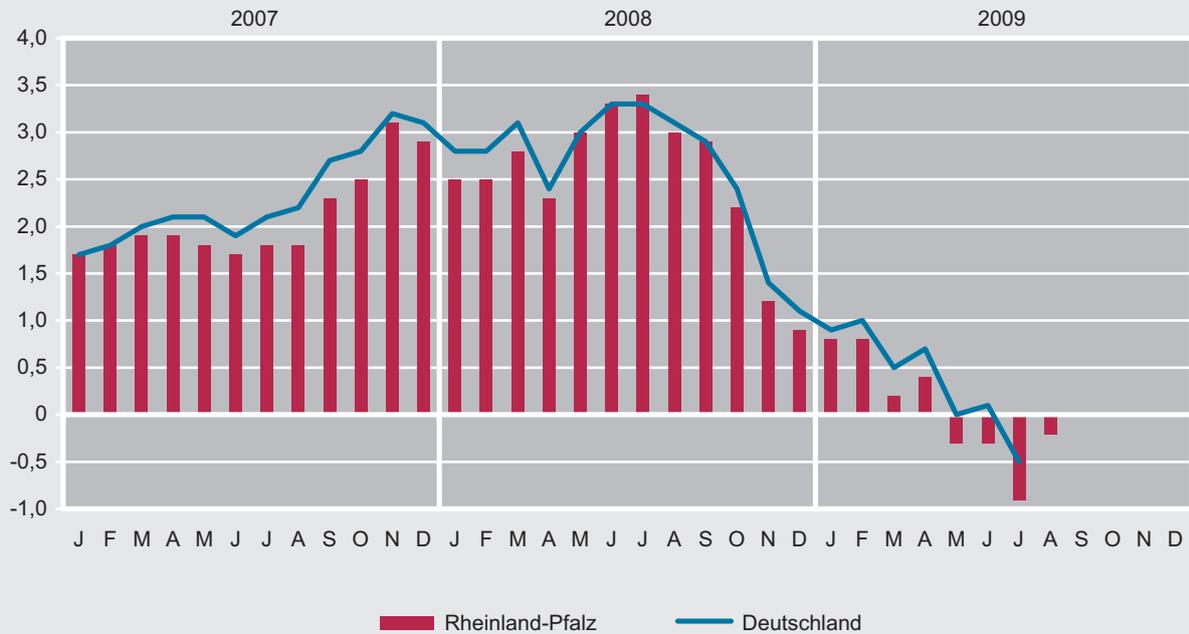


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



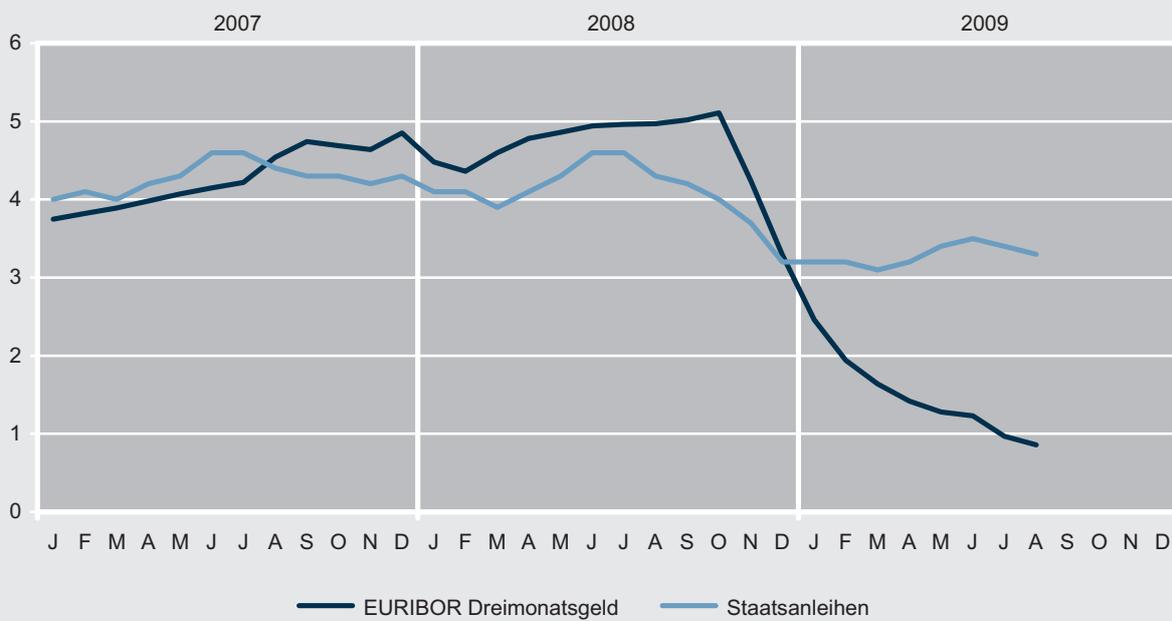
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

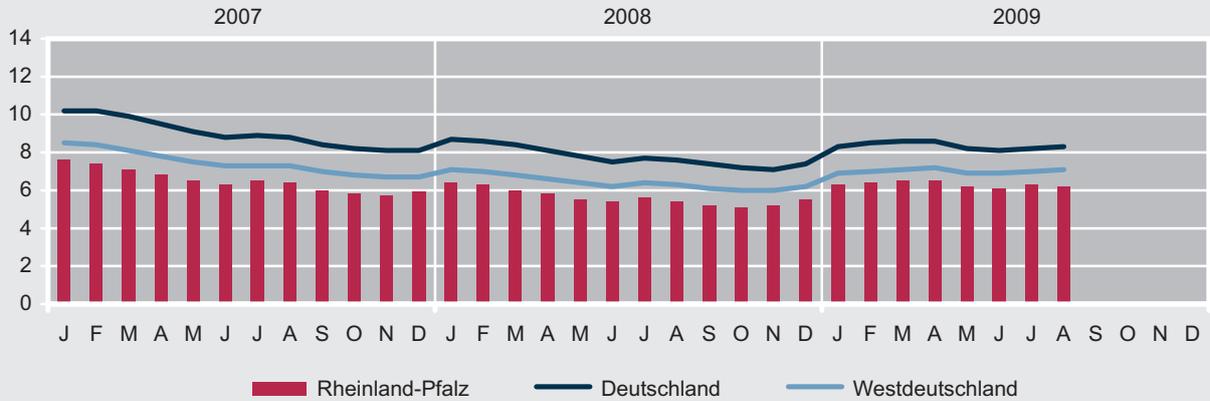
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

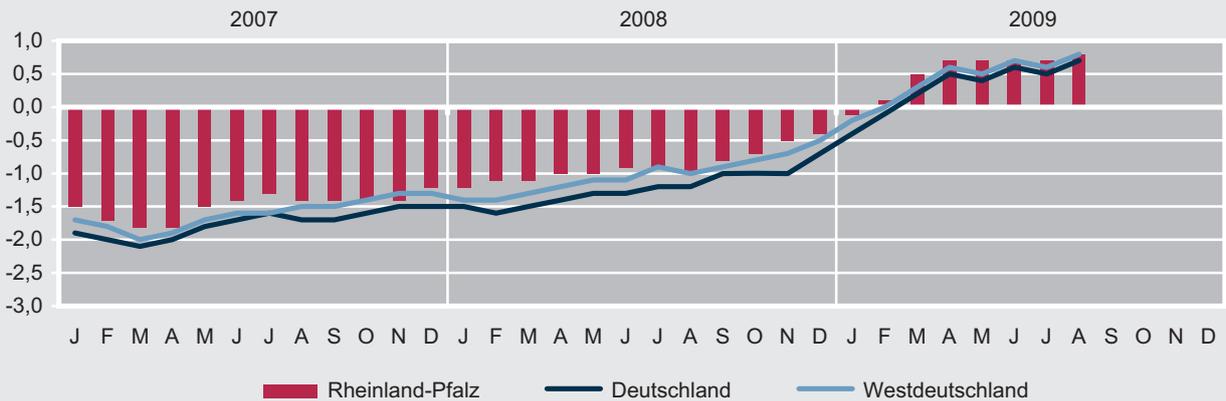
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



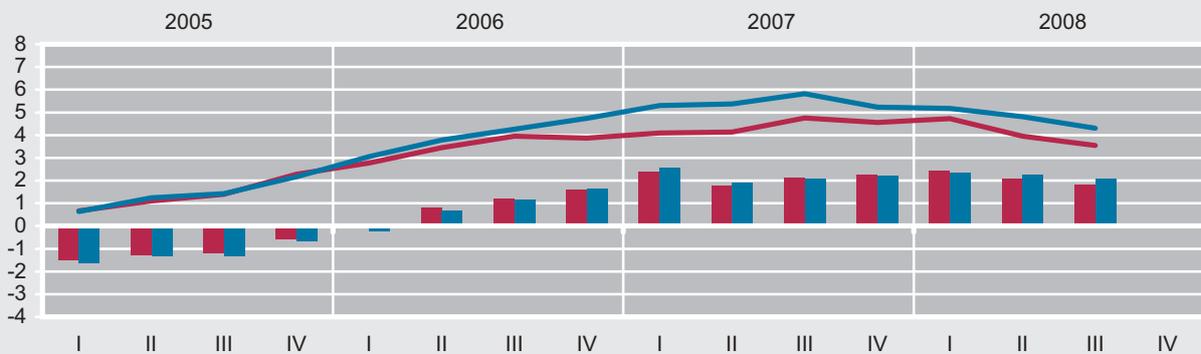
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Rheinland-Pfalz: Beschäftigte

Teilzeitbeschäftigte

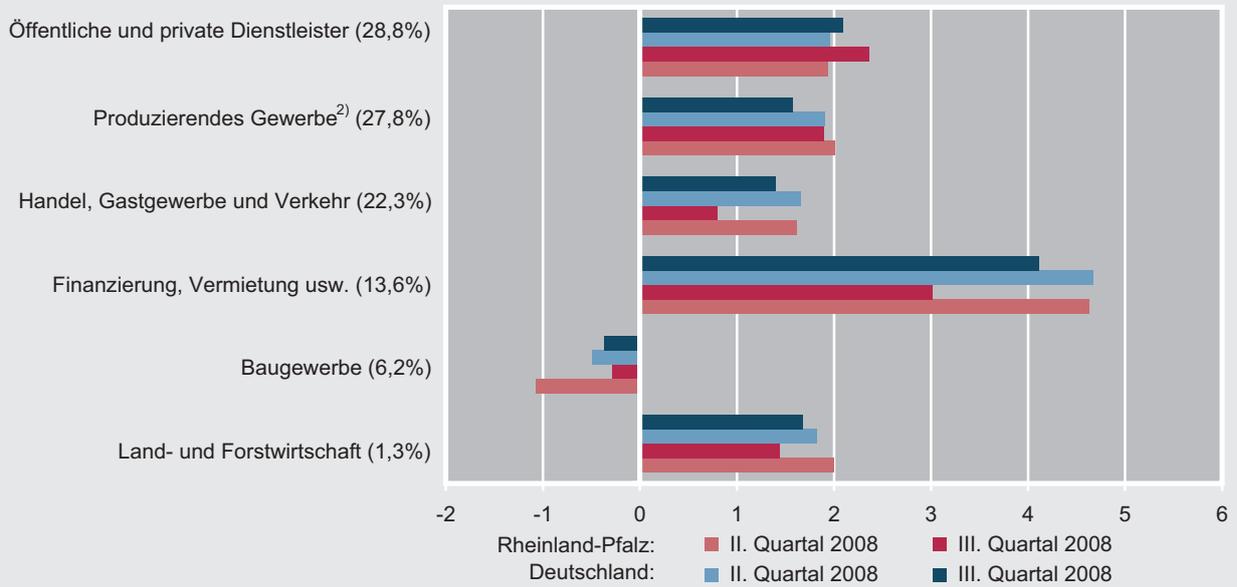
Deutschland: Beschäftigte

Teilzeitbeschäftigte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

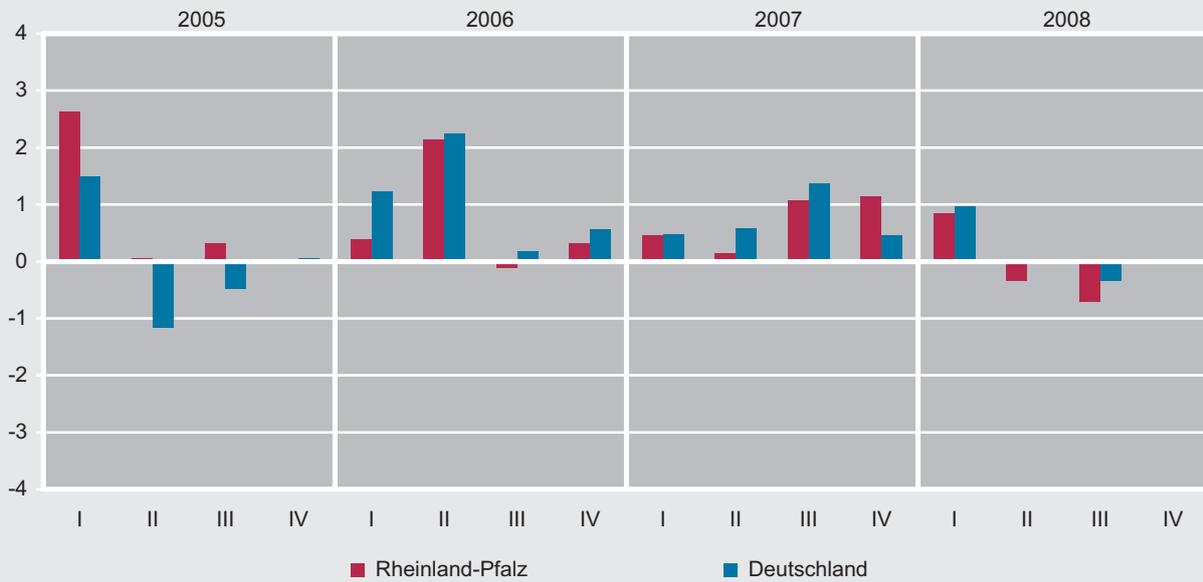
in 1 000



1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. August 2009.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet,

deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Fer-

ner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung

von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in a dark font on a light-colored background. The values range from approximately 60,000 to 150,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows having more columns than others. The overall appearance is that of a printed document, possibly a report or a data sheet.

20	129 151	130 933	137 842
752	134 121	128 093	129 432
6 058	126 824	133 450	133 520
134 628	134 545	157 264	110 138
157 811	157 827	111 776	77 082
113 466	113 035	80 756	61 111
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	61 111
78 320	78 146	92 396	61 111
95 409	94 429	125 873	61 111
	125 677	103 800	61 111
	87 027	69 111	61 111

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG

	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 046 ¹⁾	4 028 ¹⁾	4 043	4 041	4 041	4 026
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	308 ¹⁾	313	313	314	308
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 629	1 672	741	868	1 160	417
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 711	2 685	2 542	2 405	2 635	1 821
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,0	7,9	7,0	7,9	5,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 514	3 578	3 567	3 723	3 671	4 191
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,6	11,1	10,8	11,1	12,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	8	12	8	15	6
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,6	3,1	4,7	3,3	5,7	3,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 802	- 892	-1 025	-1 318	-1 036	-2 370
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,7	- 3,2	- 3,8	- 3,1	- 6,9
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 931	7 963	6 655	7 143	8 362	7 830
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 595	2 619	2 337	2 312	3 189	2 785
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 734	8 517	7 042	7 919	7 558	8 302
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 338	2 828	2 378	2 738	2 221	2 654
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	197	- 554	- 387	- 776	804	- 472
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 402	12 673	11 180	11 954	12 344	13 202

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte ^{8) 9)}

	Einheit	2005	2006	2007			2008			
		30.6.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 149	1 158	1 168	1 179	1 206	1 194	1 196	1 203	1 228
* Frauen	1 000	519	521	525	527	540	539	539	540	553
* Ausländer/-innen	1 000	68	70	70	73	76	70	74	77	78
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	210	217	221	226	228	229	231	235	236
* darunter Frauen	1 000	183	187	191	195	197	198	200	202	203
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	9	10	11
* Produzierendes Gewerbe	1 000
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	408	411	419
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	182	185	188
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	334	333	341

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt; hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
* Arbeitslose	Anzahl	133 676	116 260	111 871	116 302	112 523	129 236	127 511	131 330	131 197
* Frauen	Anzahl	67 361	57 758	56 781	59 537	57 635	58 111	57 612	60 144	60 802
Männer	Anzahl	66 315	58 501	55 090	56 765	54 888	71 125	69 899	71 186	70 395
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	52 478	43 862	40 107	43 084	40 714	53 941	52 347	55 776	54 975
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	81 198	72 398	71 764	73 218	71 809	75 295	75 164	75 554	76 222
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	6,5	5,6	5,4	5,6	5,4	6,2	6,1	6,3	6,2
* Frauen	%	.	6,0	5,9	6,2	6,0	6,0	5,9	6,2	6,2
* Männer	%	.	5,3	4,9	5,1	4,9	6,3	6,2	6,3	6,3
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	.	5,6	5,3	6,6	6,1	6,4	6,3	8,0	8,2
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	.	4,0	3,6	5,3	4,9	3,8	3,7	5,3	5,9
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	.	6,0	5,7	5,8	5,7	6,2	6,2	6,1	6,0
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	.	5,7	5,4	5,6	5,6	6,3	6,3	6,2	6,2
* Ausländer/-innen	%	.	12,6	12,3	12,4	12,4	13,7	13,6	13,7	13,5
Deutsche	%	.	5,1	4,9	5,1	4,9	5,6	5,5	5,7	5,7
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 527	4 624	1 494	1 626	1 739
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 191	23 508	24 854	25 216	25 141	19 247	19 444	19 379	19 141

BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)Baugenehmigungen für
Wohngebäude

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	469	467	531	507	754	444	516	457	430
insgesamt	Anzahl	469	467	531	507	754	444	516	457	430
davon mit ...	Anzahl									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	448	443	511	487	727	419	492	435	412
* 3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	21	23	20	20	27	25	24	22	18
davon	Anzahl									
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	-	2	1	-	1	1	25	-	-
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	68	88	64	87	337	46	42	53	51
Unternehmen	Anzahl	400	376	466	420	416	397	449	404	379
private Haushalte	Anzahl	673	642	716	640	911	696	641	694	553
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	468	437	504	450	559	505	554	509	410
* Umbauter Raum	1 000 m ³	468	437	504	450	559	505	554	509	410
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	82	94	84	111	87	87	97	75
* Wohnräume	Anzahl	3 688	3 532	4 058	3 607	5 084	3 726	4 335	3 940	3 207
* Veranschlagte Kosten der	Mill. EUR	114	107	123	112	132	122	142	127	104
Bauwerke	Mill. EUR	114	107	123	112	132	122	142	127	104

Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	133	133	155	120	135	116	93	117	105
insgesamt	Anzahl	133	133	155	120	135	116	93	117	105
davon	Anzahl									
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	12	14	14	14	13	13	9	15	16
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	115	116	137	102	119	100	78	95	87
Unternehmen	Anzahl	6	3	4	4	3	3	3	2	2
private Haushalte	Anzahl	14	22	11	15	54	7	10	18	10
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	980	1 243	892	782	1 071	1 703	1 009	734	392
* Umbauter Raum	1 000 m ³	980	1 243	892	782	1 071	1 703	1 009	734	392
* Nutzfläche	1 000 m ²	124	156	135	121	138	210	105	111	61
* Veranschlagte Kosten der	Mill. EUR	76	105	89	86	99	129	69	91	50
Bauwerke	Mill. EUR	76	105	89	86	99	129	69	91	50

Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-	Anzahl	783	752	913	743	1 083	800	712	786	633
nahmen an bestehenden	Anzahl	4 336	4 197	5 042	4 250	6 138	4 381	4 867	4 552	3 784
Gebäuden)	Anzahl	4 336	4 197	5 042	4 250	6 138	4 381	4 867	4 552	3 784
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 336	4 197	5 042	4 250	6 138	4 381	4 867	4 552	3 784

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 823	10 686	11 041	10 458	9 547	11 654	10 183	10 301	10 069
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 530	2 520	2 621	2 316	2 031	2 779	2 326	2 184	2 048
darunter										
* Kälber ²⁾	t	17	18	17	17	9	14	15	11	6
* Jungrinder	t	14	10	5	5
* Schweine	t	8 211	8 094	8 354	8 060	7 449	8 826	7 776	8 062	7 963
* Eierzeugung ³⁾	1 000	10 036	9 727	10 239	10 059	9 721	9 964	9 424	9 331	8 355

**PRODUZIERENDES
GEWERBE**

**Verarbeitendes Gewerbe
sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen
und Erden ⁴⁾**

* Betriebe	Anzahl	1 007	1 038	1 041	1 039	1 035	1 040	1 040	1 040	1 040
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	242 340	248 154	247 064	247 249	248 213	245 020	243 759	242 670	242 054
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 117	31 786	34 265	30 968	32 216	31 306	28 777	28 365	28 783
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	839	884	881	1 084	892	798	877	1 004	858
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 230	6 485	7 138	6 726	6 981	5 604	5 066	4 976	5 273
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 307	3 413	3 792	3 555	3 662	2 827	2 782	2 709	2 816
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 801	1 932	2 156	2 055	2 174	1 629	1 176	1 195	1 320
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	137	107	125	95	105	103	93	81	87
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	984	1 033	1 064	1 022	1 040	1 046	1 015	990	1 050
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	.	1 804	2 010	1 924	1 918	1 474	1 527	1 472	1 480
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	998	1 083	1 225	1 207	1 217	846	489	527	585
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 153	3 244	3 655	3 466	3 507	2 722	2 455	2 418	2 549
Exportquote ⁸⁾	%	50,6	50,0	51,2	51,5	50,2	48,6	48,5	48,6	48,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	.	108,9	127,2	114,5	117,5	74,5	73,2	73,7	79,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	.	109,0	126,7	118,8	126,0	74,4	75,7	75,0	82,0
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	.	105,4	123,4	107,8	103,3	67,0	63,2	64,3	68,6
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	91,3	113,4	97,1	102,7	83,6	73,1	74,2	92,2
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	128,7	150,0	122,2	133,8	110,0	106,2	110,8	106,9
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	.	108,8	128,0	118,6	130,3	65,9	66,5	67,2	71,3
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	.	93,2	110,3	104,6	84,3	51,0	50,6	52,8	51,7
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	103	111	111	111	111	116	116	116	116
* Beschäftigte ^{5) 9)}	Anzahl	9 860	9 943	9 870	9 886	9 889	10 010	9 988	10 017	10 011
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾	1 000 h	1 241	1 261	1 380	1 176	1 271	1 378	1 245	1 224	1 242
* Bruttoentgeltsumme ⁹⁾	Mill. EUR	34	35	41	36	33	33	42	36	34
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	776	759	833	713	638	845	700	291	326
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	760	743	818	695	620	830	686	280	313

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe¹⁾**Bauhauptgewerbe²⁾**

Einheit	2007	2008				2009				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 559	36 466	36 504	36 675	37 202	35 304	36 194	36 071	36 402
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 702	3 647	4 105	3 718	4 136	3 441	3 945	3 661	4 023
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 523	1 419	1 578	1 492	1 591	1 343	1 540	1 375	1 629
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	862	929	1 031	917	1 038	892	895	857	911
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 317	1 298	1 496	1 309	1 507	1 206	1 510	1 429	1 483
darunter Straßenbau	1 000 h	652	664	763	704	808	591	790	741	773
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	82	84	85	84	85	73	85	81	87
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	363	329	345	402	285	338	340	403
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	112	113	102	116	122	91	99	91	116
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	91	105	99	98	113	95	108	102	116
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	145	127	131	166	99	132	147	170
darunter Straßenbau	Mill. EUR	65	66	56	59	80	43	60	68	80

Ausbaugewerbe**(Baustallation und sonstiger Ausbau)⁵⁾**

Einheit	2007	2008	2008				2009			
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal		
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	297	312	294	313	310	311	313	356	357
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾	Anzahl	11 384	11 985	11 468	11 876	11 907	12 029	12 127	13 153	13 024
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 674	3 819	3 745	3 686	3 814	3 856	3 921	3 996	4 129
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	78	83	85	79	81	81	90	86	88
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	276	311	351	230	302	302	409	249	306

HANDEL⁷⁾**Großhandel⁸⁾**

Einheit	2007	2008				2009				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Beschäftigte	2005=100	120,8	123,6	122,5	122,4	123,1	122,6	121,1	121,6	121,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	115,1	112,9	112,3	111,7	118,8	118,4	120,2	119,9
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	114,5	120,0	129,2	119,3	122,7	111,9	111,8	106,4	109,1
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,9	108,8	116,8	106,3	109,5	107,2	106,1	101,1	103,1

Einzelhandel¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	113,3	107,9	106,5	106,9	106,7	108,7	108,5	108,6	108,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	112,8	109,4	107,7	108,4	108,2	110,7	110,2	110,4	109,6
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	115,2	112,1	113,1	115,9	107,3	110,4	118,2	111,0	106,7
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	113,5	107,5	108,2	110,8	102,6	105,7	112,8	106,0	101,8

Kfz-Handel¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	112,6	107,8	105,8	107,3	108,2	105,3	106,4	106,1	107,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	126,5	123,2	121,7	120,4	124,2	122,9	125,3	124,6	127,5
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	99,5	95,5	108,9	102,9	103,5	106,3	104,2	99,1	101,8
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	95,3	90,0	102,9	97,2	97,3	99,8	97,5	92,8	95,4

GASTGEWERBE^P

* Beschäftigte	2005=100	109,4	105,4	105,5	108,1	108,1	100,3	106,1	109,8	111,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	111,9	113,4	114,8	114,8	108,7	115,8	119,6	122,1
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	107,7	103,3	98,0	117,0	109,0	87,9	99,4	115,0	107,0
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	104,0	97,1	93,2	110,8	102,8	81,3	92,1	106,4	98,8

- 1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar.
 – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse.
 – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Gästekünfte	1 000	615	621	575	839	731	447	597	814	758
* darunter von Auslandsgästen	1 000	143	148	131	189	183	84	138	190	177
* Gästeübernachtungen	1 000	1 662	1 686	1 430	2 249	1 906	1 112	1 615	2 124	1 987
* darunter von Auslandsgästen	1 000	402	427	334	540	496	205	375	541	499

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai		
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 082	2 017	1 784	1 926	2 162	1 405	1 721	1 844	2 201
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 384	1 331	1 043	1 257	1 570	803	1 095	1 306	1 573
* Getötete Personen	Anzahl	18	19	18	28	16	14	23	6	30
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	10	13	14	8	8	17	3	17
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	1	6	4	1	2	1	7
Radfahrer	Anzahl	1	2	2	3	3	-	2	-	3
Fußgänger	Anzahl	2	3	1	4	-	3	2	2	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 795	1 738	1 384	1 643	2 001	1 026	1 447	1 695	2 070
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	338	329	260	267	430	150	232	316	476
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	159	147	140	137	129	104	139	137	168
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	82	42	58	168	15	42	89	163
Radfahrer	Anzahl	47	47	26	28	85	9	20	49	84
Fußgänger	Anzahl	34	35	36	32	33	22	20	31	42

Kraftfahrzeuge³⁾

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 830	12 408	13 649	14 787	15 748	21 252	18 847	21 068	18 851
darunter										
Krafträder	Anzahl	825	835	1 209	1 335	1 364	1 262	1 241	1 028	894
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 673	10 243	11 052	12 010	12 864	18 682	16 540	18 991	17 008
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	929	945	956	1 032	838	704	664	645
* Zugmaschinen	Anzahl	302	314	376	385	392	380	300	302	260

Personenbeförderung

Einheit	2007	2008	2007	2008			2009			
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal		
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 850	62 125	64 485	65 513	63 191	56 089	63 707	65 502	63 399
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	583	577	654	585	579	508	636	586	581

Binnenschifffahrt

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai		
* Gütereingang	1 000 t	1 142	1 158	1 082	1 095	1 153	1 070	1 063	1 015	1 007
* Güterversand	1 000 t	959	945	1 018	1 045	977	655	771	910	890

AUSSENHANDEL⁶⁾

Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 391	3 753	3 833	4 056	3 559	2 748	3 021	3 482	2 674
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	219	256	251	274	254	244	231	275	249
* Güter der gewerb. Wirtschaft	Mill. EUR	3 012	3 328	3 406	3 587	3 128	2 393	2 668	3 096	2 319
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	20	22	19	25	13	17	21	15
* Halbwaren	Mill. EUR	130	149	149	156	148	92	105	105	116
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 862	3 159	3 234	3 411	2 956	2 288	2 547	2 970	2 188
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	894	1 009	1 023	909	857	682	822	1 372	640
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 968	2 150	2 212	2 503	2 099	1 606	1 725	1 599	1 548

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾**Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾**

	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 527	2 678	2 800	3 074	2 769	1 975	2 103	2 002	1 963
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	2 210	2 338	2 435	2 697	2 445	1 752	1 850	1 757	1 743
Belgien	Mill. EUR	183	190	206	204	192	150	154	143	143
Luxemburg	Mill. EUR	48	49	57	48	54	53	51	49	45
Dänemark	Mill. EUR	49	50	44	57	74	33	36	31	32
Finnland	Mill. EUR	28	31	29	32	30	19	26	21	21
Frankreich	Mill. EUR	372	413	426	482	408	333	349	311	296
Griechenland	Mill. EUR	41	44	51	55	48	35	24	32	33
Großbritannien	Mill. EUR	245	237	231	259	243	179	171	180	174
Irland	Mill. EUR	15	13	16	16	12	10	8	11	9
Italien	Mill. EUR	268	265	269	281	281	198	222	206	200
Niederlande	Mill. EUR	198	228	241	249	238	188	201	196	191
Österreich	Mill. EUR	145	153	165	183	152	123	137	134	140
Schweden	Mill. EUR	67	66	71	90	69	39	42	39	40
Spanien	Mill. EUR	210	215	240	281	227	167	160	147	154
Portugal	Mill. EUR	22	27	34	29	28	17	16	17	20
* Afrika	Mill. EUR	74	83	70	86	79	70	80	69	69
* Amerika	Mill. EUR	396	542	524	428	296	339	431	1 002	299
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	295	418	421	309	189	243	351	923	207
* Asien	Mill. EUR	364	418	410	434	392	336	373	377	314
darunter nach Japan	Mill. EUR	56	53	44	44	39	60	43	61	35
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	30	33	30	34	23	28	34	32	30

Einfuhr (Generalhandel) ²⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	2 158	2 236	2 307	2 360	2 263	1 888	2 329	1 705	1 609
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	188	196	202	190	215	204	220	206	200
* Güter der gewerbl. Wirtschaft davon	Mill. EUR	1 786	1 860	1 914	1 978	1 862	1 507	1 543	1 337	1 258
Rohstoffe	Mill. EUR	93	105	111	121	129	104	79	68	35
Halbwaren	Mill. EUR	237	278	224	246	291	182	190	171	165
Fertigwaren	Mill. EUR	1 456	1 477	1 579	1 611	1 442	1 221	1 274	1 097	1 058
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	416	401	429	402	384	270	342	277	300
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 040	1 076	1 150	1 209	1 058	951	932	820	758
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 652	1 703	1 783	1 796	1 716	1 380	1 466	1 271	1 198
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 428	1 459	1 532	1 533	1 472	1 182	1 235	1 063	1 060
Belgien	Mill. EUR	256	254	251	243	261	170	182	164	171
Luxemburg	Mill. EUR	44	38	38	42	34	39	30	31	38
Dänemark	Mill. EUR	43	27	38	21	45	24	34	25	24
Finnland	Mill. EUR	12	11	9	12	9	7	8	10	12
Frankreich	Mill. EUR	246	256	273	300	239	236	238	194	165
Griechenland	Mill. EUR	6	7	7	5	8	9	10	5	6
Großbritannien	Mill. EUR	70	74	73	57	60	60	57	53	57
Irland	Mill. EUR	11	7	9	7	8	8	9	8	6
Italien	Mill. EUR	135	129	152	137	132	115	118	109	108
Niederlande	Mill. EUR	238	273	283	252	301	175	196	156	169
Österreich	Mill. EUR	66	71	61	101	61	63	73	57	58
Schweden	Mill. EUR	43	46	63	56	43	30	29	25	23
Spanien	Mill. EUR	81	75	80	80	69	68	68	55	55
Portugal	Mill. EUR	11	14	16	16	13	12	11	13	11
* Afrika	Mill. EUR	32	34	25	44	33	32	42	31	23
* Amerika	Mill. EUR	209	210	243	234	240	237	588	170	177
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	146	145	163	163	161	175	512	104	107
* Asien	Mill. EUR	260	283	253	282	268	230	227	225	207
darunter aus Japan	Mill. EUR	26	30	32	27	25	26	26	17	19
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	3	4	5	8	7	7	5

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 462	3 392	3 575	3 037	3 202	4 103	3 517	3 234	3 386
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 920	3 094	2 921	2 547	2 840	3 618	2 749	2 666	2 767

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Insgesamt davon	Anzahl	615	592	638	578	621	634	626	536	715
* Unternehmen	Anzahl	115	107	113	116	97	113	149	117	135
* Verbraucher	Anzahl	371	355	366	331	399	381	336	306	436
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	115	139	116	110	113	108	90	121
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾ Nachlässe	Anzahl	15	16	20	15	15	27	33	23	23
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	99	98	128	133	70	75	239	113	106

HANDWERK ²⁾

Einheit	2007	2008	2007	2008				2009		
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	94,2	97,1	95,0	96,7	96,4	98,5	96,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	102,3	103,5	117,1	87,5	105,5	107,8	113,0

PREISE

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	103,5	106,1	106,6	107,3	106,8	105,9	106,3	106,3	106,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	101,6	103,0	103,0	103,1	103,1	103,6	103,6	103,6	103,7

VERDIENSTE ⁶⁾

Einheit	2007	2008	2007	2008				2009		
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Bruttonomatsverdienste ⁶⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich	EUR	3 303	3 407	3 017	3 036	3 078	3 070	3 100
* männlich	EUR	3 514	3 625	3 201	3 213	3 261	3 252	3 283
* weiblich	EUR	2 735	2 829	2 524	2 564	2 586	2 584	2 619
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 517	3 629	3 179	3 172	3 231	3 232	3 252
* männlich	EUR	3 627	3 749	3 281	3 268	3 336	3 337	3 360
* weiblich	EUR	2 910	2 989	2 617	2 653	2 666	2 671	2 682
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 417	3 435	3 149	3 100	3 150	3 164	3 169
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 585	3 695	3 214	3 224	3 274	3 268	3 284
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR	4 686	4 723	4 085	4 003	4 086	4 039	4 118
* Baugewerbe	EUR	2 823	2 948	2 744	2 636	2 753	2 809	2 849
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾	EUR	3 082	3 175	2 849	2 895	2 918	2 899	2 941
* männlich	EUR	3 351	3 444	3 085	3 133	3 153	3 128	3 170
* weiblich	EUR	2 664	2 762	2 487	2 527	2 552	2 547	2 593
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	EUR	3 127	3 217	2 854	2 909	2 924	2 923	2 951
* Gastgewerbe	EUR	2 029	2 054	1 987	1 989	1 978	1 955	1 982
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	EUR	2 695	2 764	2 548	2 551	2 554	2 550	2 601
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR	4 256	4 376	3 644	3 672	3 729	3 713	3 754
* Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	EUR	2 858	2 964	2 631	2 737	2 778	2 697	2 701
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 166	3 247	2 939	2 994	3 011	3 046	3 046
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	EUR	3 248	3 321	3 071	3 042	3 089	3 089	3 150
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	EUR	3 072	3 179	2 923	2 980	3 008	2 976	3 097

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT ¹⁾

Einheit	2006	2007		2008				2009		
	Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.		
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	117 762	119 209	119 738	120 076	120 250	113 898	111 890	111 171	111 639
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 617	12 896	12 969	13 710	13 324	12 544	12 903	12 152	11 682
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 451	10 417	11 113	11 348	11 639	10 954	10 305	10 497	11 275
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 694	95 897	95 656	95 018	95 287	90 400	88 682	88 522	88 682
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 464	111 411	110 629	110 247	110 068	104 599	103 408	102 704	102 925
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 528	98 448	98 235	98 193	98 580	96 410	94 962	94 732	95 167
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 936	12 963	12 394	12 054	11 488	8 189	8 446	7 972	7 758
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 298	7 799	9 109	9 829	10 182	9 299	8 482	8 467	8 714
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	97 350	100 212	102 981	103 616	102 920	98 243	100 456	101 671	102 226
Sichteinlagen	Mill. EUR	28 338	29 349	30 171	29 936	29 385	29 108	29 365	31 352	33 464
Termineinlagen	Mill. EUR	32 833	35 704	37 936	39 228	39 516	35 806	37 754	36 452	34 778
Sparbriefe	Mill. EUR	5 702	7 374	8 192	8 531	8 839	9 253	9 263	9 252	8 197
Spareinlagen	Mill. EUR	30 477	27 787	26 682	25 921	25 180	24 076	24 074	24 615	25 787
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	93 977	96 908	99 273	99 741	100 077	95 507	98 117	99 456	100 204
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	91 680	94 374	96 736	97 369	97 519	93 190	95 805	97 311	97 988
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 297	2 535	2 537	2 372	2 558	2 317	2 312	2 145	2 216
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 373	3 304	3 708	3 875	2 843	2 736	2 339	2 215	2 022

STEUERN

Einheit	2007	2008			2009					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 807	3 007	3 270	3 178	2 584	2 239	3 273	2 813	2 317
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	888	982	1 146	1 240	617	504	1 450	1 154	554
Lohnsteuer	Mill. EUR	637	674	947	596	548	464	932	555	553
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	128	141	414	-	-	-	424	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	91	128	25	400	8	- 5	- 99	382	- 59
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	50	63	47	42	35	15	485	25	33
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	38	47	103	17	26	16	67	14	25
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungs- erträge ³⁾	Mill. EUR	15	18	80	0	3	-	47	-	8
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	71	70	24	184	- 0	14	64	178	2
Körperschaftsteuer- Zerlegung	Mill. EUR	1	- 0	- 7	-	-	-	30	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 920	2 025	2 124	1 938	1 967	1 735	1 823	1 658	1 764
Umsatzsteuer	Mill. EUR	430	427	451	434	426	345	523	485	453
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 489	1 598	1 674	1 504	1 541	1 389	1 301	1 174	1 311
Zölle	Mill. EUR	156	161	151	147	152	133	136	125	142
Bundessteuern ⁴⁾	Mill. EUR	78	78	69	104	66	58	92	100	104
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	23	25	29	26	24	31	30	31
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	39	44	34	65	31	24	50	60	27

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu.

noch STEUERN

Landessteuern

Einheit	2007	2008			2009				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Mill. EUR	97	94	126	90	99	83	80	84	48
Vermögensteuer	0	0	0	0	0	- 0	0	0	0
Erbschaftsteuer	19	18	47	13	23	12	14	13	16
Grunderwerbsteuer	19	19	20	17	20	16	13	14	17
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁾	41	40	42	40	40	41	37	38	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	14	13	14	12	12	11	12	11	11
Feuerschutzsteuer	1	1	- 1	4	0	0	0	4	0
Biersteuer	3	3	3	3	3	2	3	3	3

Gemeindesteuern

Einheit	2007	2008	2007	2008			2009		
	Durchschnitt	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Mill. EUR	516	523	503	530	537	520	505	460	478
Grundsteuer A	4	5	3	4	4	6	4	5	5
Grundsteuer B	104	106	96	95	111	120	96	89	118
Gewerbesteuer (brutto)	399	404	397	423	410	385	399	358	347
sonstige Gemeindesteuern ²⁾	9	9	7	8	11	9	7	9	7

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

Mill. EUR	753	826	886	669	780	831	1 024	502	730
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	320	326	290	381	339	319	264	351	290
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	281	344	441	163	283	338	592	45	280
Anteil an der Umsatzsteuer	34	37	50	17	31	39	62	4	29

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2007	2008			2009				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Mill. EUR	733	765	854	902	636	499	936	871	531
Landessteuern	97	94	126	90	99	83	80	84	48
Anteil an den Steuern vom Einkommen	331	372	423	479	205	160	541	439	176
Lohnsteuer	219	235	335	204	183	145	282	183	183
veranlagte Einkommensteuer	39	54	11	170	4	- 2	- 42	163	- 25
Kapitalertragsteuer	21	27	20	6	7	4	240	- 2	7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ⁴⁾	17	21	45	8	12	7	29	6	11
Körperschaftsteuer	35	35	12	92	- 0	7	32	89	1
Anteil an den Steuern vom Umsatz	286	280	297	334	278	213	306	348	261
Umsatzsteuer	211	199	216	247	205	160	242	289	210
Einfuhrumsatzsteuer	75	81	82	87	73	53	64	59	52
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	6	5	2	-	12	10	2	0	11
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	2	2	1	-	6	5	0	0	4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	10	11	4	-	30	23	5	0	25
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	2	2	1	-	6	5	1	0	5

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 485	1 578	1 675	1 658	1 371	1 189	1 689	1 457	1 264
Bundessteuern	78	78	69	104	66	58	92	100	104
Anteil an den Steuern vom Einkommen	386	427	493	544	265	216	658	506	238
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 016	1 068	1 111	1 011	1 027	905	937	851	911
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	6	5	2	-	12	10	2	0	11

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. – 2) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Bis 2008 Zinsabschlag.

August

STATISTISCHE BERICHTE

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Personal und Personalstellen an Hochschulen sowie Neuhabilitierte 2008
Bestellnr.: B3043 200800

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang Juli 2009
Bestellnr.: C2013 200901

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im Juli 2009
Bestellnr.: C2033 200902

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2008
Bestellnr.: E1013 200800

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2009
Bestellnr.: E1023 200906

Produktion des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2008
Bestellnr.: E1053 200800

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im April 2009
Bestellnr.: E4023 200904

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der Energie- und Wasserversorgung 2007
Bestellnr.: E4033 200700

Energiebilanz und CO₂-Bilanz 2005
Bestellnr.: E4123 200500

Gewinnung, Verwendung und Abgabe von Klärgas 2008
Bestellnr.: E4113 200800

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Juni 2009
Bestellnr.: G1023 200906

Aus- und Einfuhr im Mai 2009
Bestellnr.: G3023 200905

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Dienstleistungen 2007 – Strukturhebung
Bestellnr.: J1023 200700

Sozialleistungen

Pflegeeinrichtungen und Pflegegeldempfänger – Ergebnisse der Pflegestatistik 15. bzw. 31. Dezember 2007
Bestellnr.: K2013 200701

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Juli 2009
Bestellnr.: M1013 200907

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe August 2009
Bestellnr.: Z2201 200908

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei): Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2007 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1
Bestellnr.: A6315E 200700

E-Mail-Versand (kostenfrei): Standard-Arbeitsvolumen in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1999 bis 2007 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 Standard-Arbeitsvolumen
Bestellnr.: A6325E 200700

E-Mail-Versand (kostenfrei): Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1999 bis 2007 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3 Vollzeitäquivalente
Bestellnr.: A6335E 200700

Binnenschifffahrt 2007 – Umschlagstruktur der wichtigsten Häfen
Bestellnr.: H2015E 200700

E-Mail-Versand (kostenfrei): Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1996 bis 2007 – VGR der Länder: Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2
Bestellnr.: P1325E 200700

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: JLogan und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.